

Monatsbericht des BMF Februar 2012





Monatsbericht des BMF Februar 2012

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Übersichten und Termine	6
Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2012	14
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	17
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2011	28
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	31
Termine, Publikationen	33
Analysen und Berichte	35
Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2012	36
Haushaltsabschluss 2011	56
Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2011	69
Das kommunale Zukunftsinvestitionsprogramm	
Gesetzentwurf zum Abbau der kalten Progression	81
Statistiken und Dokumentationen	86
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	88
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	115
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	123

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die deutsche Wirtschaft zeigte sich auch im vergangenen Jahr in sehr robuster Verfassung. Mit einer Wachstumsrate von 3% setzte sich der konjunkturelle Aufholprozess auch im zweiten Jahr nach der Finanz- und Wirtschaftskrise fort. Im Jahreswirtschaftsbericht rechnet die Bundesregierung für 2012 mit einer durchschnittlichen Zuwachsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 0,7%.

Die aus der guten wirtschaftlichen Entwicklung resultierenden deutlichen Steuermehreinnahmen und geringere Ausgaben insbesondere im Arbeitsmarktbereich wurden im Bundeshaushalt im Einklang mit der erstmals angewandten verfassungsrechtlichen Schuldenregel zur Reduktion des Haushaltsdefizits genutzt. Somit konnte die Neuverschuldung des Bundes, die im Haushaltsplan noch mit 48,4 Mrd. € veranschlagt war, auf 17,3 Mrd. € verringert werden. Die Strategie der Bundesregierung, nachhaltig zu konsolidieren und zugleich die Wachstumskräfte zu stärken, ist damit bestätigt worden.

Durch die guten konjunkturellen Rahmenbedingungen sind 2011 auch die Einnahmen der Länder deutlich gestiegen. Sie lagen in der Summe um mehr als 20 Mrd. € über den Ansätzen der Haushaltspläne. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit betrug 2011 nach vorläufigen Berechnungen noch 9,4 Mrd. €. Es hat sich gegenüber dem Vorjahr damit mehr als halbiert. Die Schätzungen zur weiteren Entwicklung des Maastricht-Defizits zeigen, dass die Gemeinden insgesamt 2012 erneut einen strukturellen Haushaltsüberschuss erreichen können.



Ende Dezember 2011 wurde das kommunale Zukunftsinvestitionsprogramm abgeschlossen, mit dem der Bund - als Teil des Konjunkturpakets II - den Ländern und Kommunen von 2009 bis 2011 Finanzhilfen in Höhe von 10 Mrd. € bereitgestellt hat. Insgesamt konnten rund 43.000 Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von mehr als 15,6 Mrd. € realisiert werden, die zur spürbaren konjunkturellen Belebung in Deutschland beigetragen haben.

Der wirtschaftliche Aufschwung nach der Krise 2008/09 hat sich bei vielen Menschen auch positiv auf der Gehaltsabrechnung bemerkbar gemacht. Im Steuersystem kann das wegen der kalten Progression zur Folge haben, dass von der Gehaltssteigerung netto nicht viel übrig bleibt. Ohne Gegenmaßnahmen würden eine Erzieherin oder ein Facharbeiter nach einigen Jahren so besteuert werden wie Spitzenverdiener, obwohl ihr Einkommen dies nicht hergibt. Weil das nicht gewollt ist, hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf eingebracht, um diesen Effekt - die sogenannte kalte Progression regelmäßig zu überprüfen und zeitnah abbauen zu können. In einem ersten Schritt sollen die Steuerzahler ab 2014 um jährlich 6 Mrd. € vom kalten Progressionseffekt entlastet werden. Zusammen mit den Entlastungen insbesondere für Familien, die zu Beginn der Legislaturperiode in Kraft

□ Editorial

getreten sind, wäre die kalte Progression damit für diese Legislaturperiode abgebaut. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung trägt zugleich der verfassungsrechtlich notwendigen Anpassung des steuerlichen Grundfreibetrags an die Entwicklung des Existenzminimums Rechnung. Mit ihrem Kurs der wachstumsorientierten Konsolidierung hat die Bundesregierung gezeigt, dass solide Haushalte möglich sind, ohne auf die Einnahmen aus versteckten Steuererhöhungen zu setzen.

Dr. Thomas Steffen

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2012	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2011	28
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	31
Termine. Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzwirtschaftliche Lage

Finanzierungssaldo

Die Aussagekraft der Zahlen zu Jahresbeginn ist naturgemäß gering. Eine belastbare

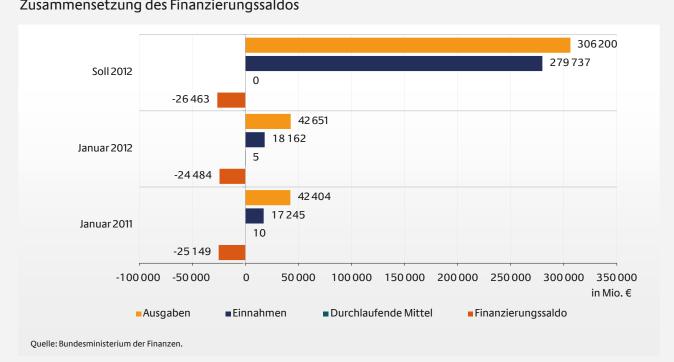
Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von -24,5 Mrd. € ableiten.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2011	Soll 2012	Ist - Entwicklung ¹ Januar 2012
Ausgaben (Mrd. €)	296,2	306,2	42,7
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			0,6
Einnahmen (Mrd. €)	278,5	279,7	18,2
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			5,3
Steuereinnahmen (Mrd. €)	248,1	249,2	16,6
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			5,7
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-17,7	-26,5	-24,5
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	-24,4
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,3	-0,4	0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-17,3	-26,1	-0,2

¹Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Is	t	So	II	Ist - Entv	vicklung	l lataviähvia a
	20	11	20	12	Januar 2011	Januar 2012	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	111 /0
Allgemeine Dienste	54 407	18,4	55 217	18,0	5 654	5 916	+4,6
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 9 3 1	2,0	6 292	2,1	1 075	1 168	+8,7
Verteidigung	31710	10,7	31 734	10,4	3 409	3 597	+5,5
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 3 6 9	2,2	5 798	1,9	442	372	-15,8
Finanzverwaltung	3 754	1,3	4326	1,4	275	267	-2,9
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	16 086	5,4	17 966	5,9	1 141	1 193	+4,6
BAföG	1584	0,5	1 763	0,6	258	246	-4,7
Forschung und Entwicklung	9 3 6 1	3,2	10 083	3,3	198	171	-13,6
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben,	155 255	52,4	155 207	50,7	19 244	19 009	-1,2
Wiedergutmachungen Sozialversicherung	77 976	26,3	78 711	25,7	11 836	12 032	+1,7
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	8 046	2,7	7 238	2,4	1 258	809	-35,
Grundsicherung für Arbeitssuchende	33 035	11,2	33 065	10,8	2610	2 761	+5,8
darunter: Arbeitslosengeld II	19384	6,5	19 600	6,4	1 790	1 827	+2,
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4 855	1,6	5 000	1,6	240	416	+73,3
Wohngeld	745	0,3	650	0,2	81	46	-43,2
Erziehungsgeld/Elterngeld	4712	1,6	4904	1,6	460	468	+1,7
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1 684	0,6	1 613	0,5	254	222	-12,6
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 335	0,5	1 548	0,5	120	124	+3,3
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 033	0,7	2 066	0,7	141	179	+27,0
Wohnungswesen	1366	0,5	1 387	0,5	130	173	+33,
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 656	1,9	5 672	1,9	1 515	1 336	-11,8
Regionale Förderungsmaßnahmen	937	0,3	635	0,2	17	8	-52,
Kohlenbergbau	1349	0,5	1 200	0,4	1 350	1 182	-12,
Gewährleistungen	797	0,3	1 500	0,5	30	37	+23,3
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 645	3,9	12 384	4,0	1 005	749	-25,
Straßen (ohne GVFG)	6115	2,1	6 1 2 6	2,0	150	165	+10,0
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	15 986	5,4	16 329	5,3	1 245	1 302	+4,
Bundeseisenbahnvermögen	5 020	1,7	5 239	1,7	157	150	-4,
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4037	1,4	4016	1,3	194	195	+0,5
Allgemeine Finanzwirtschaft	33 825	11,4	39 811	13,0	12 339	12 842	+4,
Zinsausgaben	32 800	11,1	36 769	12,0	12 241	12 750	+4,2
Ausgaben zusammen	296 228	100,0	306 200	100,0	42 404	42 651	+0,6

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

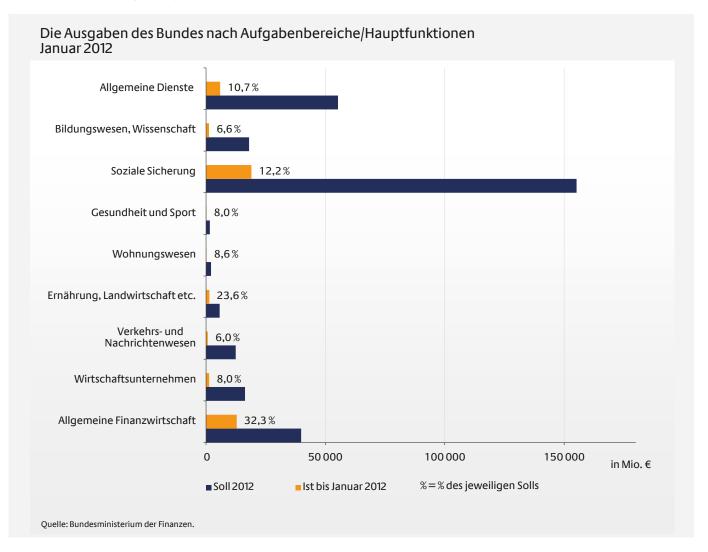
Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich im Januar 2012 auf 42,7 Mrd. €. Sie liegen mit 0,2 Mrd. € (+ 0,6 %) geringfügig über dem Ergebnis vom Januar 2011.

Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen lagen im Januar mit 18,2 Mrd. € um 0,9 Mrd. € (+5,3 %) über dem Ergebnis des

Vorjahreszeitraums. Die Steuereinnahmen des Bundes betrugen 16,6 Mrd. € und lagen um 0,9 Mrd. € (+ 5,7%) über dem Ergebnis vom Januar 2011. Die übrigen Verwaltungseinnahmen lagen mit 1,6 Mrd. € auf dem Niveau des Januar-Ergebnisses von 2011.

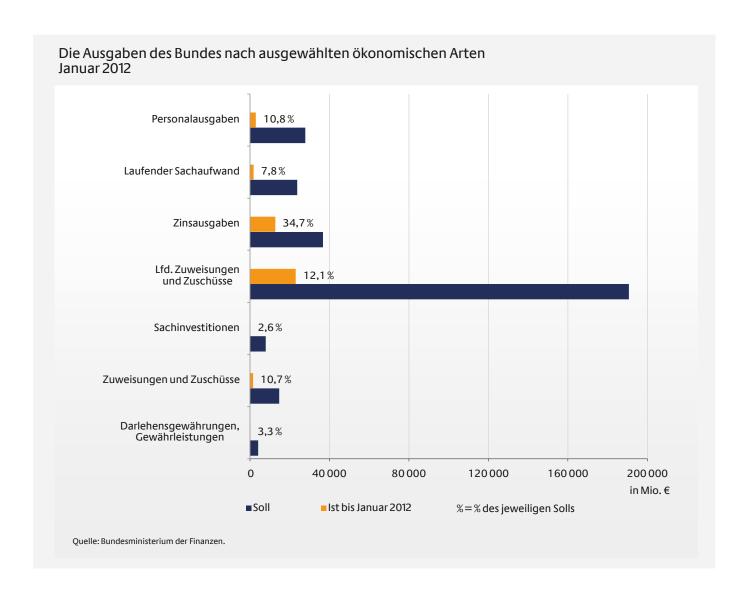


FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Is	t	So	oll	Ist - Entv	vicklung	Unterjährige
							Veränderung
	20	11	20	12	Januar 2011	Januar 2012	ggü. Vorjah
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	in%
Konsumtive Ausgaben	270 850	91,4	279 583	91,3	40 156	40 728	+1,
Personalausgaben	27 856	9,4	27 897	9,1	3 164	2 999	-5
Aktivbezüge	20 702	7,0	20 749	6,8	2 294	2 109	-8
Versorgung	7 154	2,4	7 147	2,3	870	890	+2
Laufender Sachaufwand	21 946	7,4	23 825	7,8	1 596	1 851	+16
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 545	0,5	1 283	0,4	94	49	-47
Militärische Beschaffungen	10 137	3,4	10 673	3,5	983	1 078	+9
Sonstiger laufender Sachaufwand	10 264	3,5	11 869	3,9	519	724	+39
Zinsausgaben	32 800	11,1	36 769	12,0	12 241	12 750	+4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 554	63,3	190 625	62,3	23 096	23 071	-0
an Verwaltungen	15 930	5,4	17 700	5,8	834	977	+17
an andere Bereiche	171 624	57,9	172 926	56,5	22 938	22 436	-2
darunter:							
Unternehmen	23 882	8,1	25 106	8,2	3 400	3 088	-9
Renten, Unterstützungen u. a.	26718	9,0	27 161	8,9	2 606	2 635	+1
Sozialversicherungen	115 398	39,0	113 678	37,1	16531	15 883	-3
Sonstige Vermögensübertragungen	695	0,2	467	0,2	59	57	-3
Investive Ausgaben	25 378	8,6	26 857	8,8	2 248	1 923	-14
Finanzierungshilfen	18 202	6,1	18 860	6,2	2 082	1 712	-17
Zuweisungen und Zuschüsse	14589	4,9	14706	4,8	1 578	1 574	-0
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 825	1,0	4 153	1,4	59	137	+132
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	788	0,3	1	0,0	445	0	
Sachinvestitionen	7 175	2,4	7 997	2,6	166	211	+27
Baumaßnahmen	5814	2,0	6519	2,1	76	137	+80
Erwerb von beweglichen Sachen	869	0,3	899	0,3	56	43	-23
Grunderwerb	492	0,2	578	0,2	34	32	-5
Globalansätze	0	0,0	- 240	-0,1	0	0	
Ausgaben insgesamt	296 228	100,0	306 200	100,0	42 404	42 651	+0

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

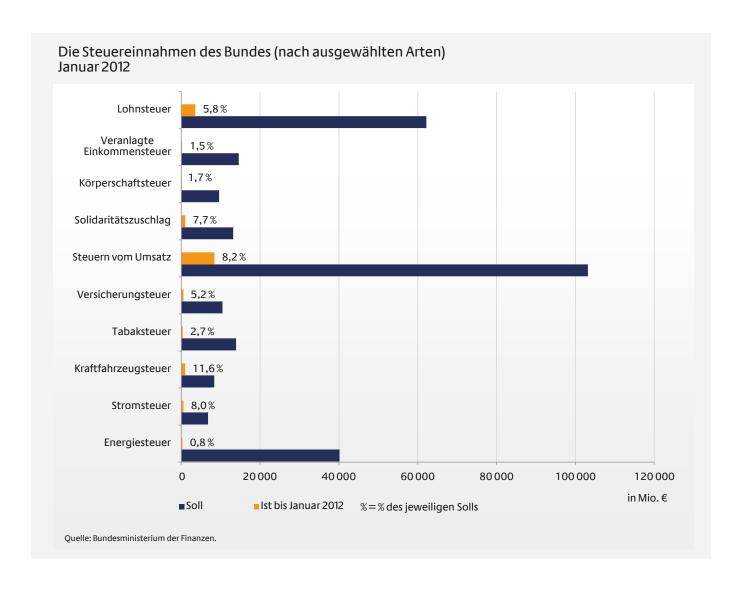


FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Is	t	Sol	I	Ist - Entv	vicklung	
	20	11	201	2	Januar 2011	Januar 2012	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	in%
I. Steuern	248 066	89,1	249 189	89,1	15 693	16 590	+5,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	196 908	70,7	202 749	72,5	14179	14791	+4,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	93 488	33,6	98 014	35,0	5 864	6395	+9,
davon:							
Lohnsteuer	59 475	21,4	62 178	22,2	3 473	3 587	+3,
veranlagte Einkommensteuer	13 599	4,9	14589	5,2	152	216	+42
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	9 068	3,3	8 013	2,9	2112	1 358	-35,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 529	1,3	3 670	1,3	1 058	1 071	+1,
Körperschaftsteuer	7817	2,8	9 620	3,4	-930	163	
Steuern vom Umsatz	101 899	36,6	103 169	36,9	8 355	8 411	+0,
Gewerbesteuerumlage	1 520	0,5	1 566	0,6	- 40	- 15	-62,
Energiesteuer	40 036	14,4	40 150	14,4	218	312	+43,
Tabaksteuer	14414	5,2	13 900	5,0	335	376	+12,
Solidaritätszuschlag	12 781	4,6	13 200	4,7	938	1 017	+8,
Versicherungsteuer	10 755	3,9	10 450	3,7	527	540	+2,
Stromsteuer	7 247	2,6	6 8 2 0	2,4	513	544	+6,
Kraftfahrzeugsteuer	8 422	3,0	8 3 7 5	3,0	979	973	-0,
Kernbrennstoffsteuer	922	0,3	1 470	0,5		- 154	
Branntweinabgaben	2 151	0,8	2 121	0,8	195	203	+4,
Kaffeesteuer	1 028	0,4	1 020	0,4	101	98	-3,
Luftverkehrsteuer	905	0,3	945	0,3		54	
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12 110	-4,3	-11 563	-4,1	0	0	
BNE-Eigenmittel der EU	-18 003	-6,5	-22 810	-8,2	-1 615	-1 462	-9,
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1 890	-0,7	-2 030	-0,7	- 150	- 161	+7,
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6980	-2,5	-7 085	-2,5	- 582	- 590	+1,
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,2	0	0	
II. Sonstige Einnahmen	30 455	10,9	30 548	10,9	1 552	1 573	+1,
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4971	1,8	6 101	2,2	22	21	-4,
Zinseinnahmen	483	0,2	576	0,2	19	27	+42,
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 267	1,9	7213	2,6	237	261	+10,
Einnahmen zusammen	278 520	100,0	279 737	100,0	17 245	18 162	+5,

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2012

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2012

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Januar 2012 im Vorjahresmonatsvergleich um + 3,9% gestiegen. Die Zunahme ist allein auf die verzerrende Wirkung von Sondereffekten zurückzuführen, die per saldo nicht zu Mehreinnahmen führen. Ein Sonderfall erhöht das Januaraufkommen um circa 1,6 Mrd. €. Im Laufe des Jahres ist im gleichen Umfang Steuer wieder zu erstatten. Ohne diesen Sonderfall wären die Steuereinnahmen im Januar um - 0,4% gegenüber dem Vorjahresmonat zurückgegangen. Daneben kam es aufgrund einer EDV-Umstellung zu erheblichen Nachbuchungen aus dem Dezember 2011, die das Januar-Ergebnis in nicht genauer bekanntem Umfang (dreistelliger Millionenbetrag) überhöhen. Ohne diese Effekte ist jedenfalls der Trend monatlich steigender Einnahmen zunächst gebrochen.

Unter Einschluss der Sondereffekte erzielte der Bund aufgrund deutlich geringerer EU-Abführungen mit +5.9% einen stärkeren Zuwachs als die Länder (+3.7%).

Die Kasseneinnahmen bei der Lohnsteuer lagen im Januar um + 2,3 % über dem Niveau des Vorjahresmonats. Das Volumen der Lohnsteuer vor Abzug des Kindergeldes stieg um + 1,9%. Der Zuwachs fiel somit deutlich niedriger aus als in den Vormonaten. Zum Teil kann dies auf die Auswirkungen des Steuervereinfachungsgesetzes 2011 zurückgeführt werden: Die für das Jahr 2011 beschlossene Erhöhung des Arbeitnehmerpauschbetrages von 920 € auf 1000 € wurde bei der Berechnung der Lohnsteuer des Monats Dezember 2011 rückwirkend für das Gesamtjahr 2011 berücksichtigt. Im Januar 2012 wurde die im Monat Dezember 2011 von den Arbeitgebern einbehaltene Lohnsteuer an die Finanzämter abgeführt und somit kassenwirksam.

Daneben dürfte sich hier auch die schwächere Wirtschaftsentwicklung am Jahresende niederschlagen.

Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer erhöhte sich im Vorjahresmonatsvergleich um + 41,8 %. Mit circa 0,5 Mrd. € ist der Anteil an den Steuereinnahmen im Januar allerdings gering. Die Entwicklung des Aufkommens wird im Januar durch das normale Veranlagungsgeschäft geprägt. Einschätzungen über den Trend lassen sich erst anhand des starken Vorauszahlungsmonats März abgeben. Auch das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer brutto weist mit + 12.9 % einen deutlichen Zuwachs gegenüber dem Vorjahresmonat aus, der insbesondere aus der Erhöhung der nachträglichen Vorauszahlungen für das Vorjahr im Rahmen der Veranlagungen resultiert. Die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG übertrafen mit + 2,9 % das Niveau des Vorjahreszeitraums nur geringfügig.

Die starke Erhöhung des Körperschaftsteueraufkommens gegenüber dem Vorjahreszeitraum von - 1,9 Mrd. € auf + 0,3 Mrd. € beruht auf Sondereffekten im Basisjahr 2011. Ohne diese Sondereffekte wäre das Aufkommen der Körperschaftsteuer leicht zurückgegangen.

Auch bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag verzerrt ein Sonderfall das Aufkommen nach oben. Bei Herausrechnung des Sondereffekts wäre das Aufkommen um circa 40 % zurückgegangen.

Das Volumen der Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge stieg im Vergleich zum Vorjahresmonat leicht um +1,3 %. Das

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2012

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2012	Januar	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2012 ⁴	Veränderung ggü Vorjahr
	in Mio €	in%	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern				
Lohnsteuer ²	12 206	+2,3	146 300	+4,7
veranlagte Einkommensteuer	507	+41,8	34 400	+7,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	2715	-35,7	16 025	-11,6
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	2 434	+1,3	8 341	+4,0
Körperschaftsteuer	325	X	19 240	+23,1
Steuern vom Umsatz	15 789	+1,3	195 200	+2,7
Gewerbesteuerumlage	-84	Х	3 780	+3,0
erhöhte Gewerbesteuerumlage	70	-10,3	3 2 3 4	+0,5
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	33 964	+3,9	426 520	+3,9
Bundessteuern				
Energiesteuer	312	+43,1	40 150	+0,3
Tabaksteuer	376	+12,2	13 900	-3,6
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	203	+4,4	2 120	-1,4
Versicherungsteuer	540	+2,4	10 450	-2,8
Stromsteuer	544	+6,1	6 8 2 0	-5,9
Kraftfahrzeugsteuer	973	-0,6	8 3 7 5	-0,6
Luftverkehrsteuer	54	Х	1 000	+10,5
Kernbrennstoffsteuer	- 154	X	1 470	+59,4
Solidaritätszuschlag	1 017	+8,5	13 200	+3,3
übrige Bundessteuern	147	-5,8	1 490	-0,8
Bundessteuern insgesamt	4 012	+3,9	98 975	-0,2
Ländersteuern				
Erbschaftsteuer	374	-17,2	4 484	+5,6
Grunderwerbsteuer	631	+30,9	6 980	+9,7
Rennwett- und Lotteriesteuer	129	+3,6	1 459	+2,7
Biersteuer	59	-0,0	690	-1,7
Sonstige Ländersteuern	16	+4,1	355	-1,8
Ländersteuern insgesamt	1 209	+6,7	13 968	+6,7
EU-Eigenmittel				
Zölle	319	-4,5	4 440	-2,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	161	+7,3	2 030	+7,4
BSP-Eigenmittel	1 462	-9,5	22 810	+26,7
EU-Eigenmittel insgesamt	1 942	-7,5	29 280	+19,7
Bund ³	16 537	+5,9	249 918	+0,8
Länder ³	18 512	+3,7	232 703	+3,8
EU	1 942	-7,5	29 280	+19,7
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 514	+2,9	32 002	+4,9
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	39 504	+3,9	543 903	+3,2

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

 $^{^3 \,} Nach \, Erg\"{a}nzungszuweisungen; \, Abweichung \, zu \, Tabelle \, "Einnahmen \, des \, Bundes" \, ist \, methodisch \, bedingt \, (vgl. \, Fn. \, 1).$

⁴ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2011.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2012

durchschnittliche Zinsniveau ist nach wie vor sehr niedrig.

Die Steuern vom Umsatz übertrafen im Berichtsmonat Januar 2012 das Niveau vom Januar 2011 lediglich um +1,3 %. Damit setzt sich die schwache Entwicklung vom Dezember 2011 (+1,0 %) fort. Das durchschnittliche monatliche Wachstum des Jahres 2011 lag dagegen noch bei +5,5 %. Die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer stiegen um +5,2 %. Das Niveau der (Binnen-) Umsatzsteuer erreichte den Wert des Vorjahreszeitraums. Hier ist zu berücksichtigen, dass ein Anstieg bei der Einfuhrumsatzsteuer sich über den Vorsteuerabzug im Inland dämpfend auf die Entwicklung des Umsatzsteueraufkommens auswirkt.

Die reinen Bundessteuern verzeichneten im Januar 2012 im Vorjahresmonatsvergleich einen Zuwachs um + 3,9 %. Das Energiesteueraufkommen wuchs zwar um + 43,1 %, betrug aber immer noch lediglich 312 Mio. €, da der Januar der bei weitem aufkommensschwächste Monat ist. Dies trifft auch auf die Tabaksteuer zu, die ein Wachstum von + 12,2 % aufwies. Der Anstieg beim Solidaritätszuschlag (+ 8,5 %) ist auf den bei den nicht veranlagten

Steuern vom Ertrag genannten Sondereffekt zurückzuführen. Zuwächse ergaben sich ebenfalls bei der Stromsteuer (+6,1%) und der Versicherungsteuer (+2,4%). Die Kraftfahrzeugsteuer unterschritt das Vorjahresniveau um - 0,6 %. Im Januar 2012 musste aufgrund eines weiteren Finanzgerichtsbeschlusses erneut Kernbrennstoffsteuer in Höhe von insgesamt rund 154 Mio. € im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes an die jeweiligen Steuerschuldner zurückerstattet werden. Die Einnahmen aus der Luftverkehrsteuer erreichten 54 Mio. €. Aufgrund der Einführung der Steuer erst im Januar 2011 waren in dem Monat noch keine Einnahmen zu verzeichnen.

Die reinen Ländersteuern übertrafen im Berichtsmonat das Vorjahresniveau um + 6,7%. Zu verdanken ist dieser Anstieg insbesondere den Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer, die u. a. wegen vielfach gestiegener Steuersätze um + 30,9% zulegen konnte. Auch die Einnahmen aus der Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 3,6%) und der Feuerschutzsteuer (+ 4,2%) entwickelten sich positiv. Während die Biersteuer noch auf Vorjahresniveau verharrte, kam es bei der Erbschaftsteuer zu einem Einnahmerückgang in Höhe von - 17,2%.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Januar durchschnittlich 4,73 % (4,79 % im Dezember).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Januar 1,84 % (1,83 % Ende Dezember).

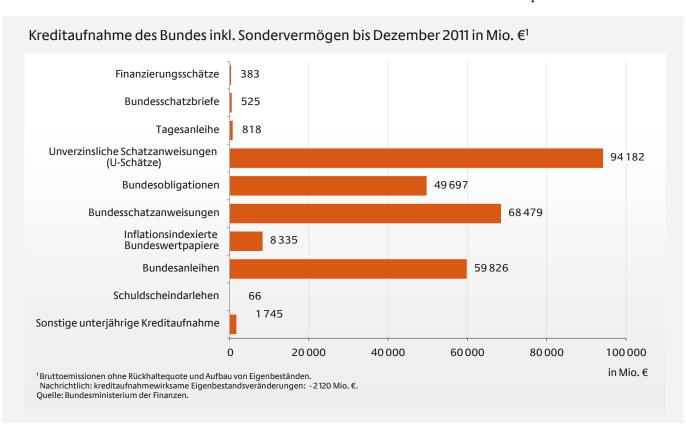
Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Januar auf 1,13 % (1,36 % Ende Dezember).

Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 9. Februar 2012 beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % beziehungsweise 0,25 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 6 459 Punkte am 31. Januar (5 898 Punkte am 31. Dezember). Der Euro Stoxx 50 stieg von 2 317 Punkten am 31. Dezember auf 2 417 Punkte am 31. Januar.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Dezember 2011 bei 1,6 % nach 2,0 % im November und 2,6 % im Oktober.
Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den Zeitraum von Oktober bis Dezember 2011 verringerte sich auf 2,1 % nach 2,5 % im Dreimonatszeitraum von September bis



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

November 2011 (der Referenzwert für das jährliche M3-Wachstum beträgt derzeit 4,5 %).

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im Dezember 0,4% nach 1,0% im Vormonat.

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 0,85 % im Dezember gegenüber 1,12 % im November.

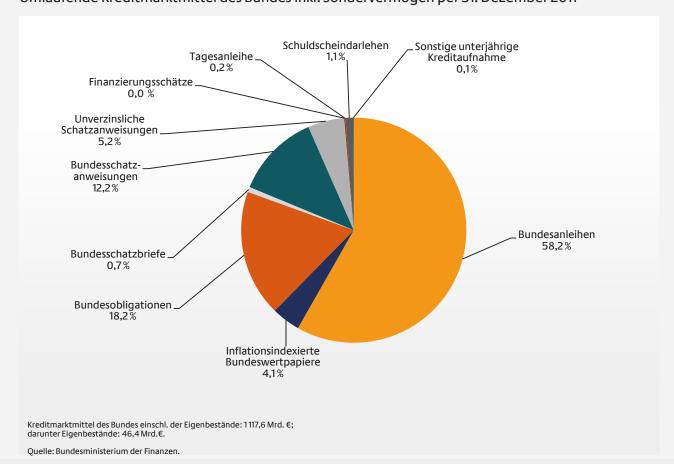
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen betrug bis einschließlich Dezember 2011 insgesamt 284,08 Mrd. €. Davon wurden 274,39 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt.

Darüber hinaus wurde die 1,75 %ige
Inflationsindexierte Bundesanleihe (ISIN
DE 0001030526) am 12. Januar 2011 um
1,0 Mrd. € und am 9. März 2011 um 2,0 Mrd. €
im Tenderverfahren aufgestockt. Am 13. April
2011 wurde die 0,75 %ige inflationsindexierte
Bundesobligation (ISIN DE 0001030534)
mit einem Volumen von 3,0 Mrd. € erstmals
emittiert und am 9. November 2011 um
2,0 Mrd. € im Tenderverfahren aufgestockt.
Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch
Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes
und im Rahmen von Marktpflegeoperationen
(Eigenbestandsaufbau: 2,12 Mrd. €).

Die konkreten Kapital- und Geldmarktemissionen für die Finanzierung

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inkl. Sondervermögen per 31. Dezember 2011



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2011 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
						i	n Mrd. €	Ē					
Anleihen	23,3	-	-	-	-	-	24,0	-	-	-	-	-	47,3
Bundesobligationen	-	-	-	19,0	-	-	-	-	-	17,0	-	-	36,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	15,0	-	-	16,0	-	-	18,0	64,0
U-Schätze des Bundes	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0	9,0	9,2	9,0	9,9	9,9	8,9	121,6
Bundesschatzbriefe	0,2	0,2	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0	0,2	0,0	1,0
Finanzierungsschätze	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	0,5
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,6
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,1	-	-
Schuldscheindarlehen	0,0	0,0	0,1	-	-	-	0,1	-	0,0	0,3	-	0,0	0,5
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,8	-	-	0,3	-	0,5	0,0	-	-	0,4	2,1
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	34,5	11,3	27,0	30,1	11,1	26,4	33,2	9,9	25,2	27,3	10,2	27,5	273,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2011 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd. 🕈	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,5	0,6	0,5	3,6	0,1	0,7	13,4	0,1	0,9	2,7	0,1	0,6	33,4

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

von Bund und Sondervermögen sind in der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2011" dargestellt.

Bis einschließlich Dezember 2011 betrugen die Tilgungen für Bund und Sondervermögen 273,67 Mrd. € und die Zinszahlungen 33,36 Mrd. €. Die aufgenommenen Mittel wurden zur Finanzierung des Bundeshaushalts in Höhe von 272,14 Mrd. €, des Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 14,97 Mrd. € und des Restrukturierungsfonds in Höhe von 2,31 Mio. € eingesetzt. Zusätzlich führte der Finanzmarktstabilisierungsfonds seine Tilgungen in Höhe von - 3,03 Mrd. € an den Bundeshaushalt und die Sondervermögen ab.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2011 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll	Volumen ¹ Ist
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137354 WKN 113735	Aufstockung	5. Oktober 2011	2 Jahre / fällig 13. September 2013 Zinslaufbeginn 19. August 2011 erster Zinstermin 13. September 2012	5 Mrd.€	5 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135432 WKN 113543	Aufstockung	12. Oktober 2011	30 Jahre / fällig 4. Juli 2042 Zinslaufbeginn 23. Juli 2010 erster Zinstermin 4. Juli 2011	2 Mrd. €	2 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135457 WKN 113545	Aufstockung	19. Oktober 2011	10 Jahre / fällig 4. September 2021 Zinslaufbeginn 26. August 2011 erster Zinstermin 4. September 2012	5 Mrd.€	5 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141612 WKN 114161	Aufstockung	2. November 2011	5 Jahre / fällig 14. Oktober 2016 Zinslaufbeginn 30. September 2011 erster Zinstermin 14. Oktober 2012	6 Mrd.€	5 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137362 WKN113736	Neuemission	16. November 2011	2 Jahre / fällig 13. Dezember 2013 Zinslaufbeginn 18. November 2011 erster Zinstermin 13. Dezember 2012	7 Mrd.€	6 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135465 WKN 113546	Neuemission	23. November 2011	10 Jahre / fällig 4. Januar 2022 Zinslaufbeginn 25. November 2011 erster Zinstermin 4. Januar 2013	6 Mrd.€	6 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141612 WKN 114161	Aufstockung	7. Dezember 2011	5 Jahre / fällig 14. Oktober 2016 Zinslaufbeginn 30. September 2011 erster Zinstermin 14. Oktober 2012	5 Mrd.€	5 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137362 WKN 113736	Aufstockung	14. Dezember 2011	2 Jahre / fällig 13. Dezember 2013 Zinslaufbeginn 18. November 2011 erster Zinstermin 13. Dezember 2012	5 Mrd.€	5 Mrd.€
			4. Quartal 2011 insgesamt	41 Mrd. €	39 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2011 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115954 WKN 111595	Neuemission	10. Oktober 2011	6 Monate fällig 4. April 2012	5 Mrd.€	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115962 WKN 111596	Neuemission	31. Oktober 2011	12 Monate / fällig 31. Oktober 2012	3 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115970 WKN 111597	Neuemission	7. November 2011	6 Monate / fällig 16. Mai 2012	5 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115988 WKN 111598	Neuemission	5. Dezember 2011	6 Monate / fällig 13. Juni 2012	5 Mrd. €	3 Mrd. €
			4. Quartal 2011 insgesamt	18 Mrd. €	13 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2011 Sonstiges

			4. Quartal 2011 insgesamt	2 - 3 Mrd. €	2 Mrd. €
Inflations indexierte Bundeswert papiere	Aufstockung	9. November 2011	7 Jahre / fällig 15. April 2018 Zinslaufbeginn 15. April 2011 erster Zinstermin 15. April 2012	2 -3 Mrd. €	2 Mrd.€
Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll	Volumen ¹ Ist

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die deutsche Wirtschaft ist 2011 das zweite Jahr in Folge kräftig gewachsen.
- Die konjunkturelle Dynamik in Deutschland hat sich zum Ende des vergangenen Jahres spürbar abgeschwächt.
- Das aktuelle Indikatorenbild bekräftigt jedoch die Erwartung, dass die konjunkturelle
 Schwächephase allmählich überwunden werden dürfte.
- Der Rückgang der Arbeitslosenzahl setzte sich auch zu Beginn des neuen Jahres fort.
- Der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus lag im Januar leicht über der Zwei-Prozent-Marke.

Die konjunkturelle Dynamik in Deutschland hat sich zum Ende des vergangenen Jahres erwartungsgemäß spürbar abgeschwächt. Nach Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Schlussquartal 2011 in preis-, saisonund kalenderbereinigter Betrachtung gegenüber dem Vorquartal um 0,2% zurückgegangen. Im 3. Quartal 2011 war noch eine entsprechende Wachstumsrate von + 0,6% verzeichnet worden. Die Einzelergebnisse nach Verwendungsaggregaten und Wirtschaftsbereichen für das 4. Quartal 2011 werden erst am 24. Februar 2012 veröffentlicht. Nach ersten Angaben des Statistischen Bundesamtes gingen im Schlussquartal 2011 lediglich von den Investitionen positive Wachstumsimpulse aus. Dagegen wirkte die Entwicklung der Konsumausgaben dämpfend auf die Wirtschaftsleistung. Auch die Nettoexporte trugen rein rechnerisch negativ zur BIP-Entwicklung bei. Trotz des BIP-Rückgangs im Schlussquartal fiel das Wirtschaftswachstum im Jahr 2011 mit real + 3,0% insgesamt sehr kräftig aus.

Auf eine konjunkturelle Abschwächung zum Jahresende hatte bereits eine Reihe von Konjunkturindikatoren hingedeutet. Das aktuelle Indikatorenbild bekräftigt jedoch die Erwartung, dass die konjunkturelle Schwächephase allmählich überwunden werden dürfte. So zeigen einige vorlaufende Stimmungsindikatoren inzwischen einen deutlichen Aufwärtstrend, und auch das industrielle Bestellvolumen wurde zum Jahresende 2011 insgesamt wieder ausgeweitet.

Der zeitweise deutliche Rückgang der Auslandsnachfrage nach deutschen Industriegütern hatte sich zuletzt spürbar in der Entwicklung der Warenausfuhren widergespiegelt. So verringerten sich die nominalen Warenexporte im Dezember gegenüber dem Vormonat deutlich um saisonbereinigt 4,3%. Damit blieb das nominale Ausfuhrergebnis im Schlussquartal 2011 leicht hinter dem des Vorquartals zurück. Insgesamt konnten im Jahr 2011 die Warenexporte dem Wert nach um 11,4% gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden (Ursprungswerte). Dabei fiel der Anstieg der Ausfuhren in Drittländer (+13,6%) am stärksten aus. Aber auch die Ausfuhren in den Nicht-Euroraum der Europäischen Union (+12,6%) und in den Euroraum (+8,6%) wurden deutlich ausgeweitet.

Die nominalen Warenimporte waren im Dezember gegenüber dem Vormonat ebenfalls klar rückläufig (saisonbereinigt - 3,9%). Im Schlussquartal 2011 fiel das

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

nominale Einfuhrergebnis damit niedriger aus als im 3. Quartal 2011. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr Waren im Wert von 902 Mrd. € importiert (+13,2% gegenüber 2010). Dabei stiegen die Einfuhren aus dem Nicht-Euroraum der Europäischen Union überdurchschnittlich stark an (+16,1%). Die nominalen Warenimporte aus dem Euroraum (+12,9%) sowie aus Drittländern (+12,0%) nahmen ebenfalls deutlich zu. Die gestiegene Nachfrage nach Importgütern aus Drittländern zeigt sich auch in dem gestiegenen Aufkommen der Einfuhrumsatzsteuer. So stiegen die Einnahmen der Einfuhrumsatzsteuer im Januar um 5,2% gegenüber Januar 2011 an.

Die Abschwächung der Außenhandelstätigkeit zum Jahresende 2011 war bereits aufgrund einer spürbar geringeren weltwirtschaftlichen Dynamik erwartet worden. So war die Auslandsnachfrage nach deutschen Industriegütern der Tendenz nach in der zweiten Jahreshälfte deutlich rückläufig, was sich im 4. Quartal insgesamt in einem Minus im Ausfuhrgeschäft widerspiegelte. Im Dezember kam es beim industriellen Bestellvolumen aus dem Ausland hingegen wieder zu einem Anstieg, der auf eine deutliche Ausweitung der Nachfrage aus den Ländern des Nicht-Euroraumes zurückzuführen war. Auch mit Blick auf die optimistischeren Exporterwartungen der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe (ifo-Umfrage) und den leichten Anstieg des OECD Leading Indicator für die OECD-Staaten ist im weiteren Verlauf mit einer Stabilisierung des Exportgeschäfts zu rechnen. Allerdings stellt der starke Rückgang der nominalen Warenausfuhren im Dezember 2011 rein rechnerisch bereits eine gewisse Vorbelastung für das Ausfuhrergebnis im 1. Quartal dieses Jahres dar.

Mit dem erneuten Rückgang der Produktion im Dezember hat sich auch die industrielle Aktivität zum Jahresende sehr deutlich abgeschwächt. So wurde die Industrieproduktion im Dezember 2011 im Vormonatsvergleich spürbar eingeschränkt. Insgesamt sank die industrielle Erzeugung im 4. Quartal gegenüber

dem Vorquartal um saisonbereinigt 2,3 %. Dabei wurde die Industrieproduktion im Schlussquartal für alle drei betrachteten Gütergruppen (Vorleistungs-, Investitionsund Konsumgüter) zurückgefahren. Auch der Umsatz in der Industrie ging im Schlussquartal deutlich zurück. Dabei sanken die Auslandsumsätze in etwa gleicher Größenordnung wie die Inlandsumsätze. Zwar stieg der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe nach einem deutlichem Minus im Vormonat im Dezember wieder an. Im Vorquartalsvergleich zeigt sich beim industriellen Auftragseingang jedoch weiterhin ein Abwärtstrend. Damit zeichnet sich für die Industrieproduktion vorerst eine gedämpfte Entwicklung ab.

Ingesamt befinden sich die Industrieindikatoren im Schlussquartal nunmehr klar unter dem Niveau des Vorquartals. Die beobachtete Trendwende der Stimmungsindikatoren am aktuellen Rand stützt jedoch die bisherige Einschätzung, dass die industrielle Produktionstätigkeit im weiteren Verlauf wieder an Fahrt gewinnen dürfte. So lag der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe im Januar erstmalig seit September 2011 wieder oberhalb der Wachstumsschwelle. Zugleich verbesserte sich auch das ifo-Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe zu Jahresbeginn deutlich. Des Weiteren dürfte der leichte Anstieg der Geschäftserwartungen in den Vorleistungsgütersparten laut der jüngsten DIHK-Umfrage auf eine allmähliche Überwindung der konjunkturellen Schwächephase hindeuten.

Überraschend ist jedoch der – trotz der für einen Dezember sehr günstigen Witterungsbedingungen – jüngste kräftige Rückgang der Produktion im Bauhauptgewerbe. Die Bauproduktion ist im Vorquartalsvergleich nun nahezu seitwärtsgerichtet. Hierfür dürfte ein Arbeitstageeffekt verantwortlich sein. Auch die Stimmung in der Bauwirtschaft wurde laut DIHK-Umfrage zu Jahresbeginn etwas schlechter eingeschätzt als noch im Herbst vergangenen Jahres. Dennoch wies der Indikator

 $Konjunkturent wicklung \ aus \ finanz politischer \ Sicht$

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2011		Veränderung in % gegenüber					
Gesamtwirtschaft / Einkommen	Mrd. €		Vorperiode saisonbereinigt Vorjahr					
	bzw. Index	ggü. Vorj. in %	2.Q.11	3.Q.11	4.Q.11	2.Q.11	3.Q.11	4.Q.11
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	109,7	+3,0	+0,3	+0,6	-0,2	+3,0	+2,6	+1,5
jeweilige Preise	2 5 7 1	+3,8	+0,7	+0,8	+0,0	+3,9	+3,5	+2,6
Einkommen ¹								
Volkseinkommen	1 964	+3,5	-0,1	+0,9		+3,8	+3,8	
Arbeitnehmerentgelte	1 320	+4,5	+1,1	+0,1		+4,8	+4,0	
Unternehmens- und								
Vermögenseinkommen	644	+1,5	-2,6	+2,6		+1,5	+3,4	
Verfügbare Einkommen								
der privaten Haushalte	1 627	+3,3	+0,6	+0,7		+3,4	+3,1	
Bruttolöhne ugehälter	1.076	+4,8	+1,3	-0,1		+5,2	+4,1	
Sparen der privaten Haushalte	181	+0,3	+0,9	+0,6		+0,4	+1,5	
		2011	Veränderung in % gegenüber					
Außenhandel / Umsätze / Produktion / Auftragseingänge	Mrd. €	ggü.Vorj. in%	Vorperiode saisonbereinigt Vorjahr ²				2	
Autragsenigange	bzw. Index		Nov 11	Dez 11	Dreimonats- durchschnitt	Nov 11	Dez 11	Dreimonats- durchschnitt
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €) ³	82	-4,0	+2,5		+1,2	+10,5		+6,4
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	1.060	+11,4	+2,6	-4,3	-1,1	+8,2	+5,0	+5,7
Waren-Importe	902	+13,2	-0,2	-3,9	-2,0	+7,0	+5,4	+7,1
in konstanten Preisen von 2005								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2005 = 100)	112,0	+7,9	+0,0	-2,9	-1,9	+4,4	+0,9	+3,3
Industrie ⁴	113,9	+8,9	-0,3	-2,7	-2,3	+5,1	+0,8	+3,8
Bauhauptgewerbe	123,0	+13,4	+3,3	-6,4	+0,2	+9,6	+44,3	+14,4
Umsätze im Produzierenden Gewerbe								
Industrie (Index 2005 = 100) 4	110,4	+7,5	-1,3	-2,4	-2,9	+1,9	-0,6	+1,8
Inland	106,3	+7,4	-1,8	-2,3	-2,9	+2,8	+3,3	+3,6
Ausland	115,3	+7,5	-0,7	-2,5	-3,0	+1,0	-4,5	-0,2
Auftragseingang (Index 2005 = 100)								
Industrie ⁴	113,8	+7,6	-4,9	+1,7	-1,4	-4,3	+0,0	+0,2
Inland	110,1	+7,2	-1,1	-1,4	-3,1	-0,2	+1,2	+1,2
Ausland	116,9	+7,9	-7,8	+4,3	-0,0	-7,6	-0,9	-0,6
Bauhauptgewerbe ³	96,7	+1,1	+9,8		-1,9	+11,8		+3,0
Umsätze im Handel (Index 2005=100)								
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	98,4	+1,1	-0,3	+0,1	-0,1	+1,3	+0,3	+0,4
Handel mit Kfz	94,5	+6,1	-1,0	+0,4	+0,5	+1,3	+0,6	+0,4

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2011		Veränderung in Tsd. gegenüber					
Arbeitsmarkt	Personen	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
	Mio.		Nov 11	Dez 11	Jan 12	Nov 11	Dez 11	Jan 12
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,98	-8,1	-24	-25	-34	-214	-231	-264
Erwerbstätige, Inland	41,10	+1,3	+47	+50		+559	+572	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	28,38	+2,4	+60			+721		
		2011	Veränderung in % gegenüber					
Preisindizes 2005 = 100		aaii Mari in W	Vorperiode		Vorjahr			
	Index	ggü. Vorj. in %	Nov 11	Dez 11	Jan 12	Nov 11	Dez 11	Jan 12
Importpreise	117,0	+8,0	+0,4	+0,3	•	+6,0	+3,9	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	115,9	+5,7	+0,1	-0,4	+0,6	+5,2	+4,0	+3,4
Verbraucherpreise	110,7	+2,3	+0,0	+0,7	-0,4	+2,4	+2,1	+2,1
ifo-Geschäftsklima	saisonbereinigte Salden							
gewerbliche Wirtschaft	Jun 11	Jul 11	Aug 11	Sep 11	Okt 11	Nov 11	Dez 11	Jan 12
Klima	+20,7	+17,8	+9,6	+7,4	+5,5	+6,0	+7,0	+9,1
Geschäftslage	+33,7	+30,3	+23,8	+23,7	+21,4	+21,4	+21,4	+20,6
Geschäftserwartungen	+8,4	+6,1	-3,7	-7,7	-9,2	-8,4	-6,3	-1,9

¹ Jahresdurchschnitt Stand Januar 2012, Quartale Stand November 2011.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

den zweithöchsten Saldo der vergangenen zwanzig Jahre auf. Währenddessen stieg der ifo-Geschäftsklimaindex im Bauhauptgewerbe zum dritten Mal in Folge an. Verantwortlich dafür war eine erneut spürbare Zunahme der Erwartungskomponente.

Die Konsumtätigkeit der privaten
Haushalte dürfte sich im Schlussquartal
des vergangenen Jahres abgeschwächt
haben. Darauf deuten insbesondere die
seitwärtsgerichteten Einzelhandelsumsätze hin.
Die Stimmungsindikatoren hatten allerdings
eine günstigere Entwicklung des privaten
Konsums erwarten lassen. So verbesserten sich
die Lageeinschätzungen der vom ifo-Institut
befragten Einzelhandelsunternehmen im
November und Dezember 2011 deutlich. Auch
die Stimmung der Verbraucher hellte sich
im 4. Quartal 2011 weiter auf. Dabei nahmen
die Einkommenserwartungen leicht zu,

während die Sparneigung einen spürbaren Rückgang zeigte. Für den Einstieg in das neue Jahr zeichnet sich ein eher gemischtes Bild ab. Sowohl die Einschätzungen der Einzelhändler hinsichtlich der aktuellen Situation als auch ihre Geschäftserwartungen verschlechterten sich im Januar deutlich. Das Verbrauchervertrauen stieg jedoch weiter an. Angesichts der anhaltenden Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt und der damit einhergehenden Einkommenssteigerungen dürfte eine günstige Entwicklung des privaten Konsums im weiteren Jahresverlauf jedoch angelegt sein.

So ist die Zahl der arbeitslosen Personen in saisonbereinigter Betrachtung im Januar dieses Jahres um 34 000 Personen gegenüber dem Vormonat erneut zurückgegangen. Auch im Vorjahresvergleich (nach Ursprungszahlen) sank die Arbeitslosenzahl weiter. Mit 3,08 Millionen Personen wurde das entsprechende

² Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bau saisonbereingt.

³ Jahresdurchschnitt 2010

⁴Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Vorjahresniveau um 264 000 Personen unterschritten. Die Arbeitslosenquote verringerte sich gegenüber Januar 2011 um 0,6 Prozentpunkte auf 7,3%.

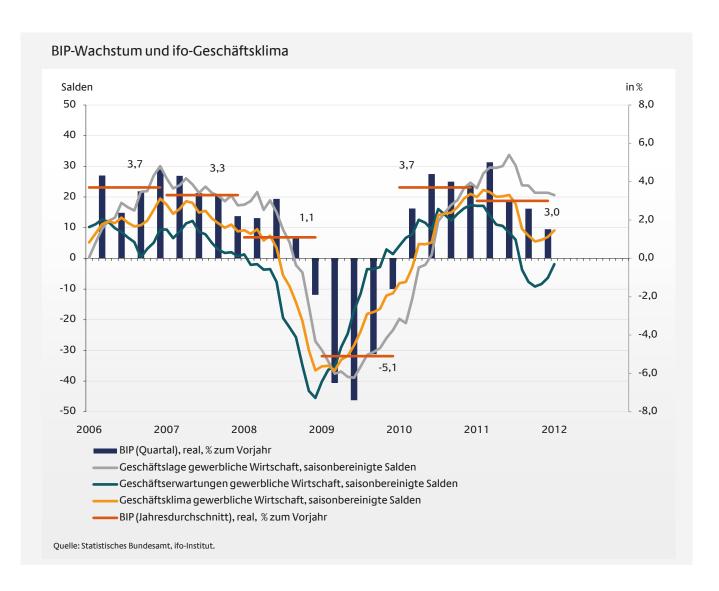
Nach Ursprungswerten erreichte die Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) im Dezember 2011 ein Niveau von 41,47 Millionen Personen und lag damit um gut ½ Million Personen über dem entsprechenden Ergebnis des Vorjahres. Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen nahm dabei um 50 000 Personen gegenüber dem Vormonat zu. Damit verlief der Beschäftigungsaufbau im 4. Quartal insgesamt wieder etwas dynamischer als in den vorangegangenen Monaten. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg im November 2011 gegenüber dem Vormonat – nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) – mit einer Zunahme um 60 000 Personen weiter deutlich an (saisonbereinigt). Nach Ursprungswerten betrachtet waren im November des vergangenen Jahres 721 000 Personen mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt als in dem entsprechenden Vorjahresmonat. Dabei verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe das größte Plus. Geringe Beschäftigungsverluste gab es dagegen in den Bereichen Bergbau, Energie- und Wasserversorgung sowie sonstige Dienstleistungen.

Auch zu Beginn dieses Jahres setzte sich damit der Rückgang der Arbeitslosigkeit fort. Dabei hat sich gegenüber dem vergangenen halben Jahr die Verringerung der Arbeitslosenzahl zuletzt wieder beschleunigt. Die abnehmende Arbeitslosenzahl ist insbesondere auf eine weiterhin sehr hohe Nachfrage nach Arbeitskräften zurückzuführen, die sich u.a. auch in dem Anstieg des umfassenden Stellenindex der BA widerspiegelt. Dieser erreichte im Januar einen neuen Höchststand. Darüber hinaus wurde der Rückgang der Arbeitslosigkeit durch ein rückläufiges Angebot an Arbeitskräften begünstigt. Gleichzeitig zeigte die Beschäftigung zum Jahresende 2011 einen deutlichen Aufwärtstrend. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit war vor allem auf eine Zunahme der sozialversicherungspflichtigen

Beschäftigung zurückzuführen. Knapp die Hälfte des Anstiegs ging dabei auf Vollzeitbeschäftigung zurück. Eine Vielzahl von Indikatoren spricht für weitere Verbesserungen der Situation auf dem Arbeitsmarkt, jedoch dürfte sich das Ausmaß verringern. So signalisieren die befragten Einkaufsmanager und die vom ifo-Institut befragten Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, dass sie ihren Beschäftigungsaufbau moderat fortsetzen wollen. Darüber hinaus zeigt das Beschäftigungsbarometer des ifo-Instituts, dass die Einzelhandelsund Großhandelsunternehmen etwas zurückhaltender bei Einstellungen vorgehen könnten. Auch die Ergebnisse der jüngsten Umfrage des DIHK deuten zwar auf eine Fortsetzung des Beschäftigungsaufbaus in allen Wirtschaftsbereichen hin, allerdings weniger stark als in den Monaten zuvor.

Der Verbraucherpreisindex überschritt im Januar 2012 das Vorjahresniveau um 2,1%. Die jährliche Veränderungsrate war damit genauso hoch wie im Vormonat. Der Preisniveauanstieg war wie schon zuvor vor allem auf starke Preiserhöhungen für Haushaltsenergie und Kraftstoffe zurückzuführen. Bei Haushaltsenergie fiel die Preiserhöhung von Heizöl am höchsten aus. So lagen die Rohölpreise der Sorte Brent in US-Dollar pro Barrel auf dem Weltmarkt im Januar rund 15 % über dem Niveau des entsprechenden Vorjahresmonats. Allerdings hat sich die jährliche Teuerung der Rohölpreise seit September spürbar um rund ein Drittel verringert. Die im Verlaufe des vergangenen Jahres etwas moderatere Entwicklung des Rohölpreises auf dem Weltmarkt hat zu deutlich niedrigeren jährlichen Teuerungsraten bei den Import- und Erzeugerpreisen geführt. So betrug der jährliche Anstieg des Importpreisniveaus im Dezember 2011 rund 4%, nach einem Höchststand im vergangenen Jahr von rund 12% (Februar 2011). Die Beruhigung des Preisauftriebs auf den vorgelagerten Preisstufen dürfte angesichts einer schwachen Weltwirtschaft vorerst anhalten. So ist auch im Januar dieses Jahres die jährliche Teuerungsrate der Erzeugerpreise niedriger gewesen als vor

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



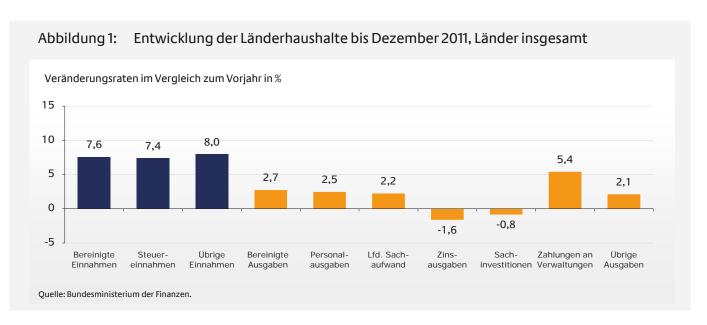
einem Monat. Die Abnahme des importierten Preisdrucks und der erwartete moderate Anstieg der Lohnstückkosten signalisieren eine günstigere Preisentwicklung für dieses Jahr als 2011. Dies erwarten auch nationale und internationale Institutionen, deren Prognosen hinsichtlich der jährlichen Teuerung auf der Verbraucherstufe unterhalb der Zwei-Prozent-Marke liegen.

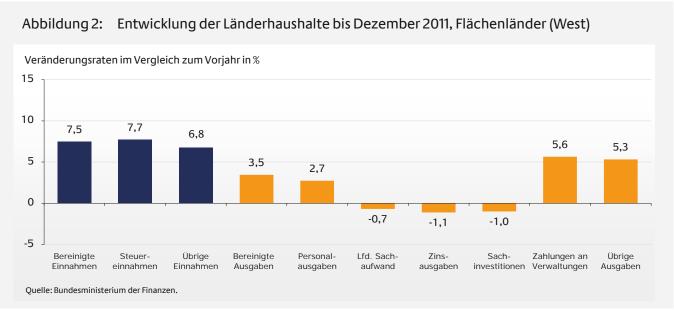
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2011

Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2011

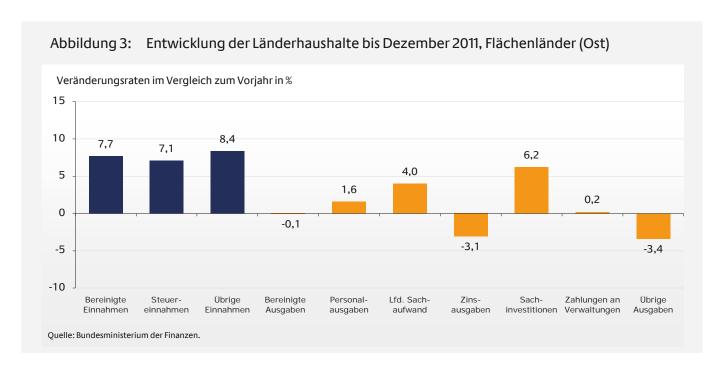
Vorläufiges Ergebnis

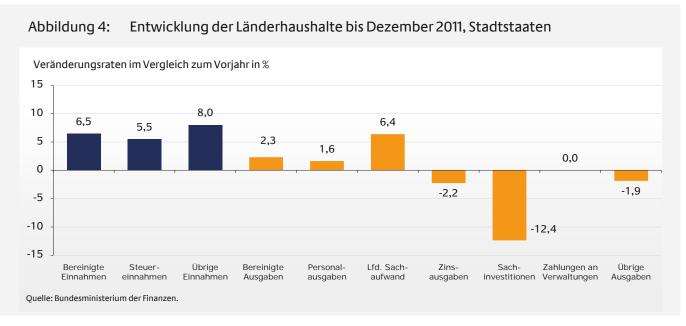
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Dezember 2011 vor. Die Länderhaushalte haben nach den vorläufigen Abschlussdaten im Jahr 2011 deutlich günstiger abgeschlossen als im Vorjahr. Der Finanzierungssaldo der





Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2011





Ländergesamtheit betrug am Ende des Berichtszeitraums - 9,4 Mrd. € und unterschritt den Vorjahreswert um 11,4 Mrd. €. Die Haushaltsplanungen 2011 waren von einem Defizit von - 23,7 Mrd. € ausgegangen. Die Ausgaben der Länder insgesamt stiegen 2011 im Vergleich zum Vorjahr um + 2,7% auf 294,4 Mrd. € und lagen damit 6,2 Mrd. € über den Planungen. Die Einnahmen erhöhten sich um +7,6% auf 285,1 Mrd. €, das sind 20,5 Mrd. € mehr als geplant. Die Steuereinnahmen nahmen um +7,4% zu.

In den westdeutschen Flächenländern stiegen die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um + 3,5 %, die Planungen sahen einen Zuwachs von + 1,3 % vor. Die Einnahmen nahmen um + 7,5 % zu im Vergleich zu + 0,8 %

Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2011

in den Haushaltsplänen. Die Steuereinnahmen fielen um +7,7% höher aus als im Vorjahr. Das Defizit der westdeutschen Flächenländer betrug - 9,1 Mrd. € und lag damit um 7,2 Mrd. € niedriger als der Planwert.

In den ostdeutschen Flächenländern verringerten sich die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um - 0,1%, während die Einnahmen um + 7,7% anstiegen. Die Steuereinnahmen erhöhten sich um + 7,1%. Die ostdeutschen Flächenländer erzielten 2011 einen Finanzierungsüberschuss von 2,0 Mrd. €,

während die Planungen noch von einem Defizit von - 2,0 Mrd. € ausgegangen waren.

In den Stadtstaaten ist im Vergleich zum Vorjahr ein Ausgabenanstieg von +2,3 % zu verzeichnen. Die Gesamteinnahmen erhöhten sich um +6,5 %, nachdem die Planungen noch einen Rückgang von -5,3 % vorsahen. Die Steuereinnahmen wuchsen um +5,5 %. Das Defizit der Stadtstaaten belief sich Ende Dezember 2011 auf -2,2 Mrd. € und war damit 3,2 Mrd. € niedriger als geplant.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 24. Januar 2012 in Brüssel

Vorschlag für eine Verordnung über OTC-Derivate ("over the counter"), zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (EMIR)

Die Finanzmärkte sollen durch eine verbesserte Regulierung weiter stabilisiert werden. Im Juni 2010 verpflichteten sich die Staats- und Regierungschefs der G20 in Pittsburgh zur Umsetzung tiefgreifender Maßnahmen zur Stärkung der Transparenz und Beaufsichtigung der OTC-Derivate auf international kohärente und nicht diskriminierende Art und Weise. Auf der Grundlage des Kommissionsvorschlags für eine Verordnung über die europäische Marktinfrastruktur (EMIR) mit dem Ziel, die Transparenz und das Risikomanagement auf dem Markt für außerbörslich gehandelte (OTC-) Derivate zu verbessern, einigte sich der ECOFIN-Rat im Oktober 2011 auf eine allgemeine Ausrichtung. Damit konnten die Trilogverhandlungen zwischen Europäischem Parlament, EU-Kommission und Rat aufgenommen werden. Auf der Grundlage des Berichts der Präsidentschaft über die Trilogverhandlungen haben sich die ECOFIN-Minister auf einen Vorschlag mit modifizierten Regelungen geeinigt, die der Haltung des Europäischen Parlaments entgegenkamen. Daran anknüpfend konnte am 9. Februar 2012 mit dem Europäischen Parlament eine politische Einigung erzielt werden, sodass eine zügige Verabschiedung der Verordnung erreicht werden kann.

Vorschläge der Kommission zur wirtschaftspolitischen Steuerung

Zu den von der Kommission im November 2011 vorgelegten zwei Verordnungsentwürfen für eine stärkere Koordinierung und Überwachung der Finanz- und Wirtschaftspolitiken der Euroraumländer fand eine Diskussion insbesondere zu der Frage statt, ob dem Rat die Möglichkeit gegeben werden soll, auf Vorschlag der Kommission und mit qualifizierter Mehrheit einem Mitgliedstaat zu empfehlen, Finanzhilfen in Anspruch zu nehmen. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten sprach sich für diese Möglichkeit aus, unterstrich aber, dass die Entscheidungen in den Gremien des Europäischen Stabilitätsmechanismus und der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität dadurch nicht präjudiziert werden dürften.

Außerdem wurde über die von der Kommission vorgeschlagene Verpflichtung von Euroraum-Mitgliedstaaten zur Vorlage von Übersichten über gesamtstaatliche Haushaltszahlen diskutiert. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten sprach sich dafür aus, dass alle Mitgliedstaaten (also auch Mitgliedstaaten, die sich nicht im Defizitverfahren befinden) diese Informationen abgeben sollen. Die Arbeiten werden auf dieser Grundlage nun zügig fortgesetzt. Die Präsidentschaft strebt eine Einigung auf eine allgemeine Ausrichtung beim ECOFIN-Rat im Februar 2012 an.

Vorstellung des Arbeitsprogramms des Vorsitzes

Der dänische Vorsitz stellte das ECOFIN-Programm für die nächsten sechs Monate unter seiner Präsidentschaft vor. Dieses Programm ist von der anhaltenden Debatte über die Stabilisierung und Fortentwicklung des Euroraums geprägt. Im Zentrum der nächsten Monate stehen die Beratungen über die Kommissionsvorschläge zur stärkeren Wirtschafts- und Haushaltsüberwachung von Euro-Mitgliedstaaten, die Durchführung des Europäischen Semesters und der Euro-Plus-Pakt, die Umsetzung des Stabilitätsund Wachstumspaktes (Überwachung der laufenden Defizitverfahren) sowie Steuer- und Finanzmarktthemen.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäisches Semester

Zu Beginn des Europäischen Semesters 2012 fand eine erste Orientierungsaussprache zum Jahreswachstumsbericht der Kommission statt. Dabei machten die Mitgliedstaaten deutlich, dass es keine Alternative zur Konsolidierungspolitik gebe, gleichzeitig seien jedoch Maßnahmen zur Wachstumsförderung notwendig. Hier wurde insbesondere auf die Bedeutung des Binnenmarktes für Dienstleistungen sowie auf Maßnahmen am Arbeitsmarkt zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hingewiesen. Gestützt auf den Jahreswachstumsbericht wird der Europäische Rat im März 2012 horizontale Leitlinien verabschieden, die die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer Stabilitätsund Konvergenzprogramme und Nationalen Reformprogramme zu berücksichtigen haben.

Maßnahmen im Anschluss an das Treffen der stellvertretenden Finanzminister der G20-Staaten (Mexiko, 19./20. Januar 2012)

Die Präsidentschaft und die Kommission berichteten über das Treffen der stellvertretenden G20-Finanzminister am 19./20. Januar 2012 in Mexiko. Das Treffen diente der Vorbereitung des G20-Finanzministertreffens am 25./26. Februar 2012 in Mexiko. Die Hauptthemen waren: Entwicklung der Weltwirtschaft, einschließlich Euroraum, Rahmenwerk für Wachstum, Reform der internationalen Finanzarchitektur (u. a. IWF-Mittelausstattung und Finanzmarktreform).

Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Die ECOFIN-Minister erörterten die aktuellen finanzpolitischen Entwicklungen in ausgewählten Mitgliedstaaten. Im November 2011 hatte die Kommission die Finanzminister von Ungarn, Malta, Polen, Belgien und Zypern zu weiteren Konsolidierungsmaßnahmen bis Mitte Dezember 2011 aufgefordert. Auf der Grundlage einer Analyse der Kommission stellten die ECOFIN-Minister fest, dass Ungarn keine effektiven Maßnahmen zum Abbau des übermäßigen Defizits ergriffen hat, während die anderen vier untersuchten Mitgliedstaaten ausreichende Maßnahmen ergriffen haben, um den Abbau ihrer Haushaltsdefizite fristgerecht zu erreichen. Der ECOFIN-Rat wird in einer seiner nächsten Sitzungen Empfehlungen für Maßnahmen zum Abbau des übermäßigen Defizits für Ungarn beschließen.

Überarbeiteter Verhaltenskodex zum Stabilitäts- und Wachstumspakt

Nach der Verabschiedung der sechs Gesetzgebungsakte zur wirtschaftspolitischen Steuerung war eine Anpassung des Verhaltenskodexes zum Stabilitäts- und Wachstumspakt notwendig. Hierbei ging es insbesondere um die stärkere Berücksichtigung der Ausgabenentwicklung bei der Anpassung an das Mittelfristziel und die Auslösung eines Defizitverfahrens aufgrund einer über dem Referenzwert liegenden und nicht ausreichend sinkenden Schuldenstandsquote.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

25./26. Februar 2012	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Mexico City
1./2. März 2012	Europäischer Rat in Brüssel
12./13. März 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
30./31. März 2012	Informeller ECOFIN in Kopenhagen
30. März 2012	Meldung von staatlichem Defizit und Schuldenstand an die Europäische Kommission im Rahmen der Maastricht-Notifikation
19./20. April 2012	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington
20. bis 22. April 2012	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington
14./15. Mai 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
19./20. Mai 2012	G8-Gipfel in Chicago
25. Mai 2012	Europäischer Rat in Brüssel
18./19. Juni 2012	G-20 Gipfel in Los Cabos (Mexiko)
21./22. Juni 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Luxemburg
28./29. Juni 2012	Europäischer Rat in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2013 und des Finanzplans bis 2016

18. Januar 2012	Vorstellung Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
bis Ende Februar 2012	Entwicklung des Eckwertebeschlusses und Erarbeitung der Kabinettvorlage durch das BMF
21. März 2012	Kabinettsitzung für Eckwertebeschluss
Mitte/Ende April 2012	Mittelfristprojektion zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
8. bis 10. Mai 2012	Steuerschätzung
24. Mai 2012	Sitzung des Stabilitätsrats
Ende Juni / Anfang Juli 2012	Kabinettsitzung für Regierungsentwurf

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeit punkt
März 2012	Februar 2012	22. März 2012
April 2012	März 2012	20. April 2012
Mai 2012	April 2012	24. Mai 2012
Juni 2012	Mai 2012	21. Juni 2012
Juli 2012	Juni 2012	20. Juli 2012
August 2012	Juli 2012	20. August 2012
September 2012	August 2012	21. September 2012
Oktober 2012	September 2012	22. Oktober 2012
November 2012	Oktober 2012	22. November 2012
Dezember 2012	November 2012	21. Dezember 2012

Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

- Steuern von A bis Z (Ausgabe 2011)

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 € / Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet

 $http: /\!/ www.bundes finanz ministerium. de$

http://www.bmf.bund.de

Analysen und Berichte

Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2012	36
Haushaltsabschluss 2011	
Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2011	69
Das kommunale Zukunftsinvestitionsprogramm	
Gesetzentwurf zum Abbau der kalten Progression	

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2012

Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2012

Vertrauen stärken – Chancen eröffnen – mit Europa stetig wachsen

1	Vorbemerkung	36
	Wirtschaftliche Entwicklung und Jahresprojektion	
3	Europa als Stabilitätsunion gestalten	42
	Von der EU 2020-Strategie zur Stabilitätsunion	
	Ein fester Fahrplan – das Europäische Semester	
3.3	Vertrauen in eine solide Finanzpolitik durch eine Stabilitätsunion	43
3.4	Der Euro-Plus-Pakt	45
3.5	Nothilfen – EFSF und ESM	45
4	Für eine neue Stabilitätskultur an den Finanzmärkten	47
5	Wachstumsfreundliche Finanzpolitik	50

- Stetiges Wachstum in Deutschland ist ohne Wachstum in Europa undenkbar und umgekehrt. Denn Deutschland ist Stabilitätsanker und Wachstumsmotor für Europa. Das gilt für seine Reformbereitschaft, seine öffentlichen Finanzen und eine stabile Währungs- und Finanzordnung.
- Im Jahresdurchschnitt rechnet die Bundesregierung mit einer Zuwachsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 0,7%. Die Jahresprojektion beruht auf der zentralen Annahme, dass im Laufe dieses Jahres die Lösung der Schuldenkrise in Europa weiter vorankommt und sich die Verunsicherung an den Märkten allmählich auflöst.
- Eine Verschärfung der Krise stellt zweifellos das Hauptrisiko für die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2012 dar. Andererseits liegt in einer zügigen Lösung der Schuldenkrise fraglos auch eine Chance für eine günstigere Entwicklung.
- Gerade angesichts der Verschuldungsprobleme im Euroraum ist zentrale Aufgabe der Finanzpolitik, das Vertrauen in langfristig tragfähige Staatsfinanzen zu sichern. Deshalb wird Deutschland die auf nationaler und internationaler Ebene eingegangenen Konsolidierungsverpflichtungen konsequent einhalten. Mit dem Bundeshaushalt 2012 und dem Finanzplan bis zum Jahr 2015 unterschreitet die Bundesregierung die gemäß Schuldenregel maximal zulässige Nettokreditaufnahme in allen Jahren deutlich.

1 Vorbemerkung

Das Bundeskabinett hat am 18. Januar 2012 den diesjährigen Jahreswirtschaftsbericht (JWB) der Bundesregierung beschlossen. Der JWB ist gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) alljährlich von der Bundesregierung dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat vorzulegen. Mit dem JWB stellt die Bundesregierung gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten für 2012 zur Verfügung, erläutert die wirtschaftspolitischen Maßnahmen und nimmt auch zum aktuellen Jahresgutachten (JG) des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Stellung. Der diesjährige Bericht

 $FINANZ-UND\ WIRTSCHAFTSPOLITIK\ IM\ JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT\ 2012$

geht in weiten Teilen auf die finanzpolitischen Herausforderungen der Staatsschuldenkrise im Euroraum, die fortdauernde Krise der Finanzmärkte und auf die hieraus resultierenden Herausforderungen für eine wachstumsorientierte nationale Haushalts- und Steuerpolitik ein. Er hebt aber auch die Erfolge der deutschen Arbeitsmarktpolitik und die entschlossenen Ansätze der Bundesregierung zur zügigen Umsetzung der Energiewende hervor.

Im Folgenden sind wesentliche Aussagen des Berichts - mit Schwerpunkt auf den finanzund finanzmarktpolitischen Maßnahmen zusammengefasst dargestellt.

2 Wirtschaftliche Entwicklung und Jahresprojektion

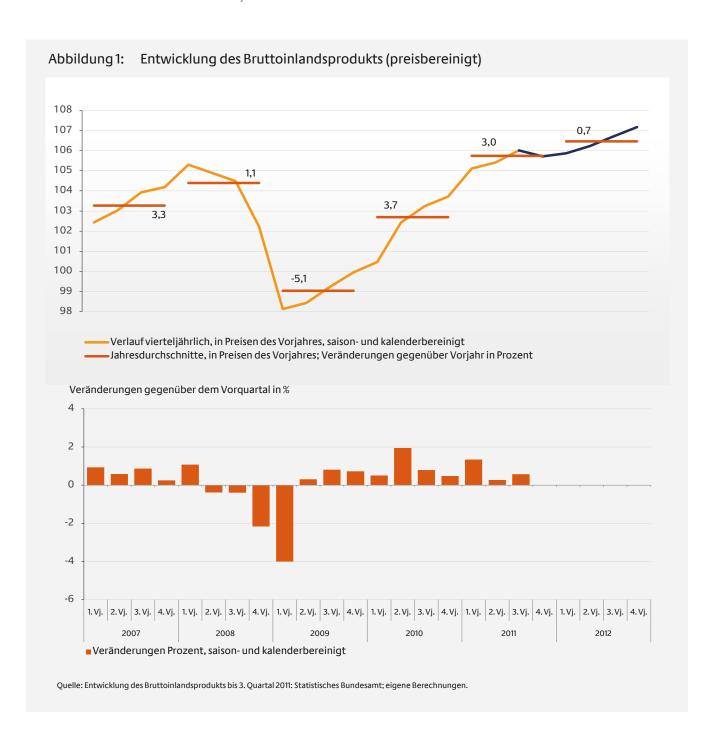
Die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland erreichte im Verlauf des vergangenen Jahres wieder das Niveau vor der Wirtschaftsund Finanzkrise vom Frühjahr 2008. Das Bruttoinlandsprodukt nahm im Jahr 2011 preisbereinigt um 3,0 % zu, nachdem es im Jahr zuvor bereits um 3,7% zugelegt hatte. Wachstumsträger war vor allem das Verarbeitende Gewerbe. Allerdings hat im Laufe des vergangenen Jahres die Verschuldung in einer Reihe von Industriestaaten – oft gepaart mit Zweifeln an deren Wettbewerbsfähigkeit - zu einer deutlichen Verunsicherung an den Kapitalmärkten geführt. Dadurch trübten sich auch die Konjunkturerwartungen der deutschen Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 2011 merklich ein. Die Bundesregierung erwartet in ihrer Jahresprojektion 2012 zunächst eine temporäre konjunkturelle Schwächephase, jedoch keine Rezession. Im weiteren Jahresverlauf wird die deutsche Wirtschaft wieder zu einem höheren Wachstum zurückfinden. Im Jahresdurchschnitt rechnet die Bundesregierung mit einer Zuwachsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 0.7%. Die deutsche Wirtschaft wächst

damit nach wie vor etwas kräftiger als der Euroraum insgesamt. Die Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stimmt im Wesentlichen mit der des Sachverständigenrates überein.

Schon in den vergangenen beiden Jahren wurde das Wachstum in Deutschland vornehmlich von der Binnenwirtschaft getragen. Die Wachstumskräfte werden sich weiter zur Binnennachfrage hin verlagern. Infolge der deutlichen Wachstumsabschwächung im internationalen und insbesondere im europäischen Rahmen dürften die Exporte in diesem Jahr nur moderat zunehmen. Der rechnerische Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags, der sich als Differenz zwischen Exporten und Importen ergibt, wird aufgrund der dynamischen Importentwicklung negativ ausfallen. Demgegenüber tragen die privaten Konsumausgaben spürbar zum Wachstum bei. Auch die Rahmenbedingungen für Investitionen sind nach wie vor günstig. Da das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt moderat ansteigt und die Beschäftigung weiter, wenn auch mit geringerem Tempo zunimmt, ist im kommenden Jahr mit einer leichten Zunahme der Produktivität zu rechnen. In jeweiligen Preisen steigt das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt um 2,2 %. Zyklisch bedingt expandieren die Unternehmens- und Vermögenseinkommen etwas langsamer als das Volkseinkommen.

Der Aufwärtstrend am deutschen Arbeitsmarkt hält nunmehr seit mehreren Jahren an.
Der Beschäftigungsaufbau setzte sich auch im vergangenen Jahr mit hohem
Tempo fort. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte mit 41,1 Millionen Personen einen neuen Höchststand. Die Arbeitslosigkeit fiel im Jahresdurchschnitt unter die Dreimillionenmarke und markierte den tiefsten Stand nach 1991. Die Bundesregierung rechnet im Durchschnitt des Jahres 2012 mit einer Abnahme der Zahl der Arbeitslosen um 100 000 Personen. Dies entspricht einem Rückgang der Arbeitslosenquote

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2012



Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2012

 $\begin{tabular}{ll} Tabelle 1: & Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik \\ & Deutschland \end{tabular}$

	Jahresprojektion				
	2010	2011	2012		
	Veränderung gegenübe	er Vorjahr in Prozent, soweit	nicht anders angegeben		
ENTSTEHUNG	des Bruttoinlandsprodukts (BIP)			
BIP (preisbereinigt)	3,7	3,0	0,7		
Erwerbstätige (im Inland)	0,5	1,3	0,5		
BIP je Erwerbstätigen	3,2	1,6	0,1		
BIP je Erwerbstätigenstunde	1,4	1,2	0,5		
nachrichtlich:					
Erwerbslosenquote in Prozent (ESVG-Konzept) ²	6,8	5,7	5,4		
Arbeitslosenquote in Prozent (Abgrenzung der BA) ²	7,7	7,1	6,8		
VERWENDUNG de	ominal)				
Konsumausgaben					
Private Haushalte und priv. Organisationen ohne Erwerbszweck	2,6	3,7	3,0		
Staat	2,7	2,7	3,2		
Bruttoanlageinvestitionen	5,9	7,9	2,4		
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Mrd. EURO)	-4,0	-8,3	-11,5		
Inlandsnachfrage	3,8	4,1	2,8		
Außenbeitrag (Mrd. EURO)	135,5	133,5	122,0		
Außenbeitrag (in Prozent des BIP)	5,5	5,2	4,6		
Bruttoinlandsprodukt (nominal)	4,3	3,8	2,2		
VERWENDUN	IG des BIP preisbereinigt (re	al)			
Konsumausgaben					
Private Haushalte und priv. Organisationen ohne Erwerbszweck	0,6	1,5	1,2		
Staat	1,7	1,2	1,0		
Bruttoanlageinvestitionen	5,5	6,5	1,5		
Ausrüstungen	10,5	8,3	2,0		
Bauten	2,2	5,4	0,8		
Sonstige Anlagen	4,7	4,8	5,0		
Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen (Impuls) ³	0,6	-0,1	-0,1		

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2012

noch Tabelle 1: Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1

		Jahresprojektion					
	2010	2011	2012				
	Veränderung gegenüb	Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent, soweit nicht anders an					
Inlandsnachfrage	2,4	2,2	1,1				
Exporte	13,7	8,2	2,0				
Importe	11,7	7,2	3,0				
Außenbeitrag (Impuls) ³	1,5	0,8	-0,3				
Bruttoinlandsprodukt (real)	3,7	3,0	0,7				
	Preisentwicklung (2005=100)						
Konsumausgaben der privaten Haushalte ⁴	1,9	2,1	1,7				
Inlandsnachfrage	1,4	1,8	1,7				
Bruttoinlandsprodukt ⁵	0,6	0,8	1,5				
VERTEILUNG des Bro	uttonationaleinkommens (BNE) (Ir	nländerkonzept)					
Arbeitnehmerentgelte	2,5	4,5	2,4				
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	10,5	1,5	2,3				
Volkseinkommen	5,1	3,5	2,3				
Bruttonationaleinkommen	4,0	3,5	2,2				
nachrichtlich (Inländerkonzept):							
Arbeitnehmer	0,5	1,3	0,4				
Bruttolöhne und -gehälter	2,7	4,8	2,8				
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	2,2	3,4	2,4				
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	2,9	3,3	3,0				
Sparquote in Prozent ⁶	11,3	10,9	11,0				

¹ Bis 2011 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: 11. Januar 2012;

um 0,3 Prozentpunkte auf 6,8 %. Besonders hervorzuheben ist, dass Deutschland auch im europäischen Vergleich mittlerweile eine der geringsten Arbeitslosenquoten aufweist.

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo verbesserte sich bereits im Jahr 2011 angesichts der günstigen konjunkturellen Entwicklung sowie der Konsolidierung deutlich auf – 1,0 % in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Die Defizitquote unterschritt damit den Maastricht-Referenzwert von 3 % bereits zwei Jahre früher als im Defizitverfahren gefordert. Das Defizit wird voraussichtlich auch im laufenden Jahr rund 1 % in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt betragen.

² Bezogen auf alle Erwerbspersonen;

³ Absolute Veränderung der Vorräte bzw. des Außenbeitrags in Prozent des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrate des BIP);

⁴ Verbraucherpreisindex; Veränderung gegenüber Vorjahr: 2010: 1,1%; 2011: 2,3%; 2012: 1,8%;

⁵ Lohnstückkosten je Arbeitnehmer; Veränderung gegenüber Vorjahr: 2010: -1,2%; 2011: 1,5%; 2012: 1,8%;

⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte einschl. betrieblicher Versorgungsansprüche.

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2012

Abbildung 2: Kernelemente der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit in der EU

Krisenprävention

Staatsverschuldung reduzieren	Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit stärken	Finanzmarkt stabilisieren
Neuer Fiskalpakt und Stabilitäts- & Wachstumspakt	Europa 2020	Finanzmarktreform
• Schuldenbremsen in allen Eurostaaten	 Gemeinsame Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum 	Neue EU-Finanzmarktaufsicht (auf Makro- und Mikroebene)
		• EU-weit koordinierte Stresstests
Zusätzliches Ziel zur	Verfahren zur Überwachung	
3% - Defizitobergrenze:	makroökonomischer	 Strengere Regulierung (mehr
Ausgeglichener Haushalt wird mittelfristig verpflichtend und	Ungleichgewichte	Eigenkapital, weniger spekulative Produkte)
sanktionsbewehrt	 Früherkennung von Blasen und 	
	Ungleichgewichten und politische	Nationale Regeln zur
Verpflichtende Schulden-	Vorgabe zur Korrektur (mit	Bankenabwicklung & nationale
rückführung (Abbau der Differenz zwischen Schuldenstand und	Sanktionen) falls nötig	Fonds zur Bankenrestrukturierung
Referenzwert von 60% des BIP um 1/20 p.a.)	Euro-Plus-Pakt	
	• Euroländer vereinbaren jährliche	
Automatische Sanktionen bei Nichteinhaltung	Ziele zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit	

Notfallhilfe

Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

Permanenter "Schutzmechanismus" ab 2012 Hilfspakete gegen strikte Auflagen zur Sicherung der Finanzstabilität der Eurozone

Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF

Temporärer "Rettungsschirm" bis 2013 Hilfspakete gegen strikte Auflagen zur Sicherung der Finanzstabilität der Eurozone

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2012

3 Europa als Stabilitätsunion gestalten

3.1 Von der EU 2020-Strategie zur Stabilitätsunion

Die erfolgreiche europäische Integration steht für Frieden und Wohlstand. Die europäischen Staaten haben sich – im Rahmen der Strategie Europa 2020 – ehrgeizige und wichtige Aufgaben gestellt, um drängenden wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fragen des 21. Jahrhunderts strategisch zu begegnen. Sie verbessern die Teilhabe und Zukunftschancen der Menschen. Sie erhöhen die Bildung und Innovationskraft in Europa. Um diese Herausforderungen weiter erfolgreich bewältigen zu können, ist die europäische Staatengemeinschaft heute mehr denn je gefordert, eine gemeinsame aktive Rolle auf internationaler Ebene zu übernehmen.

Der Euro ist als gemeinsame Währung die konsequente und notwendige Fortführung des europäischen Integrationsprozesses. Er hat seine großen Vorteile für Verbraucher und Unternehmen in Deutschland und Europa bewiesen. Die Schuldenkrisen in einzelnen europäischen Ländern zeigen, dass diese Vorteile nur durch mehr europäische Integration und bessere Stabilität dauerhaft gesichert werden können. Europa muss zu einer Stabilitätsunion mit gemeinsamen Werten, glaubwürdigen Regeln und klaren Sanktionen werden. Dies muss das gemeinsame Bekenntnis umfassen, dass Eigenverantwortung und Anpassungsbereitschaft der einzelnen Mitgliedstaaten das Fundament für das Funktionieren des gemeinsamen Währungsraums bilden. Austritte aus der Währungsunion würden hingegen – auch nach Auffassung des Sachverständigenrates – weder die Probleme in den einzelnen Krisenländern noch im Euroraum insgesamt lösen.

Die Bundesregierung wird die notwendigen Schritte zu mehr Stabilität und nachhaltigem Wachstum in Europa aktiv und mit wirtschaftlicher Vernunft mitgestalten. Auf diesem Weg hat die europäische Staatengemeinschaft bereits große Fortschritte erzielt. Prävention steht dabei im Zentrum. Eine neue Wirtschafts- und Finanzverfassung für den Euroraum muss sich dazu an den Prinzipien von Subsidiarität, Eigenverantwortung und Haftung ausrichten, die sich in der Sozialen Marktwirtschaft bewährt haben. Denn nur so hat Europa die Chance, aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen und sich zu einer echten Stabilitätsunion weiterzuentwickeln.¹

3.2 Ein fester Fahrplan – das Europäische Semester

Das Europäische Semester wurde vom Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs im Juni 2010 beschlossen und im 1. Halbjahr 2011 erstmals durchgeführt. Es gibt einen verbindlichen Fahrplan für die wirtschafts-, beschäftigungs- und finanzpolitische Überwachung in Europa vor. Es verzahnt zeitlich den Europa-2020-Prozess, den Stabilitäts- und Wachstumspakt und das neue Verfahren zur Überwachung von Ungleichgewichten. Das Europäische Semester umfasst jeweils das 1. Halbjahr eines Jahres.

Die Bundesregierung begrüßt und unterstützt die Einrichtung des Europäischen Semesters, da so die wirtschafts-, beschäftigungsund finanzpolitische Überwachung auf europäischer Ebene verbessert wird. Sie hält es jedoch zur besseren Prävention zukünftiger Krisen für erforderlich, die Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters noch stärker auf Mitgliedstaaten mit erheblichen wirtschafts-, beschäftigungsund finanzpolitischen Problemen zu fokussieren. Nationale Empfehlungen, die der Europäische Rat beschlossen hat, müssen entschlossener umgesetzt werden als bisher. Umso positiver ist es, dass ab diesem Jahr auch das neue Verfahren zur Überwachung der makroökonomischen Ungleichgewichte Teil des Europäischen Semesters ist. Darüber

¹Siehe "Wichtige Beschlüsse und Maßnahmen im Euroraum seit Beginn 2010", Seite 53.

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2012

Der Ablauf des diesjährigen Europäischen Semesters sieht wie folgt aus:

- 1. Im November 2011 legte die Europäische Kommission ihren Jahreswachstumsbericht 2012 mit den wichtigsten wirtschafts-, beschäftigungs- und finanzpolitischen Herausforderungen und Handlungsvorschlägen vor. Der Fokus des Berichts lag auf der Umsetzung der bereits beschlossenen Maßnahmen zur Stabilisierung der Schuldenkrise im Euroraum mit klarem Schwerpunkt auf der Stärkung des Wachstums. Als besonders wichtig erachtet die Kommission, auf europäischer und nationaler Ebene
 - wachstumsorientiert zu konsolidieren,
 - ein normales Kreditvergabeverhalten der Banken wiederherzustellen,
 - Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu stärken,
 - die Arbeitslosigkeit und die sozialen Folgen der Krise einzudämmen und
 - die öffentliche Verwaltung zu modernisieren.
- 2. Im April 2012 übermitteln die Mitgliedstaaten ihre Stabilitäts- und Konvergenzprogramme sowie ihre Nationalen Reformprogramme nach Brüssel. Erstere legen den Schwerpunkt auf die finanzpolitische Entwicklung. Die Nationalen Reformprogramme stellen die strukturpolitischen Agenden der Mitgliedstaaten dar; in sie fließen auch die Selbstverpflichtungen aus dem Euro-Plus-Pakt ein.
- 3. Auf der Grundlage dieser Programme schlägt die Kommission im Juni länderspezifische Empfehlungen für jeden Mitgliedstaat vor, die spezifische nationale Herausforderungen adressieren.
- 4. Mit der Billigung der länderspezifischen Empfehlungen durch die Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat Mitte 2012 endet das 2. Europäische Semester.

hinaus hält die Bundesregierung es für notwendig, den ambitionierten Zeitplan auszudehnen, um eine fundierte und effektive multilaterale Überwachung zu gewährleisten.

3.3 Vertrauen in eine solide Finanzpolitik durch eine Stabilitätsunion

Um in allen Mitgliedstaaten die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte zu sichern, hat die Staatengemeinschaft die Anforderungen an die nationalen Finanzpolitiken deutlich erhöht. Das stärkt das Vertrauen in eine solide Haushaltspolitik und damit auch die Wachstumsspielräume in allen Ländern des Euroraums. Der erfolgreiche Konsolidierungskurs der öffentlichen Haushalte in Deutschland ebenso wie in einigen anderen Euroländern zeigt, dass ein glaubwürdiger Sparkurs eine rasche Rückkehr zu soliden Staatsfinanzen ermöglicht und das Wachstum stärkt. Die Regeln des Europäischen

Stabilitäts- und Wachstumspakts wurden im Rahmen eines Pakets europäischer Rechtsakte (sogenanntes Six Pack) deutlich verschärft:

- Die Mitgliedstaaten werden zu einer vorsichtigen Haushaltspolitik verpflichtet, um ihr mittelfristiges Ziel nahezu ausgeglichener Haushalte (Medium Term Objective) zu erreichen. Auf diese Weise kommt der Prävention im Stabilitäts- und Wachstumspakt eine größere Rolle zu.
- Das Schuldenstandskriterium von 60 % des Bruttoinlandsprodukts wird stärker als bisher berücksichtigt, indem Mitgliedstaaten zum schrittweisen Abbau eines überhöhten Schuldenstandes verpflichtet werden. Ein zu langsamer Abbau kann Sanktionen nach sich ziehen.
- Zudem werden Mindeststandards für den haushalts- und finanzpolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten etabliert.

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2012

- Die Rückführung sowohl der Defizitals auch der Schuldenstandsquote
 unterliegt einem neuen, abgestuften
 Sanktionsverfahren, so dass Sanktionen
 künftig schneller greifen können. Dabei
 können Sanktionen auch gegen eine
 Mehrheit der Euroländer auf Vorschlag der
 Europäischen Kommission beschlossen
 werden.
- Daten über Defizite und Schulden werden künftig unabhängiger und standardisierter erfasst, von Eurostat strenger überwacht sowie verfälschte Statistiken mit Geldbußen bestraft.

Beim Gipfel der Staats- und Regierungschefs vom 8./9. Dezember 2011 wurde beschlossen, diese Maßnahmen nicht nur sinnvoll zu ergänzen und zu erweitern. Durch einen zwischenstaatlichen Vertrag zwischen den Euro-Staaten und voraussichtlich neun weiteren EU-Staaten wird eine finanzpolitische Stabilitätsunion und damit eine Grundlage ganz neuer Qualität geschaffen. Konkret wurde Folgendes vereinbart:

- Nach dem Vorbild der grundgesetzlich verankerten deutschen Schuldenbremse haben sich die Euro-Länder verpflichtet. eine nationale Haushaltsregel für einen ausgeglichenen Haushalt auf Verfassungsebene oder vergleichbarer Ebene einzuführen. Alle Euro-Länder werden sich mit diesen Regeln sowohl glaubwürdige kurzfristige als auch mittelfristige Haushaltsziele setzen. Sie müssen damit künftig ihre Finanzpolitik nicht nur auf europäischer, sondern auch auf höchster nationaler Rechtsebene rechtfertigen. Dies verleiht den notwendigen Konsolidierungs- und Reformanstrengungen zusätzlich Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft und sendet ein klares Vertrauenssignal an Konsumenten, Unternehmen und Finanzmärkte.
- Das jährliche konjunkturbereinigte Defizit soll zukünftig nicht mehr als 0,5 % des

- Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen.
 Mitgliedstaaten, die die Haushaltsregel
 noch nicht sofort einhalten können,
 müssen darlegen, wie sie den Referenzwert
 auf mittlere Sicht erreichen wollen.
 Die Umsetzung dieser Haushaltsregel
 in das nationale Recht kann durch den
 Europäischen Gerichtshof überprüft
 werden.
- Die präventive Überwachung der nationalen Haushaltspolitiken wird spürbar gestärkt werden. Die Europäische Kommission kann sogar die Vorlage eines neuen Haushalts von einem Mitgliedstaat verlangen, wenn sie gravierende Widersprüche zu den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts feststellt.
- Auch der korrektive Arm des Stabilitätsund Wachstumspaktes wird gestärkt.
 Mitgliedstaaten, die sich in einem
 sogenannten Defizitverfahren befinden,
 sollen sich in einer Reformpartnerschaft
 auf detaillierte Konsolidierungs- und
 Anpassungsmaßnahmen verpflichten,
 deren Einhaltung durch die Europäische
 Kommission und den Rat der Europäischen
 Union überwacht wird.
- Die EU kann gegenüber Staaten im Defizitverfahren künftig stärker automatisiert Schritte einleiten und Sanktionen verhängen. Empfehlungen der Kommission im Rahmen eines Defizitverfahrens sollen nur noch mit einer qualifizierten Mehrheit der Euro-Staaten gestoppt werden können. Es gilt dann also eine umgekehrte qualifizierte Mehrheit. Auch der Sachverständigenrat betont, dass die Unabhängigkeit der Entscheidungen im Rahmen des Stabilitätsund Wachstumspakts noch weiter gestärkt werden müsse (vergleiche Jahresgutachten Tz 208). Er stellt heraus, dass die Rolle der Kommission als Entscheidungsträger im Defizitverfahren weiter gestärkt werden müsse.

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2012

Zudem soll die Schuldenstandsregel des überarbeiteten Stabilitätsund Wachstumspaktes, nach der Mitgliedstaaten die Differenz zwischen ihrem tatsächlichen Schuldenstand und dem 60 %-Grenzwert jährlich um ein Zwanzigstel abbauen müssen, vertraglich verankert werden.

Bis spätestens Ende März 2012 soll der zwischenstaatliche Vertrag mit den entsprechenden Maßnahmen unterzeichnet werden, um – nach Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten – die neue finanz- und wirtschaftspolitische Stabilitätsunion Realität werden zu lassen. Die Staats- und Regierungschefs Bulgariens, der Tschechischen Republik, Dänemarks, Ungarns, Lettlands, Litauens, Polens, Rumäniens und Schwedens haben bereits signalisiert, dass ihre Länder bereit sind, sich anzuschließen – erforderlichenfalls nach Konsultation der Parlamente.

3.4 Der Euro-Plus-Pakt

Mit dem Euro-Plus-Pakt haben die Staatsund Regierungschefs der Eurostaaten im März 2011 – auf deutsch-französische Initiative- einen zusätzlichen Baustein für mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in Europa beschlossen. Er sieht vor, dass sich die Staats- und Regierungschefs gegenüber den anderen Teilnehmerstaaten jährlich selbst zu konkreten Zielen und Maßnahmen verpflichten. Diese sollen die Wettbewerbsfähigkeit fördern, die Beschäftigung steigern, die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen verbessern und die Finanzstabilität stärken. Die Wahl der konkreten Ziele und Maßnahmen bleibt - innerhalb dieser Handlungsfelder - in nationaler Verantwortung. So können die teilnehmenden Staaten bewusst Schwerpunkte setzen. Der Pakt steht auch den anderen EU-Mitgliedstaaten offen. Mit Bulgarien, Dänemark, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien sind dem Pakt bereits sechs Länder beigetreten, die nicht zur Eurogruppe gehören.

Die Bundesregierung begrüßt, dass sich die teilnehmenden Staaten bereits im ersten Jahr des Pakts zu mehr als 100 Maßnahmen verpflichtet haben, die sie binnen Jahresfrist umsetzen wollen. Deutschland selbst hat 22 Maßnahmen zugesagt. Einen echten Mehrwert zu den bestehenden Koordinierungsverfahren erhält der Euro-Plus-Pakt nur dann, wenn die Umsetzung dieser Maßnahmen konsequent überwacht wird und Fortschritte auf höchster politischer Ebene kritisch diskutiert werden. Hierfür setzt sich die Bundesregierung nachdrücklich ein.

3.5 Nothilfen – EFSF und ESM

Neues Vertrauen in die Stabilität des Euroraumes kann nur entstehen, wenn bei allen wichtigen Entscheidungen über die Zukunft der Währungsunion die Öffentlichkeit angemessen angehört und beteiligt wird. Zur Eigenverantwortung in Deutschland gehört die Entscheidungshoheit des Deutschen Bundestages über den Haushalt. Im Zusammenhang mit der EFSF sind die Beteiligungsrechte fallabhängig in einem abgestuften Verfahren geregelt: Bei besonders wichtigen Fragen wie der Vereinbarung von Hilfen oder Vertragsänderungen muss das Plenum zustimmen. Weniger bedeutende Fragen können vom Haushaltsausschuss entschieden werden.

Der ESM soll ab Mitte 2012 einsatzbereit sein und ab Mitte 2013 die Aufgaben der zeitlich befristeten EFSF vollständig übernehmen. Ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Rettungsschirmen ist, dass sich ESM-Mitglieder zur Einführung von standardisierten Umschuldungsklauseln (sogenannten Collective Action Clauses, CAC) in alle neuen Staatsanleihen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr verpflichten. Diese Klauseln legen vorab Mehrheits- und Verfahrensregeln für den Fall fest, dass Gespräche über eine Schuldenrestrukturierung unvermeidlich werden. Damit ist eine wichtige Voraussetzung für ein geregeltes Verfahren zur Beteiligung des Privatsektors geschaffen.

Ouelle: Bundesministerium der Finanzen.

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2012

Abbildung 3: EFSF und ESM im Überblick

EFSF ESM Völkerrechtlich Privatrechtlich Vertrag Kreditkapazität 440 Milliarden Euro 500 Milliarden Euro Deckung Garantierahmen: 780 Milliarden Euro gezeichnetes Kapital: 700 Milliarden (zzgl. Zinsen) Euro (davon 80 Milliarden Euro Die Garantien sind höher als die eingezahlt und 620 Milliarden Euro Kreditkapazität, damit die EFSF ein abrufbar) AAA-Rating erhält. Das Kapital ist höher als die Kreditkapazität, damit der ESM ein AAA-Rating erhält. Deutscher Anteil an Deutscher Garantierahmen: 211 Deutscher Anteil: der Deckung Milliarden Euro am eingezahlten Kapital: 22 Milliarden Euro am abrufbaren Kapital: 168 Milliarden Euro (in Form von Gewährleistungen im Bundeshaushalt) Kredite, vorsorgliche Kreditlinien, Primärmarktkäufe, Sekundärmarktkäufe, Kredite Instrumente zur Rekapitalisierung von Finanzinstituten Voraussetzung für die Gefährdung der Stabilität des · Gefährdung der Stabilität des Inanspruchnahme von Euroraums als Ganzes Euroraums als Ganzes Antrag des Mitgliedstaats · Antrag des Mitgliedstaats Beteiligung des privaten Sektors entsprechend den Grundsätzen und Verfahren des IWF. Erfüllung strenger Auflagen (z.B. Umsetzung eines makroökonomischen Bedingung für Hilfe Anpassungsprogramms, sektorspezifische Auflagen) Wichtige Entscheidungen werden einstimmig von den Euroländern getroffen (u.a. Entscheidungen über Finanzhilfen, Zinsen, anzuwendende Instrumente, Auflagen, Auszahlung von Tranchen). Die Staats- und Regierungschefs der Euro-Staaten haben sich bei ihrem Treffen am 8./9. Dezember 2011 darauf geeinigt, ein besonderes Verfahren einzuführen, nach dem dringende Entscheidungen mit einer qualifizierten Mehrheit von 85 Prozent gefasst werden können.

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2012

Die Bundesregierung hat sich von Beginn der Verhandlungen zum ESM an dafür eingesetzt, dass dieses für eine Marktwirtschaft zentrale Prinzip des Zusammenhangs von Risiko und Haftung Bestandteil der Konzeption des ESM wird. Die Art und das Ausmaß der konkreten Beteiligung orientieren sich an den Grundsätzen und Verfahren des IWF und werden von Fall zu Fall festgelegt. Der IWF macht seine Finanzhilfen dann von einer Privatsektorbeteiligung abhängig, wenn Anpassungsprogramm (Konsolidierung, Strukturreformen) und öffentliche Finanzierungsbeiträge nicht ausreichen, um eine realistische Aussicht auf die Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit eines Landes zu begründen.

4 Für eine neue Stabilitätskultur an den Finanzmärkten

Die erneute Vertrauenskrise im europäischen Bankensystem macht deutlich, dass in Europa nicht nur die Staatshaushalte konsolidiert, sondern auch die Finanzmärkte weiter stabilisiert werden müssen. Ohne ein solches Vertrauen ist ein stabiler Wirtschaftskreislauf nicht denkbar. Die Bundesregierung setzt sich deshalb auf allen Ebenen dafür ein, Stabilitätsrisiken zu verringern. So sollen alle Finanzinstitutionen und -instrumente, aus denen Risiken für die Stabilität erwachsen können, angemessen reguliert und beaufsichtigt werden.

Banken müssen künftig höhere
Anforderungen an Eigenkapital und
Liquidität erfüllen. Das ist Teil des
Reformpakets Basel III zur Bankenregulierung.
Damit werden die Banken widerstandsfähiger
sowohl gegen gesamtwirtschaftliche Krisen
als auch gegenüber normalen Marktrisiken.
Geprüft wird in diesem Zusammenhang
außerdem, mit welchen Vorschriften das
Verhältnis zwischen Geschäftsvolumen
und Eigenkapital der Banken (Leverage
Ratio) begrenzt werden kann und wie
sichergestellt werden kann, dass eine Bank

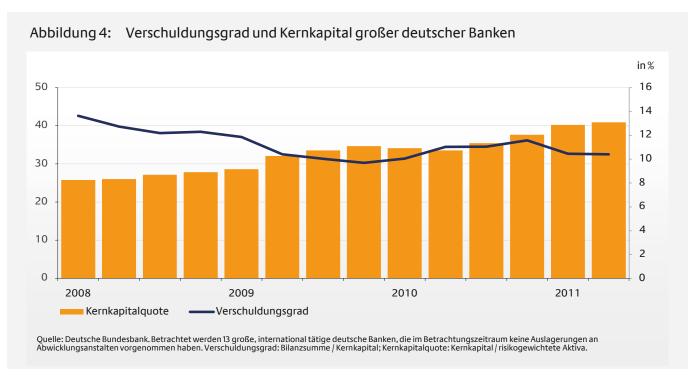
in Stresssituationen zahlungsfähig bleibt. Der Sachverständigenrat empfiehlt, dafür die Bilanzsumme eines Finanzinstituts auf das 20-Fache des Kernkapitals zu begrenzen. Auf internationaler Ebene (Basel III) wird nach derzeitigem Diskussionsstand von einer Relation in Höhe des 33-Fachen ausgegangen, die jedoch im Rahmen einer mehrjährigen Beobachtungsphase hinsichtlich ihrer Auswirkungen überprüft werden soll. Die EU-Kommission hat im Juli 2011 entsprechende Legislativvorschläge vorgelegt, die ebenfalls umfangreiche Analysen während der Bobachtungsphase vorsehen. Welche Verschuldungsobergrenze tatsächlich stabilisierend wirkt, ohne unangemessene Effekte auf die Finanzierung der Realwirtschaft zu haben, muss im Rahmen dieser Beobachtungsphase ermittelt werden.

Die Basel-III-Maßnahmen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis folgen einem mittelfristigen Konzept mit mehrjährigen Übergangsfristen. Wichtig ist, dass diese sogenannten Basel-III-Maßnahmen gleichzeitig in allen weltweit wichtigen Finanzzentren umgesetzt werden.

Die Bundesregierung wird die EU-Verhandlungen zur Umsetzung von Basel III eng begleiten und dabei auch darauf achten, dass die Unternehmensfinanzierung durch die neuen Anforderungen nicht beeinträchtigt wird. Außerdem drängt die Bundesregierung darauf, dass die Anforderungen an die Banken zielgerichtet und angemessen sind, damit übermäßige und unnötige Belastungen vor allem auch der mittelständischen Banken vermieden werden. Für kleinere Institute. die vor allem im klassischen Einlage- und Kreditgeschäft engagiert sind, sollten vereinfachte Anforderungen gelten, soweit das aus Perspektive der Finanzaufsicht vertretbar ist.

Durch das sogenannte Solvabilität-II-Projekt wird das Versicherungsaufsichtsrecht in der EU grundlegend reformiert.
Insbesondere die Eigenkapital- und Risikomanagementvorschriften für Versicherer werden modernisiert. Unter anderem

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2012



müssen Versicherer ihre Anlagerisiken mit Eigenkapital unterlegen. Zudem werden die Zusammenarbeit der Aufseher in Kollegien und die Aufsicht über Versicherungsgruppen verbessert. Die Bundesregierung beabsichtigt, die EU-Rahmenrichtlinie Solvabilität II fristgerecht in nationales Recht umzusetzen. Auf europäischer Ebene werden zwei weitere Rechtsakte zur Vollendung des Projekts diskutiert.

Systemrelevante Banken: Für Banken, die besonders groß sind oder aus anderen Gründen eine Schlüsselstellung im Finanzsystem einnehmen, müssen besonders strenge Vorschriften gelten. Sie sollen sich künftig mit zusätzlichem Eigenkapital absichern. Der Sachverständigenrat schlägt als Zielgröße eine risikogewichtete Eigenkapitalquote von insgesamt 20% vor. Gegenwärtig müssen die Banken eine Eigenmittelquote von 8% einhalten. Auf internationaler Ebene werden derzeit Anforderungen von in der Summe bis zu 16 % Eigenkapital diskutiert. In diesem Zusammenhang wird auch diskutiert, ob Schuldverschreibungen in der Eigenkapitalquote berücksichtigt werden sollen, die bei drohender Insolvenz nicht getilgt werden, sondern dem Eigenkapital zufallen

(Wandelanleihen). Die Bundesregierung steht der Diskussion aufgeschlossen gegenüber.

Um der aktuellen Krisensituation zu begegnen, sollen systemrelevante Banken bis zum 30. Juni 2012 ihre Eigenkapitalquote auf 9% erhöhen. Das zusätzliche Kapital soll den Märkten zeigen, dass die Banken auch unvorhergesehene Wertverluste aus Staatsanleihen tragen können, ohne die ihnen anvertrauten Vermögenswerte zu gefährden. Damit wird das Vertrauen in den Bankensektor gestärkt.

Um die temporär erhöhte Eigenkapitalquote bei systemrelevanten Banken im Rahmen des koordinierten Vorgehens auf EU-Ebene durchsetzen zu können, hat die Bundesregierung den Entwurf eines Zweiten Finanzmarktstabilisierungsgesetzes verabschiedet. Damit erhält die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die Befugnis, für einzelne Institute höhere Eigenkapitalanforderungen festzusetzen, wenn dies erforderlich ist, um eine drohende Störung der Funktionsfähigkeit des Finanzmarktes abzuwenden.

Die höheren Anforderungen sollen primär am Kapitalmarkt durch die Banken und

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2012

deren Eigentümer gedeckt werden. Für den Fall, dass eine Bank den Kapitalbedarf nicht am Markt decken kann, wird der Ende 2010 ausgelaufene Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) wieder eröffnet. Entsprechend dem Regierungsentwurf kann der bis Ende 2012 reaktivierte SoFFin im Bedarfsfall und auf Antrag Garantien zur Refinanzierung bis zu einer Höhe von 400 Mrd. € und direkte Kapitalhilfen bis zu 80 Mrd. € zur Verfügung stellen. Für den Fall, dass eine Bank in Schieflage gerät, bestehen in Deutschland seit 2011 rechtliche Möglichkeiten, sie zu restrukturieren und notfalls geordnet abzuwickeln. Dieses Instrumentarium wurde insbesondere für systemrelevante Banken entwickelt. Die Bankenaufsicht kann dann in die Geschäftsführung der Bank eingreifen und systemrelevante Geschäftsbereiche ausgliedern und auf eine Brückenbank übertragen. Nicht systemrelevante Geschäftsbereiche können abgewickelt werden. Damit wird sichergestellt, dass auch private Gläubiger an Verlusten beteiligt werden können. Ein Fonds, der sich aus einer Bankenabgabe speist, soll längerfristig die Restrukturierung finanzieren. Die EU-Kommission will zu Beginn des Jahres 2012 Legislativvorschläge für EU-weite Regelungen vorlegen, die eine geordnete grenzüberschreitende Abwicklung systemrelevanter Banken ermöglichen sollen. Die Bundesregierung befürwortet das Vorhaben ebenso wie der Sachverständigenrat.

Schattenbanken sind spezialisierte
Finanzinstitute und Sondervermögen, die
banktypische Dienstleistungen anbieten,
ohne der banktypischen Regulierung
zu unterliegen. Zu ihnen gehören auch
Hedgefonds und andere alternative
Investmentfonds. Deren Manager
müssen künftig Anforderungen an die
Kapitalausstattung und Transparenz ihrer
Fonds erfüllen und ihre Qualifikation
nachweisen. Eine entsprechende EU-Richtlinie
wird die Bundesregierung fristgerecht bis zum
Juli 2013 umsetzen.

Nicht nur die Schattenbanken müssen zur besseren Transparenz auf den Finanzmärkten beitragen. Auch Derivatehändler etwa müssen ihre Produkte – u. a. sogenannte OTC-Derivate – künftig zunehmend über regulierte und transparent wirtschaftende Stellen abwickeln. Ihre Geschäfte werden zentral in Transaktionsregistern erfasst. Dies sieht ein entsprechender Verordnungsentwurf vor.

Aus einigen Finanzprodukten erwachsen hohe Risiken für die Stabilität des gesamten Finanzsystems. Dazu gehören Handelsgeschäfte mit Aktien und Staatsanleihen, wenn Marktteilnehmer diese verkaufen, ohne sie zu besitzen (sogenannte ungedeckte Leerverkäufe) sowie Credit Default Swaps (CDS) auf Staatsanleihen, die keinen Absicherungszwecken dienen. In Deutschland gelten hier bereits seit 2010 Transparenzvorschriften und eng konditionierte Verbote. Transparenzvorschriften für Leerverkäufe und Verbote ungedeckter Leerkäufe bestimmter Titel sowie bestimmter CDS sollen nun auch EU-weit eingeführt werden. Die Bundesregierung begrüßt und unterstützt dieses Vorhaben.

Seit dem vergangenen Jahr müssen
Verbraucher bei einer Anlageberatung
zu Wertpapieren übersichtliche
Produktinformationsblätter mit klaren
Aussagen über Rendite, Risiko und Kosten
erhalten. Künftig werden auch selbständige
Vermittler von Anlageprodukten
ihre Qualifikation nachweisen, eine
Berufshaftpflichtversicherung abschließen
und sich in ein öffentliches Vermittlerregister
eintragen lassen müssen. Sie müssen ihre
Kunden über ihre Provisionen informieren
und ihnen ein Beratungsprotokoll sowie ein
Produktinformationsblatt der empfohlenen
Vermögensanlagen aushändigen.

Auf europäischer Ebene werden derzeit Maßnahmen zur Reform der Abschlussprüfung diskutiert, die unter anderem für mehr Wettbewerb bei der Abschlussprüfung großer Unternehmen sorgen sollen. Die

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2012

Bundesregierung wird sich insbesondere dafür einsetzen, die Qualität und Aussagekraft der Abschlussprüfung weiter zu verbessern.

5 Wachstumsfreundliche Finanzpolitik

Gerade angesichts der Verschuldungsprobleme im Euroraum ist zentrale Aufgabe der Finanzpolitik, das Vertrauen von Konsumenten, Unternehmen und Märkten in langfristig tragfähige Staatsfinanzen zu sichern. Dies ist Voraussetzung für ein nachhaltiges und stetiges Wirtschaftswachstum. Deshalb wird Deutschland die auf nationaler und internationaler Ebene eingegangenen Konsolidierungsverpflichtungen konsequent einhalten. Dazu gehören neben der im deutschen Grundgesetz verankerten Schuldenregel der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie der Euro-Plus-Pakt.

Die wirtschafts- und finanzpolitische Entwicklung in Deutschland verdeutlicht anschaulich, dass ein glaubwürdiger Konsolidierungskurs die binnenwirtschaftlichen Wachstumsgrundlagen stärkt und eine rasche Rückkehr zu soliden Staatsfinanzen ermöglicht. Schon im vergangenen Jahr unterschritt die Defizitquote für die öffentlichen Haushalte insgesamt mit 1,0 % das 3 %-Maastricht-Kriterium wieder deutlich. Deutschland erfüllte damit die Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts bereits zwei Jahre früher, als es im Defizitverfahren aus dem Jahr 2009 - im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise – von der Europäischen Union gefordert worden war. Darüber hinaus hat sich Deutschland zu einem mittelfristig strukturell nahezu ausgeglichenen Staatshaushalt verpflichtet. Trotz zusätzlicher Haushaltsbelastungen wird die Bundesregierung die Konsolidierung daher entschlossen fortsetzen. Sie hält am Kurs strikter Ausgabendisziplin fest und trägt so wesentlich dazu bei, die Staatsquote anhaltend zurückzuführen.

Der gute Konjunkturverlauf und die bisher umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen aus dem Zukunftspaket schlugen sich bereits im Bundeshaushalt 2011 günstig nieder.
Zudem unterschreitet die Bundesregierung mit dem Bundeshaushalt 2012 und dem Finanzplan bis zum Jahr 2015 die maximal zulässige Nettokreditaufnahme in allen Jahren deutlich. Sie hält damit den Abbaupfad für das strukturelle Defizit ein, der von der Schuldenregel vorgegeben wird. Diese positive Entwicklung darf aber nicht den Blick dafür trüben, dass der Bundeshaushalt weiter konsolidiert werden muss.

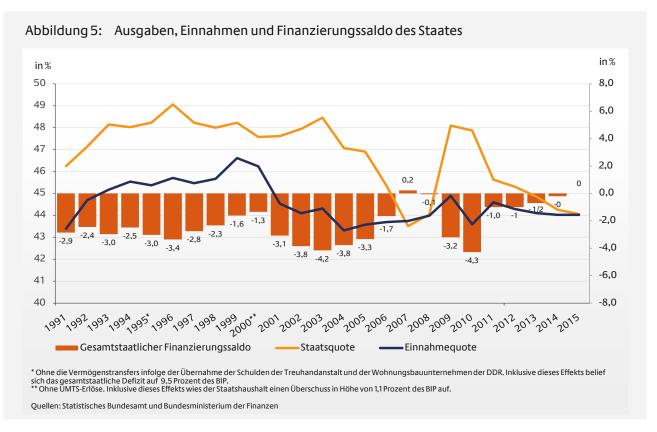
Auch bergen die Konjunkturlage, die ungewisse Zinsentwicklung und die weiteren Maßnahmen zur Bekämpfung der Schuldenkrise in einigen europäischen Staaten erhebliche Haushaltsrisiken. Daher ist es erforderlich, den im geltenden Finanzplan abgebildeten Konsolidierungskurs konsequent einzuhalten.

Deutschland hat sich frühzeitig zu einer konsequenten Haushaltskonsolidierung bekannt, indem es bereits im Jahr 2009 eine neue Schuldenregel im Grundgesetz verankert hat. Diese Schuldenbremse ist laut Sachverständigenrat im Zuge der europäischen Schuldenkrise "international zu einer vorbildhaften Regelung geworden".

Die Schuldenregel sieht vor, dass der Bund sein strukturelles Defizit zunächst schrittweise bis 2016 auf maximal 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts zurückführt und danach diese Grenze nicht überschreitet. Die Länder dürfen ab 2020 überhaupt keine strukturelle Neuverschuldung mehr eingehen. Auf diese Weise wird die deutsche Schuldenstandsquote, also der Schuldenstand im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, nachhaltig zurückgeführt. Dies entspricht auch der Forderung des jetzt verschärften Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Um der Schuldenregel und dem Ziel tragfähiger Staatsfinanzen besser gerecht werden zu können, erfolgte im vergangenen Jahr die Aufstellung des Bundeshaushalts 2012 und des

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2012



Finanzplans bis 2015 erstmals im Top-Down-Verfahren.

Dabei legte die Bundesregierung im März 2011 Eckwerte für den Haushalt – d. h. globale Einnahme- und Ausgabeplafonds für die einzelnen Bundesministerien und einzelne darin enthaltene Haushaltspositionen – fest. Den Eckwerten lag die gesamtwirtschaftliche Projektion der Bundesregierung zugrunde. Das Top-Down-Verfahren wird auch in den kommenden Jahren angewandt.

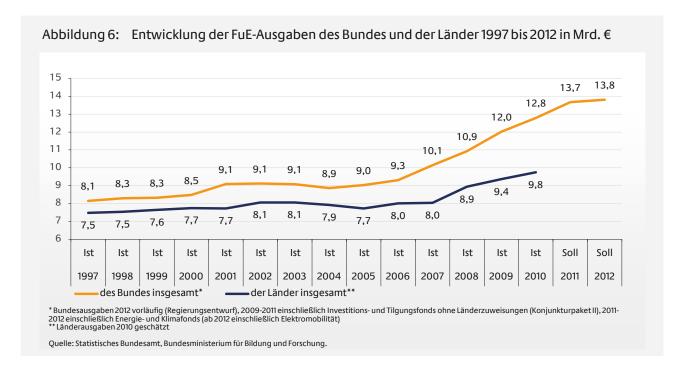
Das Top-Down-Verfahren ermöglicht, die Haushalts- und Finanzplanung frühzeitig und klar an politischen Prioritäten und wachstumsfreundlichen Schwerpunkten auszurichten. Bereits mit dem Zukunftspaket aus dem Jahr 2010 hat die Bundesregierung eine strukturelle Konsolidierung eingeleitet, die den deutschen Wachstumsspielraum mittel- und langfristig erhöht. Dazu trägt auch der Vorrang für Ausgaben im Bereich Bildung und Forschung bei. Die Bundesregierung hat diesen Bereich in der laufenden Legislaturperiode mit zusätzlich

12 Mrd. € ausgestattet. Damit setzt sie ein deutliches Signal für die Zukunftsfähigkeit des Bildungs- und Forschungsstandortes Deutschland. Darüber hinaus hat die Bundesregierung für Investitionen in die deutsche Verkehrsinfrastruktur insgesamt 1 Mrd. € zusätzlich bereitgestellt. Der Anteil der Investitionsausgaben im Bundeshaushalt wird so nachhaltig gestärkt.

Neben der Haushaltskonsolidierung gehört es zu einer wachstumsfreundlichen Finanzpolitik, den Menschen wieder mehr von dem zu lassen, was sie sich erarbeitet haben, und den Unternehmen genügend Spielraum für Zukunftsinvestitionen zu geben.

Im System des progressiv ausgestalteten Einkommensteuertarifs profitiert der Staat von Steuermehreinnahmen, die über den Effekt der kalten Progression entstehen. Auch aus der Sicht des Sachverständigenrates stellt die kalte Progression ein Problem dar, das bereinigt werden sollte. Diesen nicht gewollten Steuerbelastungen soll durch eine Korrektur des Einkommensteuertarifs

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2012



entgegengewirkt werden. Dies steht in vollem Einklang mit der konsequenten weiteren Umsetzung der Schuldenbremse. Die vom Arbeitskreis Steuerschätzungen im November 2011 prognostizierten Steuermehreinnahmen für die nächsten Jahre eröffnen einen finanziellen Spielraum für eine Tarifkorrektur mit einem Volumen von jährlich 6 Mrd. €. Die Bundesregierung hat deshalb am 7. Dezember 2011 einen Gesetzentwurf beschlossen, mit dem in zwei Schritten zum 1. Januar 2013 und zum 1. Januar 2014 Steuermehrbelastungen aufgrund der kalten Progression abgebaut werden. Hierdurch werden keine Steuerentlastungen durch neue Schulden finanziert. Vielmehr wird dem Effekt entgegengewirkt, dass der Staat zu Lasten der Steuerpflichtigen Mehreinnahmen aufgrund der kalten Progression erhält. Ziel ist es zu verhindern, dass Lohnerhöhungen, die lediglich die Inflation ausgleichen, zu einem höheren Durchschnittssteuersatz führen. So wird sichergestellt, dass der Staat nicht von Lohnerhöhungen profitiert, denen keine höhere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen zugrunde liegt. Verbunden damit ist das klare Bekenntnis, bewusst nicht auf progressionsbedingte Mehreinnahmen aus inflationsausgleichenden Lohnerhöhungen zu setzen, um aus der Verschuldung herauszuwachsen. Dadurch wird ein starkes Signal für eine konsequent stabilitätsorientierte Politik und mehr Steuergerechtigkeit gesetzt. Eine regelmäßige Überprüfung der Wirkung der kalten Progression im Tarifverlauf soll ab der 18. Legislaturperiode im Zweijahresrhythmus stattfinden.

Steuerliche Rahmenbedingungen können ein wesentlicher Faktor für Investitionsentscheidungen sein. Die Bundesregierung prüft daher zusätzliche Möglichkeiten, das Unternehmensteuerrecht weiter zu modernisieren und international wettbewerbsfähig zu gestalten. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Regelungen zur steuerlichen Verlustverrechnung sowie der Besteuerung von verbundenen Unternehmen. Die Vorschläge einer zu diesem Zweck eingerichteten Bund-Länder-Arbeitsgruppe werden in die Überlegungen eines deutschfranzösischen Gemeinschaftsprojekts einbezogen. Dieses soll Möglichkeiten prüfen, wie die Bemessungsgrundlagen für die Körperschaftsteuer in beiden Staaten einander angenähert werden können. Deutschland

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2012

und Frankreich verstehen sich dabei als Schwungrad der europäischen Entwicklung.

Aufgrund der guten Entwicklung von Beschäftigung und Einkommen nahmen auch die Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen spürbar zu. Daher konnte die Bundesregierung zum 1. Januar 2012 den Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung um 0,3 Prozentpunkte senken. Hierdurch werden Arbeitgeber und Beschäftigte ab diesem Jahr um jeweils 1,3 Mrd. € jährlich entlastet. Die paritätisch finanzierten Sozialversicherungsbeiträge sinken und liegen weiter stabil unter 40 % vom Lohn. Auch nach der geringfügigen Anhebung des Beitragssatzes der sozialen

Pflegeversicherung im Jahr 2013 bleiben sie unter dieser Marke

Die Gemeindefinanzkommission konnte ihre Arbeit im Juni 2011 mit einem positiven Ergebnis für die Kommunen abschließen. Der Bund entlastet die Kommunen bei den Nettoausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung spürbar, indem er seine prozentuale Kostenerstattung erhöht. Mit dieser Maßnahme entlastet der Bund die Träger der Sozialhilfe – und damit vor allem die Kommunen – allein im Zeitraum von 2012 bis 2015 um voraussichtlich mehr als 12 Mrd. €. Von dieser Entlastung profitieren insbesondere Kommunen, die unter besonders drängenden Finanzproblemen leiden.

Wichtige Beschlüsse und Maßnahmen im Euroraum seit Beginn 2010

Informeller Europäischer Rat (11. Februar 2010)

- Beschluss der EU 2020-Strategie
- Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union sagen Griechenland politische Unterstützung zu. Falls nötig, würden Maßnahmen zur Sicherung der Finanzstabilität des Euroraumes ergriffen werden.

Europäischer Rat (25./26. März 2010)

- Grundsätzliche Bereitschaft, zur Sicherung der Finanzstabilität und der gemeinsamen Währung finanzielle Hilfen für Griechenland zu gewähren.
- Falls keine ausreichende Kapitalmarktfinanzierung zu erreichen ist, sollen unter strengen Auflagen und ohne Subventionselemente bilaterale Kredite in Verbindung mit dem IWF gewährt werden.

Sondergipfel des Euroraums (7. Mai 2010)

Staats- und Regierungschefs des Euroraums beschließen Hilfspaket für Griechenland.

ECOFIN-Rat (9. Mai 2010)

Beschluss eines Europäischen Rettungsschirms (EFSF/EFSM) mit einem Volumen von 500 Mrd. €.

ECOFIN-Rat (8. Juni 2010)

Beschluss des Europäischen Semesters.

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2012

Europäischer Rat (16./17. Dezember 2010)

• Die Staats- und Regierungschefs der EU beschließen die EU-Vertragsänderung zur Errichtung des ESM (Artikel 136 AEUV) und einigen sich auf dessen allgemeine Merkmale.

Treffen der Eurostaaten (11. März 2011)

- Vereinbarung des Euro-Plus-Paktes zur F\u00f6rderung der Wettbewerbsf\u00e4higkeit in der Europ\u00e4ischen
 Union und zur St\u00e4rkung der Wirtschafts- und W\u00e4hrungsunion.
- Einigung in wichtigen Punkten zur EFSF/zum ESM.

ECOFIN-Rat (15. März 2011)

 Einigung des Rates auf das Legislativpaket zur Stärkung der finanz- und wirtschaftspolitischen Steuerung der EU (sogenanntes Six Pack).

Eurogruppen-Treffen (21. März 2011)

Beschluss der Eckpunkte des ESM.

Europäischer Rat (24./25. März 2011)

Beschlüsse zu Euro-Plus-Pakt, Six Pack und ESM.

Treffen der Eurostaaten (21. Juli 2011)

- Die Staats- und Regierungschefs vereinbaren für die Finanzhilfen der EFSF eine Laufzeitverlängerung und Zinskostensenkung.
- Beschluss über zusätzliche Instrumente für die EFSF (und später ESM) zu deren Flexibilisierung.
- Einigung auf zweites Hilfspaket für Griechenland.

Europäisches Parlament (28. September 2011)

Annahme des Six Pack durch das Europäische Parlament.

Deutscher Bundestag (29. September 2011)

Zustimmung zur Änderung des StabMechG zur Ausweitung des EFSF.

Europäischer Rat und Euroraum-Gipfel (26. Oktober 2011)

- Begrüßen der italienischen Reformpläne zur Haushaltskonsolidierung und für mehr Wettbewerbsfähigkeit.
- Beschlüsse zur wirtschafts- und haushaltspolitischen Koordinierung und Überwachung.

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2012

- Einführung von Schuldenbremsen in allen Eurostaaten auf Verfassungs- oder gleichrangiger Ebene bis Ende 2012.
- Konsultation der Kommission bei allen wirtschafts- und haushaltspolitischen Reformplänen, die Auswirkungen auf andere Mitgliedstaaten haben können.
- Prüfung von Haushaltsentwürfen von Staaten im Defizitverfahren durch Rat und Kommission.
- Verzicht der privaten Investoren in Höhe von 50 % der ausstehenden Forderungen auf griechische Staatsanleihen.
- Optimierung der Kreditvergabekapazität der EFSF.
- Regelmäßige Treffen der Staats- und Regierungschefs des Euroraums.

ECOFIN-Rat (8. November 2011)

- Formale Annahme des Six Pack durch den Rat.
- Rat nimmt Schlussfolgerungen zum Scoreboard im Rahmen des neuen Verfahrens zur Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte an.

Europäischer Rat und Euroraum-Gipfel (8./9. Dezember 2011)

- Schaffung einer wirtschafts- und finanzpolitischen Stabilitätsunion; Ziel: haushaltspolitische Disziplin und eine vertiefte Integration des Binnenmarkts sowie stärkeres Wachstum, größere Wettbewerbsfähigkeit und stärkerer sozialer Zusammenhalt.
- Zwischenstaatlicher Vertrag zu einem neuen Fiskalpakt der 17 Eurostaaten und weiterer EU-Staaten.
- Implementierung nationaler Schuldenbremsen nach europäischen Vorgaben; der EuGH bekommt die Zuständigkeit, über die Erfüllung dieser europäischen Vorgaben durch die nationalen Schuldenbremsen zu urteilen.
- Die EU kann gegenüber Staaten im Defizitverfahren künftig stärker automatisiert Schritte einleiten.
- Mitgliedstaaten im Defizitverfahren müssen eine Reformpartnerschaft zu Strukturreformen eingehen. Europäische Kommission und Rat überprüfen die Umsetzung.
- Die Schuldenstandsregel des Stabilitäts- und Wachstumspakts, nach der Mitgliedstaaten die Differenz zwischen ihrem tatsächlichen Schuldenstand und dem Grenzwert von 60 % des BIP jährlich um ein Zwanzigstel abbauen müssen, wird vertraglich verankert.
- Der ESM soll bereits im Juli 2012 seine Arbeit aufnehmen, ein Jahr früher als geplant.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2011

Haushaltsabschluss 2011

Ist-Ergebnis der Ausgaben und Einnahmen des Bundes im Haushaltsjahr 2011

1	Finanzpolitische Rahmenbedingungen	56
2	Gesamtübersicht	57
2.1	Bedeutende Veränderungen des Haushalts 2011 gegenüber dem Haushalt 2010	58
3	Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenregel	59
3.1	Berechnung der zulässigen Nettokreditaufnahme nach Haushaltsabschluss	60
3.2	Finanzpolitische Implikationen	61
4	Entwicklung der konsumtiven und investiven Ausgaben	61
4.1	Konsumtive Ausgaben	62
4.2	Investive Ausgaben	62
	Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen	

- Die Neuverschuldung des Bundeshaushalts fiel 2011 mit 17,3 Mrd. € deutlich geringer aus als ursprünglich veranschlagt und liegt damit um 26,7 Mrd. € unterhalb der Nettokreditaufnahme des Jahres 2010 von 44,0 Mrd. €.
- Die deutliche Unterschreitung der im Haushaltsplan vorgesehenen Neuverschuldung ist im Wesentlichen auf konjunkturabhängige Komponenten wie Steuereinnahmen und Ausgabenentlastungen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Zinsen und Gewährleistungen zurückzuführen.
- Im Einklang mit der erstmals angewandten verfassungsrechtlichen Schuldenregel wurde das konjunkturell günstige Umfeld zur raschen Defizitreduktion genutzt. Die Strategie der Bundesregierung, nachhaltig zu konsolidieren und zugleich die Wachstumskräfte zu stärken, wird durch die positive Entwicklung bestätigt.

1 Finanzpolitische Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft zeigte sich 2011 in sehr robuster Verfassung und ist wieder kräftig gewachsen: Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 2011 um 3,0 % höher als noch 2010. Damit setzte sich der konjunkturelle Aufholprozess der deutschen Wirtschaft – nach dem krisenbedingten Rückgang der Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 – das zweite Jahr in Folge fort. Im Jahresverlauf 2011 wurde auch das Vorkrisenniveau beim preisbereinigten BIP wieder überschritten.

Dabei hat sich das Wachstumsprofil im vergangenen Jahr weiter in Richtung der Binnennachfrage verschoben, die rein rechnerisch mehr als zwei Drittel zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beitrug.¹

Den engen Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und den Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte

¹ Eine Darstellung zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland findet sich auch in dem Artikel "Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2012: Vertrauen stärken – Chancen eröffnen – mit Europa stetig wachsen", Seite 36 bis 55 dieses Monatsberichts.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2011

verdeutlicht ein Blick auf die Entwicklung der Steuereinnahmen von Bund und Ländern 2011 (zur Entwicklung im Einzelnen siehe den Artikel "Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Kalenderjahr 2011" im BMF-Monatsbericht Januar 2012). Insgesamt konnte der Bund im vergangenen Jahr 21,9 Mrd. € Steuermehreinnahmen gegenüber 2010 erzielen und erreicht mit 248,1 Mrd. € das bislang beste Jahressteuerergebnis. Auf der Ausgabenseite entlastete die günstige wirtschaftliche Entwicklung den Bundeshaushalt deutlich. Für den Bereich Arbeitsmarkt waren 2011 rund 7.9 Mrd. € weniger aufzuwenden als noch im Jahr zuvor. So konnte das Finanzierungsdefizit 2011 gegenüber dem Vorjahr um 26,7 Mrd. € auf 17,7 Mrd. € gesenkt und damit mehr als halbiert werden.

2 Gesamtübersicht

Tabelle 1 zeigt wesentliche Werte zum Haushaltsabschluss 2011.

Ausgaben

Die Ausgaben des Bundes lagen im Haushaltsjahr 2011 bei 296,2 Mrd. €. Gegenüber 2010 mit Gesamtausgaben im Höhe von 303,7 Mrd. € sanken diese um 7,4 Mrd. € oder 2,4%. Der Ausgabenrückgang ist im Wesentlichen auf einen verminderten Bedarf bei den Arbeitsmarktausgaben des Bundes zurückzuführen. Ursächlich war, dass die Bundesagentur für Arbeit für das Jahr 2011 kein überjähriges Darlehen zur Deckung eines etwaigen Defizits benötigte. Höhere Beitragseinnahmen sowie geringere Ausgaben beim Arbeitslosengeld I und bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen trugen hier zur Vermeidung eines Defizits bei. Auch die Leistungen des Bundes an die Gesetzliche Krankenversicherung verringerten sich um 0,4 Mrd. €.

Einnahmen

Die Einnahmen des Bundes aus Steuern und Verwaltungseinnahmen beliefen

Tabelle 1: Gesamtübersicht

	Soll 2011	Januar bis Dezember 2011	Januar bis Dezember 2010	Veränderung	ggü. Vorjahr
		in M	rd. €¹		in %
	Ermittlung o	des Finanzierungssal	dos		
1. Ausgaben zusammen	305,8	296,2	303,7	-7,4	-2,4
2. Einnahmen zusammen	257	278,5	259,3	+19,2	+7,4
Steuereinnahmen	229,2	248,1	226,2	+21,9	+9,7
Sonstige Einnahmen	27,9	30,5	33,1	-2,6	-8,0
Einnahmen ./. Ausgaben = Finanzierungssaldo	-48,8	-17,7	-44,3	+26,7	х
	Deckung d	es Finanzierungssald	os		
Nettokreditaufnahme	48,4	17,3	44	-26,7	-60,6
Münzeinnahmen (nur Umlaufmünzen)	0,4	0,3	0,3	+0,01	+3,9
nachrichtlich:					
Investive Ausgaben (Baumaßnahmen, Beschaffungen über 5.000 € je Beschaffungsfall, Darlehen, Inanspruchnahme aus Gewährleistungen und ähnliches)	32,3	25,4	26,1	-0,7	-2,7

¹ Sollbeträge werden in der Einheit 1000 € geplant. Kassenergebnisse werden centgenau gerechnet. Bei der im Bericht verwendeten Darstellung in Mrd. € können Rundungsdifferenzen entstehen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2011

sich auf 278,5 Mrd. €. Gegenüber 2010 mit Gesamteinnahmen von 259,3 Mrd. € entspricht dies einem Zuwachs von 19,2 Mrd. € (+7,4%). Die Steuereinnahmen des Bundes konnten im Jahr 2011 auf 248,1 Mrd. € gesteigert werden. Gegenüber 2010 mit Steuereinnahmen in Höhe von 226,2 Mrd. € wuchsen diese um 21,9 Mrd. € oder 9,7%. Rückläufig entwickelten sich die sonstigen Einnahmen des Bundes. Diese sanken von 33,1 Mrd. € 2010 um 2,6 Mrd. € auf 30,5 Mrd. € im Jahr 2011. Hier hat sich u. a. die verringerte Gewinnabführung der Bundesbank ausgewirkt; sie ging von 3,5 Mrd. € 2010 auf 2,2 Mrd. € im Jahr 2011 zurück.

Finanzierungsdefizit

Aus der Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben ergibt sich für das Haushaltsjahr 2011 ein Finanzierungsdefizit von 17,7 Mrd. €. Dieses Defizit wurde finanziert über die Nettokreditaufnahme in Höhe von 17,3 Mrd. € und Münzeinnahmen (Umlaufmünzen) von gut 0,3 Mrd. €. Während sich die Münzeinnahmen auf Vorjahresniveau bewegten, fiel die Nettokreditaufnahme des Bundes deutlich um 26,7 Mrd. € gegenüber 2010 mit 44,3 Mrd. € (60,1%).

2.1 Bedeutende Veränderungen des Haushalts 2011 gegenüber dem Haushalt 2010

Tabelle 2 zeigt wesentliche Veränderungen im Haushaltsergebnis des Jahres 2011 gegenüber dem Haushaltsjahr 2010.

Arbeitsmarkt

Die positive Beschäftigungsentwicklung in Deutschland ist Ergebnis des

Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen des Haushalts 2011 gegenüber 2010

Aufgabenbereich	Soll 2011	Januar bis Dezember 2011	Januar bis Dezember 2010	Veränderung	ggü. Vorjahr			
		in Mr	rd. €¹		in %			
Ausgaben								
Arbeitsmarkt	47,4	41,6	49,5	-7,9	-15,9			
Darunter:								
Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung	8,0	8,0	7,9	+0,1	+1,5			
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	5,4	-	5,2	-5,2	-100			
Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende	34,2	33,0	35,9	-2,9	-8,0			
Leistungen an die Gesetzliche Krankenversicherung (Gesundheitsfonds)	15,3	15,3	15,7	-0,4	-2,5			
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	13,3	13,3	11,8	+1,5	+12,7			
Bundes zuschuss zur Kompensation krisenbedingter Mindereinnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung	-	-	3,9	-3,9	-100			
Zusätzlicher Bundeszuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung	2,0	2,0	-	+2,0	+100			
Zinsen	35,3	32,8	33,1	-0,3	-0,9			
	Einna	ahmen						
Steuereinnahmen	229,2	248,1	226,2	+21,9	+9,7			

¹ Differenzen durch Runden der Zahlen möglich.

 $Quelle: Bundesministerium \ der \ Finanzen.$

HAUSHALTSABSCHLUSS 2011

verantwortungsvollen Verhaltens der Tarifvertragspartner und des raschen Aufholprozesses nach der Krise. Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich als deutlich robuster erwiesen, als viele Beobachter dies für möglich gehalten hätten: Deutschland hat in den zurückliegenden Jahren erfolgreich sein System der Grundsicherung für Arbeitssuchende und die Arbeitsförderung reformiert, die Arbeitsvermittlung effizienter gestaltet, die Einstiegshürden durch die Öffnung flexibler Beschäftigungsformen gesenkt und die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes insgesamt gestärkt. Darüber hinaus haben die Tarifvertragspartner die Tarifstrukturen flexibilisiert. Diese Maßnahmen zahlen sich nun aus. Die Arbeitslosigkeit ist heute so gering wie seit 1991 nicht mehr, und die deutsche Arbeitslosenguote gehört zu den niedrigsten in Europa. Im Jahresdurchschnitt 2011 waren 2976 000 Personen arbeitslos gemeldet, 263 000 Personen weniger als noch im Jahr zuvor. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote belief sich 2011 auf 7,1%. Im Vergleich zum Vorjahr nahm sie um 0,6 Prozentpunkte ab. Demzufolge verringerten sich auch die Aufwendungen des Bundes für den Bereich Arbeitsmarktpolitik. Die Bundesagentur für Arbeit konnte das Finanzjahr 2011 mit einem geringen Überschuss abschließen, sodass kein Darlehen des Bundes zur Finanzierung eines etwaigen Defizits in Anspruch genommen werden musste.

Leistungen an die Gesetzliche Krankenversicherung (Gesundheitsfonds)

Der allgemeine Beitragssatz der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wurde im Rahmen des GKV-Finanzierungsgesetzes gesetzlich auf 15,5 % festgeschrieben (14,6 % paritätisch; 0,9 % nur Arbeitnehmer). Die Krankenkassen können zur Finanzierung weiterer unvermeidlicher Ausgabensteigerungen in der GKV einkommensunabhängige Zusatzbeiträge erheben. Insgesamt erhielt die GKV 2011 Zuschüsse des Bundes in Höhe

von 15,3 Mrd. €. Zur pauschalen Abgeltung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben wurde ein regulärer Bundeszuschuss von 13,3 Mrd. € gewährt. Darüber hinaus wurde 2011 ein einmaliger Bundeszuschuss von 2,0 Mrd. € gegeben. Gegenüber dem Vorjahr entfielen Mittel zur Kompensation krisenbedingter Mindereinnahmen.

Zinsen

Die Haushaltsansätze für Zinsausgaben basieren auf dem bestehenden Schuldenportfolio, der zur Finanzierung der Tilgungen und des Nettokreditbedarfs geplanten neuen Kreditaufnahme, den bestehenden und geplanten Swapverträgen und auf der voraussichtlichen Kassenfinanzierung. Im Jahr 2011 profitierte der Bund bei seiner Kreditaufnahme von einem äußerst niedrigen Zinsniveau.

Steuereinnahmen

Deutliche Mehreinnahmen von 15,9 Mrd. € gab es für den Bund bei den Anteilen an den Gemeinschaftsteuern und der Gewerbesteuerumlage. Die Einnahmen aus den Bundessteuern stiegen von 93,4 Mrd. € 2010 um 5,7 Mrd. € auf 99,1 Mrd. € im Jahr 2011.

3 Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenregel

Zur Sicherung tragfähiger öffentlicher Finanzen reicht es nicht aus, wenn eine Verschuldungsregel – wie der alte Artikel 115 GG – die Nettokreditaufnahme nur bei der Aufstellung des Haushalts beschränkt. Um die Einhaltung der neuen Schuldenregel auch im Haushaltsvollzug sicherzustellen, wird die tatsächliche Nettokreditaufnahme mit dem Wert verglichen, der sich aufgrund der tatsächlichen Wirkung der konjunkturellen Entwicklung auf den Haushalt als maximal zulässige Nettokreditaufnahme ergibt. Die ermittelte Abweichung von der Regelobergrenze wird nach Abschluss des

HAUSHALTSABSCHLUSS 2011

Haushaltsjahres 2011 erstmals zum 1. März auf dem Kontrollkonto der Schuldenbremse erfasst. Im Verlauf dieses Jahres wird der zu buchende Betrag aktualisiert und abschließend zum 1. September 2012 festgestellt.

3.1 Berechnung der zulässigen Nettokreditaufnahme nach Haushaltsabschluss

Die Berechnung der nach der Schuldenregel maximal zulässigen Nettokreditaufnahme für das Soll und Ist des Haushaltsjahres 2011 ist in Tabelle 3 dargestellt.

Bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 2011 wurde die zulässige Nettokreditaufnahme unter Berücksichtigung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung ermittelt.

Ausgehend von der zulässigen strukturellen Nettokreditaufnahme (45,6 Mrd. €) erfolgte eine Bereinigung um die Konjunkturkomponente (-2,5 Mrd. €) und um den Saldo der finanziellen Transaktionen (-5,0 Mrd. €). Damit ergab sich für das Haushalts-Soll eine maximal zulässige Nettokreditaufnahme in Höhe von 53,1 Mrd. € (für eine detaillierte Darstellung siehe BMF-Monatsbericht März 2011: "Bundeshaushalt 2011 – Soll-Bericht").

Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Haushalts im Herbst 2010 erwartete die Bundesregierung für das Jahr 2011 ein Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts von + 3,0 % (real: +1,8%). Gemäß der aktuellen Meldung des Statistischen Bundesamts vom 15. Februar 2012 ist das nominale Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr um + 3,8 % (real: +3,0%) gestiegen. Da das nominale BIP-Wachstum um 0,8 Prozentpunkte höher ausfiel als erwartet, wird die Konjunkturkomponente um diesen Effekt angepasst. Damit wurde im Haushaltsvollzug ein konjunkturbedingter Überschuss von 0,8 Mrd. € erforderlich (um 3,3 Mrd. € höhere Konjunkturkomponente gegenüber dem Soll, d. h. zur Konjunkturkomponente bei Haushaltsaufstellung wird das Produkt aus dem um 20.3 Mrd. € höher als erwartet ausgefallenen nominalen BIP und der Budgetsensitivität des Bundes von 0,16 addiert, sodass die Konjunkturkomponente ex post ein positives Vorzeichen hat).

Darüber hinaus hat sich im Haushaltsvollzug ein positiver Saldo der finanziellen Transaktionen von 2,0 Mrd. € ergeben. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Bundesagentur für Arbeit kein Darlehen des Bundes in Anspruch

Tabelle 3: Komponenten zur Berechnung der zulässigen Nettokreditaufnahme im Haushaltsjahr 2011

		Soll 2011	Ist 2011
1.	$\label{lem:maximal} \textbf{Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (in \% des BIP)}$	1.	,9
2.	Nominales Bruttoinlandsprodukt des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres (in Mrd. €)	2 39	7,10
3.	Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (in Mrd. €) (Zeile 1. x Zeile 2.)	45,6	
4.	Abzüglich Konjunkturkomponente (in Mrd. €)	-2,5	0,8
5.	Abzüglich Saldo der finanziellen Transaktionen (in Mrd. €)	-5,0	2,0
6.	Nach der Schuldenregel maximal zulässige Nettokreditaufnahme (in Mrd. €)	53,1	42,8
7.	Nettokreditaufnahme (in Mrd. €)	48,4	17,3
8.	Be(-)/Entlastung des Kontrollkontos ¹		25,5

¹vorläufige Berechnung für Haushaltsabschluss 2011.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2011

nehmen musste. Im Haushalts-Soll waren hier noch Ausgaben von 5,4 Mrd. € eingeplant.

Nach Abzug der angepassten Konjunkturkomponente (0,8 Mrd. €) und des tatsächlichen Saldos der finanziellen Transaktionen (2,0 Mrd. €) von der strukturellen Defizitobergrenze (45,6 Mrd. €) liegt die maximal zulässige Neuverschuldung nach Haushaltsabschluss bei 42,8 Mrd. €. Die tatsächliche Nettokreditaufnahme (17,3 Mrd. €) hat damit im Haushaltsjahr 2011 die nach der Schuldenregel errechnete zulässige Neuverschuldung um 25,5 Mrd. € deutlich unterschritten. Dieser Betrag wird auf dem Kontrollkonto gemäß § 7 Abs. 1 G 115 festgehalten. Die abschließende Überprüfung und endgültige Buchung auf dem Kontrollkonto erfolgt zum 1. September 2012.

3.2 Finanzpolitische Implikationen

Die erfreuliche wirtschafts- und finanzpolitische Entwicklung im Jahr 2011 verdeutlicht, dass ein glaubwürdiger Konsolidierungskurs zur Stärkung der binnenwirtschaftlichen Wachstumsgrundlagen beiträgt und eine rasche Rückkehr zu soliden Staatsfinanzen ermöglicht. Konsolidierung und Wachstum stellen keine Gegensätze dar, sondern ergänzen sich gegenseitig. Die Schuldenbremse ist dabei ein wichtiger Garant für eine konjunkturgerechte und zugleich langfristig tragfähige Finanzpolitik. In Einklang mit dem neuen Regelwerk wurden im Bundeshaushalt 2011 konjunkturell bedingte Entlastungen – sowohl Mehreinnahmen als auch Minderausgaben – zur Rückführung der Neuverschuldung genutzt.

Das Haushaltsergebnis 2011 unterstreicht einmal mehr: Die nach der Schuldenregel errechnete zulässige Neuverschuldung stellt für die Bundesregierung keinen politischen Zielwert dar, sondern eine maximale Obergrenze, die sowohl bei der Haushaltsaufstellung als auch im Haushaltsvollzug möglichst nicht ausgeschöpft wird. Daraus resultierende

positive Buchungen auf dem Kontrollkonto bedeuten, dass weniger neue Kredite aufgenommen wurden als die Schuldenbremse erlaubt. Positive Kontensalden stellen aber keine "abbuchbaren" Guthaben dar, die zur Finanzierung politischer Maßnahmen in kommenden Haushaltsjahren genutzt werden können. Vielmehr wirkt das Kontrollkonto als "Gedächtnis" vergangener Haushaltsentwicklungen. Die verfassungskonforme Aufstellung und der verfassungskonforme Vollzug künftiger Haushalte bleiben davon unberührt.

Das außerordentlich positive Haushaltsergebnis des Jahres 2011 darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der wachstumsfreundliche Konsolidierungskurs entschlossen fortgesetzt werden muss: Denn die Kreditaufnahme 2011 liegt immer noch um die Hälfte über dem Niveau des letzten Vorkrisenjahres 2008. Gleichzeitig bergen die Unsicherheiten bezüglich der weiteren Zinsentwicklung und auch die weiteren Maßnahmen zur Bekämpfung der Staatsschuldenkrise einiger europäischer Staaten ganz erhebliche Risiken für den Bundeshaushalt. Umso wichtiger ist es, mit der weiteren Einhaltung der Vorgaben der nationalen Schuldenregel und des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte dauerhaft zu sichern.

4 Entwicklung der konsumtiven und investiven Ausgaben

Ausgaben des Bundes können entsprechend ihrer Wirkung auf die gesamtwirtschaftlichen Abläufe nach konsumtiven und investiven Ausgabearten unterschieden werden. So werden unter anderem Baumaßnahmen, der Immobilienkauf, Darlehen und die Inanspruchnahmen aus Gewährleistungen den investiven Ausgaben zugeordnet. Personalausgaben, sächliche Verwaltungsausgaben inklusive der militärischen Beschaffungen sowie

HAUSHALTSABSCHLUSS 2011

Tabelle 4: Gesamtübersicht der konsumtiven und investiven Ausgaben

Bezeichnung	Soll 2011	Januar bis Dezember 2011	Januar bis Dezember 2010	Veränderung ge	genüber Vorjahr
		in%			
Ausgaben zusammen	305,8	296,2	303,7	-7,4	-2,4
Konsumtive Ausgaben	274,6	270,9	277,6	-6,7	-2,4
Investive Ausgaben	32,3	25,4	26,1	-0,7	-2,7

¹ Differenzen durch Runden der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme der für Investitionen sind konsumtive Ausgaben. (Eine genaue Auflistung findet sich in § 13 Abs. 3 der Bundeshaushaltsordnung.)

4.1 Konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben des Bundes beliefen sich im Haushalt 2011 auf 270,9 Mrd. €. Damit fielen sie um 6,7 Mrd. € (-2,4%) geringer aus als die konsumtiven Ausgaben im Vorjahr in Höhe von 277,6 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil von 91,45% an den Gesamtausgaben des Bundes. Mit 114,7 Mrd. € haben die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse an Sozialversicherungen auch 2011 wieder den größten Anteil an den konsumtiven Ausgaben des Bundes.

4.2 Investive Ausgaben

Die investiven Ausgaben des Bundes beliefen sich 2011 auf 25,4 Mrd. €. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2010 verringerten sich diese um 0,7 Mrd. € (- 2,7%). Die Sachinvestitionen des Bundes summierten sich 2011 auf 7,2 Mrd. €. Den Hauptanteil mit 5,8 Mrd. € stellen hier wie bereits 2010 die Baumaßnahmen –

Tabelle 5: Konsumtive Ausgaben des Bundes

Aufgabenbereich	Soll 2011	Januar bis Dezember 2011	Januar bis Dezember 2010	Veränderung	ggü. Vorjahr
		in M	rd. €¹		in %
Konsumtive Ausgaben	274,6	274,6 270,9 277,6 -6,7			
Personalausgaben	27,8	27,9	28,2	-0,3	-1,2
Laufender Sachaufwand	22,3	21,9	21,5	+0,5	2,1
Sächliche Verwaltungsausgaben	10,2	10	9,2	0,7	+8,1
Militärische Beschaffungen	10,4	10,1	10,4	-0,3	-2,9
Sonstiger laufender Sachaufwand	1,7	1,8	1,8	+0,0	+0,7
Zinsausgaben	35,3	32,8	33,1	-0,3	-0,9
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	188,8	187,6	194,4	-6,8	-3,5
an Verwaltungen	15,1	15,9	14,1	+1,8	+12,9
an andere Bereiche	173,7	171,6	180,3	-8,6	-4,8
darunter:					
Unternehmen	25,1	23,9	24,2	-0,3	-1,4
Renten, Unterstützungen u. a.	28,2	26,7	29,7	-2,9	-9,9
Sozialversicherung	114,7	115,4	120,8	-5,4	-4,5
Sonstige Vermögensübertragungen	0,4	0,7	0,4	+0,3	+71,1

¹ Differenzen durch Runden der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2011

Tabelle 6: Investive Ausgaben des Bundes

Aufgabenbereich	Soll 2011	Januar bis Dezember 2011	Januar bis Dezember 2010	Veränderung	ggü. Vorjahr	
		in Mrd. €¹				
Sachinvestitionen	7,5	7,2	7,7	-0,5	-6,3	
Baumaßnahmen	6,0	5,8	6,2	-0,4	-6,9	
Finanzierungshilfen	24,8	18,2	18,4	-0,2	-1,2	
Finanzierungshilfen an öffentlichen Bereich	10,5	5,2	5,2	+0,0	+0,6	
Finanzierungshilfen an sonstige Bereiche	14,3	13,0	13,2	-0,3	-1,9	
Darlehen	2,3	2,0	1,9	+0,2	+9,1	
Zuschüsse	9,5	9,3	9,7	-0,4	-4,0	
Beteiligungen	0,8	0,8	0,8	+0,0	-2,7	
Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	1,8	0,8	0,8	+0,0	-1,0	
Investive Ausgaben insgesamt	32,3	25,4	26,1	-0,7	-2,7	

¹Differenzen durch Runden der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

größtenteils für den Bau und Erhalt von Bundesautobahnen und Bundesstraßen dar. Die Finanzierungshilfen an sonstige Bereiche bilden mit 13,0 Mrd. € den größten Ausgabenblock. Hierbei handelte es sich unter anderem um Baukostenzuschüsse für einen Infrastrukturbeitrag zur Erhaltung der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes (2,5 Mrd. €) und Zuschüsse für Aus- und Neubaumaßnahmen an diesen Schienenwegen (1,0 Mrd. €). Bedeutsam waren ebenso investive Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit in Höhe von rund 4,8 Mrd. €. Diese wurden insbesondere für Beteiligungen an internationalen Banken, Beiträge an internationale Fonds ("Europäischer Entwicklungsfonds" der Europäischen Union und Globaler Fonds

zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria) sowie zur Finanzierung der bilateralen finanziellen und technischen Zusammenarbeit verwendet.

5 Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Im "Sollbericht 2011" (siehe "Bundeshaushalt 2011 – Sollbericht", Ausgabe März 2011 des Monatsberichts) wurden die nachfolgenden Ausgabe- und Einnahmepositionen ausführlich kommentiert. Es folgen die aktualisierten Ist-Ergebnisse für das Haushaltsjahr 2011:

Tabelle 7: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Aufgabenbereich	Soll 2011	Januar bis Dezember 2011	Januar bis Dezember 2010	Veränderung	ggü. Vorjahr
, and the second		in Mr		in %	
	Ausgaben des B	undes für Soziale Sich	nerung		
Leistungen an die Rentenversicherung	80,3	81,1	80,7	+0,3	+0,4
Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	39,7	39,6	39,9	-0,2	-0,6
zusätzlicher Zuschuss	19,2	19,2	19,1	+0,1	+0,8
Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,6	11,6	11,6	-0,1	-0,5
Erstattungen von einigungsbedingten Leistungen	-	-	0,3	-0,3	-100,0
Beteiligung des Bundes in der knappschaftlichen Rentenversicherung	5,9	5,8	6,0	-0,2	-3,2
Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die Rentenversicherung	2,7	3,1	2,7	+0,4	+15,0
nachrichtlich: Überführung der Sonderversorgungssysteme in die Rentenversicherung	1,6	1,7	1,6	+0,1	+5,0
Leistungen an die Gesetzliche Krankenversicherung (Gesundheitsfonds)	15,3	15,3	15,7	-0,4	-2,5
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	13,3	13,3	11,8	+1,5	+12,7
Bundeszuschuss zur Kompensation krisenbedingter Mindereinnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung	-	-	3,9	-3,9	-100,0
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3,7	3,7	3,9	-0,2	-5,2
Darunter:					
Alterssicherung	2,2	2,2	2,3	-0,1	-2,3
Krankenversicherung	1,2	1,2	1,3	-0,1	-3,7
Unfallversicherung	0,2	0,2	0,3	-0,1	-33,3
Arbeitsmarkt	47,4	41,6	49,5	-7,9	-15,9
Darunter:					
Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung	8,0	8,0	7,9	+0,1	-1,5
Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	5,4	-	5,2	-5,2	-100,0
Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	34,2	33,0	35,9	-2,9	-8,0
Darunter:					
Arbeitslosengeld II	20,4	19,4	22,2	-2,9	-12,9
Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung	3,6	4,9	3,2	+1,6	+50,1
Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende	4,3	4,3	4,4	-0,1	-1,7
Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	5,3	4,4	6,0	-1,6	-26,1

noch Tabelle 7: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Aufgabenbereich	Soll 2011	Januar bis Dezember 2011	Januar bis Dezember 2010	Veränderung ge	genüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹ ir					
Elterngeld	4,4	4,7	4,6	+0,1	+2,8	
Kinderzuschlag für Anspruchsberechtigte nach § 6 a Bundeskindergeldgesetz	0,4	0,4	0,4	-0,01	-3,4	
Wohngeld	0,7	0,7	0,9	-0,1	-15,3	
Wohnungsbau-Prämiengesetz	0,5	0,4	0,5	-0,1	-15,5	
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbstätigkeit	0,6	0,6	0,5	+0,1	+13,5	
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1,8	1,7	1,9	-0,2	-11,4	
	Allgo	emeine Dienste				
Verteidigung, einschl. zivile Verteidigung (Oberfunktion 03)	32,1	31,7	31,7	х	х	
Obergruppe 55; militärische Beschaffung, Materialerhaltung u. a. mit dieser Oberfunktion	10,4	10,1	10,4	-0,3	-2,9	
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	6,1	5,9	5,9	+0,0	+0,7	
Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	2,7	2,7	2,5	+0,2	8,9	
Beteiligung an den Einrichtungen der Weltbankgruppe	0,6	0,6	0,6	+0,0	-2,8	
Beitrag zum "Europäischen Entwicklungsfonds"	0,8	0,7	0,9	-0,2	-19,8	
Politische Führung und zentrale Verwaltung	6,4	6,4	6,2	+0,1	+2,1	
Zivildienst	0,5	0,4	0,6	-0,3	-42,6	
Finanzverwaltung	4,2	3,8	3,7	+0,0	+0,7	
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3,6	3,6	3,5	+0,1	+4,1	
nachrichtlich: Ausgaben für Versorgung	7,4	7,5	7,4	+0,0	+0,6	
ziviler Bereich	2,8	2,8	2,8	+0,0	-0,9	
Bundeswehr, Bundeswehrverwaltung	4,6	4,7	4,6	+0,1	+1,5	
В	ildungswesen, Wiss	enschaft, Forschung	ı und Kultur			
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9,5	9,4	8,9	+0,4	+4,7	
Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern; darunter	3,5	3,5	3,3	+0,2	+6,2	
Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (MPG) in Berlin	0,6	0,6	0,6	+0,03	+5,0	
Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (FhG) in München	0,4	0,4	0,4	+0,02	+5,0	
Forschungszentren der Helmholtz- Gemeinschaft	1,7	1,7	1,6	+0,1	+8,4	

noch Tabelle 7: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Aufgabenbereich	Soll 2011	Januar bis Dezember 2011	Januar bis Dezember 2010	Veränderung ge	rung gegenüber Vorjahr	
. 3		in Mı	rd.€ ¹		in %	
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) & nationales Weltraumprogramm und ESA	1,2	1,2	1,1	+0,04	+3,3	
Technologie und Innovation im Mittelstand	0,7	0,6	0,6	+0,04	+6,9	
Forschung und Entwicklung zur Erzeugung, Verteilung und rationellen Nutzung der Energie	0,2	0,2	0,2	+0,01	+2,3	
Forschung und experimentelle Entwicklung zum Schutz und zur Förderung der Gesundheit	0,3	0,3	0,3	Х	>	
Forschung Klima, Energie, Umwelt	0,4	0,3	0,3	X	>	
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1,5	1,6	1,4	+0,2	+14,6	
Hochschulen	3,4	3,2	2,7	+0,5	+18,8	
Kompensationsmittel für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,7	0,7	0,7	-		
Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. (DFG)	0,9	0,9	0,9	+0,04	+5,0	
Überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich	0,3	0,2	0,2	+0,04	+25,4	
Exzellenzinitiative Spitzenförderung von Hochschulen	0,3	0,3	0,3	+0,03	+10,5	
Hochschulpakt 2020	0,9	0,9	0,5	+0,4	+69,	
Berufliche Weiterbildung	0,2	0,2	0,2	+0,03	+16,5	
Kunst- und Kulturpflege	1,8	1,7	1,8	-0,03	-1,8	
	Verkehrs- u	nd Nachrichtenwese	en 			
Straßen	5,9	6,1	6,3	-0,2	-3,0	
Bundesautobahnen	3,4	3,6	3,6	+0,01	+0,4	
Bundesstraßen	2,5	2,4	2,7	-0,2	-8,2	
Wasserstraßen und Häfen	1,7	1,7	1,8	-0,1	-6,0	
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	1,3	1,3	1,3	-		
Finanzhilfen an die Länder für die Schieneninfrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs	0,3	0,3	0,3	+0,01	+3,8	
Nachrichtlich:						
Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich						
Eisenbahnen des Bundes - Deutsche Bahn AG	3,9	4,0	4,3	-0,3	-6,	
Bundeseisenbahnvermögen	5,3	5,0	5,2	-0,2	-3,9	

noch Tabelle 7: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Aufgabenbereich	Soll 2011	Januar bis Dezember 2011	Januar bis Dezember 2010	Veränderung gegenüber Vor		
. 3		in M	rd. €¹		in %	
	Wirts	chaftsförderung				
Regionale Förderungsmaßnahmen	0,7	0,9	0,8	+0,1	+15,4	
Gemeinschaftsaufgabe "Regionale Wirtschaftsstruktur"	0,7	0,9	0,8	+0,1	+16,3	
Förderung des Steinkohlenbergbaus	1,5	1,4	1,4	+0,02	+1,6	
Mittelstandsförderung	1,1	1,0	0,9	+0,1	+6,6	
Förderung erneuerbarer Energien	0,7	0,6	0,7	-0,1	-19,4	
Gewährleistungen	1,8	0,8	0,8	-0,01	-1,0	
Landwirtschaft	1,2	1,1	1,2	-0,1	-7,2	
Gemeinschaftsaufgabe "Agrarstruktur und Küstenschutz"	0,6	0,6	0,7	-0,1	-12,7	
	Üb	rige Ausgaben				
Zinsen	35,3	32,8	33,1	-0,3	-0,9	
Wohnungswesen	1,4	1,4	1,4	+0,01	+0,8	
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Sozialen Wohnraumförderung	0,5	0,5	0,5	-		
Energetische Sanierungs- und Wohnraummodernisierungsprogramme der KfW	0,7	0,8	0,7	+0,1	+10,1	
Städtebauförderung	0,7	0,7	0,7	-0,1	-12,1	
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1,6	1,3	1,3	+0,1	+6,3	
Gesundheit	0,4	0,4	0,4	+0,1	+14,3	
Umweltschutz	0,4	0,4	0,4	-0,01	-2,1	
Sport und Erholung	0,1	0,1	0,1	X	X	
Postbeamtenversorgungskasse	6,5	6,3	6,2	+0,1	+2,2	
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	0,2	0,3	0,3	X	х	
	Einna	hmen des Bundes				
Steuereinnahmen	229,2	248,1	226,2	+21,9	+9,7	
darunter:						
Bundesanteile an Gemeinschaftlichen Steuern und Gewerbesteuerumlage	184,4	197,4	181,5	+15,9	+8,8	

HAUSHALTSABSCHLUSS 2011

noch Tabelle 7: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

~	•	9		•	
Aufgabenbereich	Soll 2011	Januar bis Dezember 2011	Januar bis Dezember 2010	Veränderung ge	genüber Vorjahr
3		in Mı	·d. €¹		in %
Lohnsteuer	55,8	59,5	54,8	+4,7	+8,6
Veranlagte Einkommensteuer	11,9	13,6	13,3	+0,3	+2,6
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	6,9	9,1	6,5	+2,6	+39,7
Abgeltungsteuer auf Zins- und	3,6	3,5	3,8	-0,3	-7,9
Veräußerungserträge Körperschaftsteuer	6,6	7,8	6,0	+1,8	+29,8
Steuern vom Umsatz	98,2	102,4	95,9	+6,5	+6,9
Gewerbesteuerumlage	1,4	1,5	1,3	+0,2	+18,1
Bundessteuern	93,3	99,1	93,4	+5,7	+6,1
Energiesteuer	39,5	40,0	39,8	+0,2	+0,5
Tabaksteuer	13,4	14,4	13,5	+0,9	+6,8
Solidaritätszuschlag	11,9	12,8	11,7	+1,1	+9,1
Versicherungsteuer	10,6	10,8	10,3	+0,5	+4,6
Stromsteuer	7,0	7,2	6,2	+1,0	+17,4
Branntweinsteuer	2,0	2,2	2,0	+0,2	+7,9
Kraftfahrzeugsteuer	8,4	8,4	8,5	-0,1	-0,8
Kaffeesteuer	1,0	1,0	1,0	+0,03	+2,6
Schaumweinsteuer	0,5	0,5	0,4	+0,03	+6,1
Sonstige Bundessteuern	1,0	0,9	-	+0,9	+100,0
Veränderungen aufgrund steuerlicher Maßnahmen und Einnahmeentwicklung	3,8	1,8	-	1,8	-
Abzugsbeträge	-52,3	-48,0	-48,7	+0,8	-1,6
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12,2	-12,1	-12,9	+0,8	-6,0
Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen	-7,0	-7,0	-6,9	-0,1	+1,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2,3	-1,9	-1,8	-0,1	+2,9
BNE-Eigenmittel der EU	-21,9	-18,0	-18,2	+0,2	-0,8
Kompensationszahlungen an die Länder zum Ausgleich der weggefallenen Einnahmen aus Kfz-Steuer	-9,0	-9,0	-9,0	-	
Sonstige Einnahmen	27,9	30,5	33,1	-2,6	-8,0
Darunter:					
Abführung Bundesbank	3,0	2,2	3,5	-1,3	-37,0
Einnahmen aus Abführungen des Erblastentilgungsfonds	0,1	0,1	0,1	+0,03	+34,8
Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen, Darlehensrückflüsse sowie Privatisierungserlöse	4,2	5,3	4,4	+0,9	+19,6
Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit	4,6	4,5	5,3	-0,7	-14,2

¹Differenzen durch Runden der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

ERGEBNISSE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2011

Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2011

1	Bundesstaatlicher Finanzausgleich	69
	Umsatzsteuerverteilung unter den Ländern	
	Länderfinanzausgleich	
	Bundesergänzungszuweisungen	
	Ergebnisse 2011	

- Im Jahr 2011 sind die Einnahmen der Länder aus den Gemeinschaftsteuern ohne Umsatzsteuer und den Ländersteuern, die die Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuerverteilung (erste Stufe des bundesstaatlichen Finanzausgleichs) bilden, im Vergleich zum Vorjahr mit 10 % deutlich gestiegen.
- Das Umverteilungsvolumen des Länderfinanzausgleichs ist 2011 mit 7,3 Mrd. € zum Vergleichswert 2010 mit 7,0 Mrd. € leicht angestiegen.
- Der bundesstaatliche Finanzausgleich hat auch 2011 dazu beigetragen, alle Länder finanziell in die Lage zu versetzen, ihre verfassungsmäßigen Aufgaben zu erfüllen.

1 Bundesstaatlicher Finanzausgleich

Der bundesstaatliche Finanzausgleich (aufeinander aufbauend:
Umsatzsteuerverteilung,
Länderfinanzausgleich und
Bundesergänzungszuweisungen) hat die
Aufgabe, alle Länder finanziell in die Lage
zu versetzen, ihre verfassungsmäßigen
Aufgaben zu erfüllen und somit auch ihre
Eigenstaatlichkeit zu entfalten. Durch die
Annäherung der Einnahmen der Länder
soll die Herstellung und Bewahrung
gleichwertiger Lebensverhältnisse im
gesamten Bundesgebiet ermöglicht werden.

Die Grundzüge des Finanzausgleichs sind im Grundgesetz festgelegt. Seine konkrete Ausgestaltung erfolgt durch einfache Gesetze: Das abstrakt gehaltene Maßstäbegesetz konkretisiert die betreffenden finanzverfassungsrechtlichen Regelungen und bildet die Grundlage für das Finanzausgleichsgesetz, das die Einzelheiten des Finanzausgleichs bestimmt. Maßstäbegesetz und Finanzausgleichsgesetz gelten seit 2001 beziehungsweise 2005 und sind bis Ende 2019 befristet.

1.1 Umsatzsteuerverteilung unter den Ländern

In der ersten Stufe des Ausgleichssystems wird der Länderanteil am Umsatzsteueraufkommen den einzelnen Ländern zugeordnet. Dabei werden entsprechend der gesetzlichen Grundlage im Finanzausgleichsgesetz zunächst höchstens 25 % des Länderanteils an der Umsatzsteuer als sogenannte Ergänzungsanteile verteilt. Sie sind für diejenigen Länder bestimmt, deren Aufkommen aus der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und den Landessteuern je Einwohner unterhalb des Länderdurchschnitts liegen. Dadurch wird die Lücke zwischen den Steuereinnahmen steuerschwacher Länder und dem Länderdurchschnitt teilweise geschlossen. Die exakte Höhe der Ergänzungsanteile ist abhängig davon, wie stark die Steuereinnahmen je Einwohner eines Landes unter den durchschnittlichen Steuereinnahmen je Einwohner aller Länder liegen. Anschließend wird der Rest des Länderanteils an der Umsatzsteuer nach der Einwohnerzahl auf alle Länder verteilt. Die Ergänzungsanteile führen zu einer Umsatzsteuerverteilung unter den Ländern, die von einer Verteilung des Länderanteils am Umsatzsteueraufkommen vollständig nach

ERGEBNISSE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2011

Einwohnern abweicht; diese Abweichung wird (horizontaler) Umsatzsteuerausgleich genannt.

1.2 Länderfinanzausgleich

Durch den Länderfinanzausgleich, die zweite Stufe des Ausgleichssystems, werden die Einnahmeunterschiede zwischen den Ländern weiter verringert. Die finanzschwachen Länder erhalten Ausgleichszuweisungen, die von den finanzstarken Ländern aufgebracht werden.

Ausgangspunkt für den Länderfinanzausgleich ist die Finanzkraft je Einwohner der einzelnen Länder. Die Finanzkraft eines Landes ist die Summe seiner Einnahmen und anteilig (zu 64%) die Summe der Einnahmen seiner Gemeinden. Grundsätzlich sind alle Einnahmearten der Länder und Gemeinden bei der Bestimmung der Finanzkraft zu berücksichtigen. Tatsächlich werden als ausgleichsrelevant nur die Länderanteile an den Gemeinschaftsteuern, die Einnahmen der Länder aus den Landessteuern und anteilig die Steuereinnahmen der Gemeinden angesehen.

Im Länderfinanzausgleich wird im Grundsatz von einem gleichen Finanzbedarf je Einwohner in allen Ländern ausgegangen. Für die drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen ist diese Annahme jedoch nicht sachgerecht, weil Stadtstaaten einen deutlich höheren Finanzbedarf je Einwohner aufweisen als Flächenländer. Ihre Einwohnerzahl wird deshalb im Länderfinanzausgleich fiktiv auf 135 % erhöht (Einwohnergewichtung). Ein geringfügig höherer Finanzbedarf je Einwohner besteht auch in den drei besonders dünn besiedelten Flächenländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Deshalb wird auch ihre Einwohnerzahl im Länderfinanzausgleich fiktiv geringfügig erhöht.

Die exakte Höhe der Ausgleichszuweisungen für ein finanzschwaches Land ist davon abhängig, wie weit seine Finanzkraft je (gewichtetem) Einwohner die durchschnittliche Finanzkraft je

(gewichtetem) Einwohner unterschreitet. Durch Ausgleichszuweisungen wird die Lücke zum Durchschnitt – auf der Basis eines progressiven Ausgleichstarifs – anteilig geschlossen. Analog dazu ist die Höhe der Ausgleichsbeiträge, die ein finanzstarkes Land zu leisten hat, davon abhängig, wie weit seine Finanzkraft je (gewichtetem) Einwohner die durchschnittliche Finanzkraft je (gewichtetem) Einwohner übersteigt. Symmetrisch zum Ausgleichstarif wird die überdurchschnittliche Finanzkraft wiederum auf der Basis eines progressiven Tarifs anteilig abgeschöpft. Die Regelungen sind im Einzelnen so ausgestaltet, dass sich die Finanzkraftreihenfolge der Länder durch den Länderfinanzausgleich nicht verändern kann.

1.3 Bundesergänzungszuweisungen

Bundesergänzungszuweisungen sind als dritte Stufe des Ausgleichssystems Zuweisungen des Bundes an leistungsschwache Länder. Sie sind ungebundene Mittel und dienen der ergänzenden Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs. Zu unterscheiden ist zwischen allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen und Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen.

Durch allgemeine

Bundesergänzungszuweisungen wird bei leistungsschwachen Ländern die nach dem Länderfinanzausgleich verbleibende Lücke zur durchschnittlichen Finanzkraft weiter verringert. Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen erhalten Länder, deren Finanzkraft je (gewichtetem) Einwohner nach dem Länderfinanzausgleich unter 99,5 % des Durchschnitts liegt. Die nach Länderfinanzausgleich verbleibende Lücke wird zu 77,5 % aufgefüllt.

Die Sonderbedarfs-

Bundesergänzungszuweisungen zielen demgegenüber auf den Ausgleich besonderer Finanzbedarfe leistungsschwacher Länder aufgrund spezifischer Sonderlasten. Die Höhe der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen

ERGEBNISSE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2011

ist unabhängig von den aktuellen Finanzkraftverhältnissen und auch der Höhe nach im Finanzausgleichsgesetz festgeschrieben.

2 Ergebnisse 2011¹

Die vorläufige Jahresrechnung 2011 über den bundesstaatlichen Finanzausgleich liegt nunmehr vor. Die wichtigsten Ergebnisse sind nachfolgend dargestellt.

Im Jahr 2010 wirkten die Folgen des durch die Finanzkrise verursachten Konjunktureinbruchs im bundesstaatlichen Finanzausgleich noch nach. Im Jahr 2011 sind die Einnahmen der Länder aus den Gemeinschaftsteuern – ohne Umsatzsteuer – und den Ländersteuern, die die Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuerverteilung als der ersten Stufe des bundesstaatlichen Finanzausgleichs bilden, zwar im Vergleich zum Vorjahr² mit 10 % recht deutlich gestiegen; sie liegen jedoch $immer\ noch\ 2,3\,\%\,unter\ dem\ Vorkrisenniveau$ des Jahres 2008. Diese Veränderungen haben im Vergleich zum Vorjahr zu einem höheren Umsatzsteuerausgleich geführt. Dieser betrug nunmehr 7,3 Mrd. € gegenüber 6,6 Mrd. € im Jahr 2010. Das Volumen des Umsatzsteuerausgleichs liegt damit aber immer noch deutlich unter dem Niveau des Jahres 2008 von 8,2 Mrd. €.

Das relative Steueraufkommen je Einwohner bei den steuerstarken Ländern war im Vorjahresvergleich weitestgehend stabil. In Bayern und Hessen sank es von 129,3 % beziehungsweise 127,4 % des Länderdurchschnitts 2010 auf 127,9 % beziehungsweise 124,5 %. Nach einem Anstieg im Vorjahr fiel auch das relative

¹ Grundlage: Vorläufige Jahresrechnung 2011.

² Grundlage: Zweite Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Ausgleichsjahr 2010.

Steueraufkommen je Einwohner in Hamburg wieder von 157,5 % auf 155,6 % des Länderdurchschnitts zurück. Bei den steuerstarken Ländern konnten Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ihr relatives Steueraufkommen je Einwohner erhöhen (von 100,5 % beziehungsweise 117,2 % des Länderdurchschnitts 2010 auf 101,5 % beziehungsweise 118,3 %). Bei den steuerschwachen Ländern setzte sich die Tendenz zur Angleichung der relativen Steueraufkommensunterschiede bei den ostdeutschen Ländern weiter fort. Bis auf Berlin lag das relative Steueraufkommen der ostdeutschen Länder deutlich über den Werten des Vorjahres. Damit konnten die neuen Länder ihren Steuereinnahmenrückstand gegenüber den alten Ländern, wie auch schon im Vorjahr, weiter vermindern. Nach wie vor war aber der Steuereinnahmenrückstand noch beträchtlich, weshalb der Umsatzsteuerausgleich zu 90 % (im Vorjahr 92%) den ostdeutschen Ländern zugute kam.

Wie schon im Jahr 2010 gab es im Länderfinanzausgleich – der zweiten Ausgleichsstufe – im Jahr 2011 vier Zahlerländer (Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg und Hessen) und zwölf Empfängerländer. Die Anteile von Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg und Hessen an den gesamten Zahlungsverpflichtungen blieben 2011 mit 24 %, 50 %, 1% und 25 % gegenüber 2010 unverändert. Nordrhein-Westfalen war - wie bereits 2008 und 2010 zum dritten Mal Empfängerland seit Bestehen des gesamtdeutschen Finanzausgleichs. Die Ausgleichszahlungen von Bayern betrugen 3,7 Mrd. €. Berlin war erneut größtes Empfängerland mit Ausgleichszuweisungen von 3,0 Mrd. €.

Die im Länderfinanzausgleich berücksichtigte Finanzkraft (Länderanteile an den Gemeinschaftsteuern einschließlich der Umsatzsteuereinnahmen der ersten Ausgleichsstufe, Ländersteuern und zu 64 % Steuereinnahmen der Gemeinden) war gegenüber 2010 insgesamt um 7,7 % gestiegen.

ERGEBNISSE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2011

Auch in Nordrhein-Westfalen hatte sich die Finanzkraft nach einem leichten Rückgang im Jahr 2010 mit 8,3 % wieder recht deutlich erhöht. Mit 5 % fiel der Anstieg der Finanzkraft in Bremen schwächer aus als in den übrigen Bundesländern.

Die Finanzkraft in Prozent des Länderdurchschnitts (relative Finanzkraft) stellt sich im Jahr 2011 vor Finanzausgleich wie folgt dar: Verbesserungen ihrer relativen Position konnten Nordrhein-Westfalen (von 98,5 % auf 99,1%), Niedersachsen (von 97,6 % auf 98,2 %), Rheinland-Pfalz (von 95,5 % auf 96,2 %) und Berlin (von 68,1 % auf 69,2%) vermelden. Die relative Finanzkraft von Mecklenburg-Vorpommern blieb im Vergleich zum Vorjahr mit 68,5 % unverändert. Alle anderen Bundesländer wiesen eine geringere relative Finanzkraft aus als 2010. Wie im Jahr davor hat sich auch im vergangenen Jahr die Spanne zwischen finanzstärkstem und finanzschwächstem Land leicht reduziert.

Das Umverteilungsvolumen des Länderfinanzausgleichs ist 2011 mit 7,3 Mrd. € zum Vergleichswert 2010 mit 7,0 Mrd. € leicht angestiegen. Es liegt aber ebenfalls noch erheblich unter dem Wert von 2008 in Höhe von 8,3 Mrd. €. Die Ausgleichsbeiträge der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen haben sich verglichen mit 2010 um 4,3 %, 4,1% beziehungsweise 3,0 % erhöht. Der Beitrag Hamburgs dagegen sank gegenüber 2010 um 6,2 %. In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass Bayern 3,7 Mrd. € (+152 Mio. €), Baden-Württemberg 1,8 Mrd. € (+70 Mio. €), Hessen 1,8 Mrd. € (+52 Mio. €) und Hamburg 62 Mio. € (-4 Mio. €) in den Länderfinanzausgleich eingezahlt haben.

Für die Mehrzahl der Empfängerländer waren die Ausgleichszuweisungen 2011 im Vergleich zum Vorjahr angestiegen.
Rückläufig waren die Ausgleichzuweisungen lediglich in Nordrhein-Westfalen (- 36,9%), Niedersachsen (- 21,4%) und Rheinland-Pfalz (-12,1%). Das Umverteilungsvolumen des Länderfinanzausgleichs kam zu 81% den ostdeutschen Ländern zugute. Das entsprach 5,9 Mrd. €. 2010 erhielten diese Länder 78% der Ausgleichszuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich (5,3 Mrd. €).

Das Volumen der allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen als dritter Stufe des Ausgleichssystems entsprach 2011 mit rund 2,6 Mrd. € dem Vorjahresniveau. Nordrhein-Westfalen erhielt im Gegensatz zu 2010 keine Bundesergänzungszuweisungen, so dass die Zahl der Empfängerländer auf elf zurückging. Der an die ostdeutschen Bundesländer fließende Anteil erhöhte sich leicht von 76 % im Jahr 2010 auf nunmehr 81% im Jahr 2011. Größter Empfänger war, wie bereits im Vorjahr, Berlin mit 963 Mio. €.

ERGEBNISSE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2011

Tabelle 1: Daten zur horizontalen Umsatzsteuerverteilung, zum Länderfinanzausgleich und zu den allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) im Jahr 2011

				• •					
	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP		ST
Steuern der Länder vor Umsatzsteuerausgleich (je Einwohner in Prozent des Durchschnitts)	101,5	127,9	118,3	83,9	124,5	51,4	96,6	5	1,6
Umsatzsteuerausgleich (Differenz zwischen Verteilung nach geltendem Recht und vollständiger Verteilung nach Einwohnern) in Mio. Euro	-2.403	-1.692	-1.451	617	-818	2.161	-381	1.	209
Finanzkraft in Prozent des Länderdurchschnitts ¹) (vor Finanzausgleich)	99,1	114,9	109,1	98,2	115,1	88,2	96,2	8	7,8
Ausgleichsbeiträge und -zuweisungen im Länderfinanzausgleich in Mio. Euro	224	-3.663	-1.779	204	-1.804	918	234	5	540
Finanzkraft in Prozent des Länderdurchschnitts ¹) (nach Finanzausgleich)	99,5	105,2	103,6	99,1	105,3	95,6	98,1	9	5,5
Allgemeine BEZ in Mio. Euro				83		376	127	2	219
Finanzkraft in Prozent des Länderdurchschnitts ¹) (nach Finanzausgleich und allgemeinen BEZ)				99,4		98,6	99,2	9	8,6
	SH	TH	ВВ	MV	SL	BE	НН	НВ	Insgesamt
Steuern der Länder vor Umsatzsteuerausgleich (je Einwohner in Prozent des Durchschnitts)	95,5	50,7	62,4	50,9	81,7	85,5	155,6	96,5	100,0
Umsatzsteuerausgleich (Differenz zwischen Verteilung nach geltendem Recht und vollständiger Verteilung nach Einwohnern) in Mio. Euro	-229	1.187	931	868	110	195	-241	-62	±7.277
Finanzkraft in Prozent des Länderdurchschnitts ¹) (vor Finanzausgleich)	97,3	87,6	90,4	86,5	93,1	69,2	101,8	72,2	100,0
Ausgleichsbeiträge und -zuweisungen im Länderfinanzausgleich in Mio. Euro	115	527	440	429	120	3.043	-62	516	±7.308
Finanzkraft in Prozent des Länderdurchschnitts¹) (nach Finanzausgleich)	98,6	95,4	96,2	95,1	97,0	90,7	100,9	91,5	100,0
Allgemeine BEZ in Mio. Euro	59	212	192	169	59	963		167	2.626
Finanzkraft in Prozent des Länderdurchschnitts¹) (nach Finanzausgleich und allgemeinen BEZ)	99,3	98,6	98,8	98,5	98,9	97,5		97,7	

¹genauer: in Prozent der Ausgleichsmesszahl.

Grundlage: Vorläufige Jahresrechnung 2011.

DAS KOMMUNALE ZUKUNFTSINVESTITIONSPROGRAMM

Das kommunale Zukunftsinvestitionsprogramm

Rückblick und Bilanz

1	Einleitung	74
2	Rechtliche Grundlagen	75
2.1	Zukunftsinvestitionsgesetz	75
2.2	Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern	76
3	Zusammenwirken von Bund und Ländern	76
4	Umsetzung in den Ländern	77
	Steuerung der Durchführung	
4.2	Auswahlverfahren	77
4.3	Teilhabe finanzschwacher Kommunen	78
5	Ergebnisse	
5.1	Hohes Investitionsvolumen	78
5.2	Unterschiedliche Förderschwerpunkte	78
5.3	Deutlicher kommunaler Schwerpunkt	79
5.4	Rückblick und Ausblick	80
6	Fazit	80

- Mit dem kommunalen Zukunftsinvestitionsprogramm wurden rund 43 000 Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 15,6 Mrd. € in den Ländern und Kommunen realisiert.
- 78,5 % der Mittel sind für Investitionen in kommunale Einrichtungen verwendet worden; damit wurde die kommunale Infrastruktur langfristig und nachhaltig gestärkt.
- Als wesentlicher Bestandteil des Konjunkturpakets II leistete das Zukunftsinvestitionsprogramm einen substantiellen Beitrag zur konjunkturellen Stabilisierung in Deutschland.

1 Einleitung

"Wir bauen Zukunft" – ein Schriftzug, der in den vergangenen drei Jahren auf vielen Bauschildern in Deutschland zu lesen war. Dahinter steht das kommunale Zukunftsinvestitionsprogramm, mit dem der Bund für Investitionsvorhaben der Länder und Kommunen 10 Mrd. € zur Verfügung gestellt hat. Mit Abschluss des Jahres 2011 endete nun dieses Programm – der richtige Zeitpunkt also, um eine erste Bilanz zu ziehen.

Ausgelöst von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise trübte sich auch in Deutschland ab dem 2. Quartal 2008 die konjunkturelle Entwicklung spürbar ein. Zu einer dramatischen Beschleunigung der wirtschaftlichen Abwärtsentwicklung kam es dann zum Jahresende 2008. Nach einem Minus von 2,2 % im 4. Quartal 2008 brach das reale Bruttoinlandsprodukt im 1. Quartal 2009 um weitere 4,0 % ein. In einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß waren Unternehmen und Arbeitsplätze in Deutschland gefährdet und damit die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert.

Um der wirtschaftlichen Abwärtsentwicklung massiv entgegenzuwirken, beschloss die Bundesregierung im Frühjahr 2009 – ergänzend zum Konjunkturpaket I vom November 2008 – den "Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland zur

DAS KOMMUNALE ZUKUNFTSINVESTITIONSPROGRAMM

Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes" – kurz Konjunkturpaket II genannt. Ein zentrales Element dieses Pakets war das Zukunftsinvestitionsprogramm, mit dem der Bund Finanzhilfen für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur von Ländern und Kommunen bereitstellte, die mindestens zu 70 % bei den Kommunen eingesetzt werden sollten. Die rechtliche Grundlage dafür bildete das Zukunftsinvestitionsgesetz.

2 Rechtliche Grundlagen

2.1 Zukunftsinvestitionsgesetz

Verfassungsrechtliche Grundlage für das Zukunftsinvestitionsgesetz ist Artikel 104b Grundgesetz. Er erlaubt dem Bund unter besonderen Bedingungen, in diesem Fall zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, Ländern und Kommunen Finanzhilfen zu gewähren. Finanzhilfen sind eine der wenigen Möglichkeiten des Bundes, entgegen der in der Verfassung festgelegten strikten Trennung der Finanzierungszuständigkeiten Mittel für Länder und deren Kommunen bereitzustellen. Finanzhilfen sind aber zugleich das wichtigste Instrument für eine infrastrukturorientierte Konjunkturpolitik des Bundes. Sie sind geeignet, das konjunkturpolitische Ziel eines kurzfristig wirksamen Impulses für eine rasche wirtschaftliche Wende mit dem Ziel des nachhaltigen Wachstums durch Mittelsteuerung in zukunftsträchtige Investitionsbereiche zu verbinden.

Das Zukunftsinvestitionsgesetz sah vor, dass neben den Bundesmitteln von insgesamt 10 Mrd. € für jedes Vorhaben ein Eigenbeitrag zu leisten war: So hatten der Bund grundsätzlich bis zu 75 %, Länder und Kommunen mindestens 25 % der öffentlich zu finanzierenden Kosten der Vorhaben zu tragen. Auf diese Weise konnten mindestens 13,3 Mrd. € für landes- oder kommunalbezogene Vorhaben verwendet werden. 65 % der Mittel waren für die

Bildungsinfrastruktur und 35 % für sonstige Infrastrukturinvestitionen einzusetzen.

Beide Schwerpunkte gliederten sich in insgesamt elf Förderbereiche. Der Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur deckte dabei nahezu alle klassischen Bildungseinrichtungen, wie Kindergärten, Schulen, Hochschulen oder Forschungseinrichtungen ab. Im Schwerpunkt Infrastruktur waren Investitionen zum Beispiel in Krankenhäuser, den Städtebau, die ländliche Infrastruktur, aber auch Lärmschutzmaßnahmen im Bereich des kommunalen Straßenbaus förderfähig.

Die konjunkturpolitische Zielsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes konnte nur erreicht werden, indem die Vorhaben unmittelbar begonnen und möglichst rasch beendet wurden. Deshalb sah das Gesetz eine Fertigstellung der Vorhaben bis spätestens Ende 2011 vor; im Jahr 2011 beendete Vorhaben mussten allerdings noch im Jahr 2010 begonnen worden sein. Die konjunkturpolitische Zielsetzung erforderte auch, dass mit den geförderten Maßnahmen nicht andere, eigenfinanzierte Vorhaben der Länder und Kommunen ersetzt werden. Aus diesem Grund waren nur zusätzliche Investitionen förderfähig, das heißt solche Vorhaben, deren Finanzierung bis dahin nicht sichergestellt war. Nur so konnten die geförderten Vorhaben neben andere, ohnehin vorgesehene öffentliche Investitionen treten und damit die konjunkturell verminderte Nachfrage zumindest teilweise ersetzen. Geförderten Vorhaben durften zudem nicht gleichzeitig aufgrund anderer Gesetze oder Verwaltungsvereinbarungen Mittel des Bundes gewährt werden (Verbot der Doppelförderung) – der verpflichtende Eigenbeitrag von Ländern und Kommunen war stets aus eigenen Mitteln zu finanzieren.

Wie bei Finanzhilfen verfassungsrechtlich vorgesehen, hatten die Länder das Zukunftsinvestitionsgesetz in eigener Verantwortung umzusetzen. Sie entschieden daher über die Auswahl der konkreten

DAS KOMMUNALE ZUKUNFTSINVESTITIONSPROGRAMM

Vorhaben, die Form der Einbeziehung der Kommunen und über weitere Einzelheiten der Förderung. Der Bund hat, so sieht es das Gesetz vor, abschließend zu prüfen, ob die Fördermittel entsprechend den Vorgaben des Zukunftsinvestitionsgesetzes verwendet wurden.

2.2 Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern

Bund und Länder schlossen Anfang April 2009 eine Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Zukunftsinvestitionsgesetzes. Mit ihr wurde das Zusammenwirken beider staatlichen Ebenen recht detailliert festgelegt. So wurden darin zum Beispiel die Aufteilung der Fördermittel spezifiziert, die Mittelbewirtschaftung geregelt und die Informations- und Nachweispflichten der Länder konkretisiert.

Eine der Kernaussagen der Verwaltungsvereinbarung ist das ausdrückliche, in der Präambel besonders verankerte Bekenntnis von Bund und Ländern zu einer einfachen und verwaltungseffizienten Ausgestaltung des Verfahrens. Dadurch sollten die Belastung der Verwaltungen aller staatlichen Ebenen so gering wie möglich gehalten und die konjunkturelle Wirksamkeit der Maßnahmen möglichst rasch erreicht werden.

Entsprechend ergibt sich aus der Verwaltungsvereinbarung auch, dass die Länder befugt waren, die Mittel selbständig zur Begleichung erforderlicher Zahlungen vom Bund abzurufen. Weiterhin bedeutete ein solches verwaltungseffizientes Verfahren, dass eine Prüfung der Vorhaben nicht im Vorhinein, sondern erst nach Abschluss der jeweiligen Investitionsmaßnahme erfolgen sollte. Die dafür an den Bund zu übermittelnden Informationen waren auf die Daten beschränkt, die zur Prüfung der Fördervoraussetzungen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz notwendig

waren. Darüber hinaus wurden den Ländern vierteljährlich knappe Berichtspflichten zum Fortgang der Umsetzung auferlegt; diese dürften nicht zu einer wesentlichen Mehrbelastung auf Seiten der Länder geführt haben.

3 Zusammenwirken von Bund und Ländern

Das Zukunftsinvestitionsgesetz diente vor allem dazu, möglichst kurzfristig einen Beitrag zur Erholung der deutschen Wirtschaft zu leisten. Der Bund sah sich hier der besonderen Herausforderung gegenüber, in Übereinstimmung mit den 16 Ländern ein Verfahren zu entwickeln, um die öffentlichen Investitionen im vorgegebenen rechtlichen Rahmen möglichst kurzfristig realisieren zu können. Ein wichtiger Baustein für die erfolgreiche Umsetzung war hier die frühzeitige und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern.

Die Vorgehensweise auf Länderseite war naturgemäß recht unterschiedlich. Die Länder bauten häufig auf bereits vorhandenen Strukturen auf und waren zudem an bereits während der Entstehungsphase des Zukunftsinvestitionsgesetzes getroffene politische Entscheidungen der jeweiligen Landesregierungen gebunden. Um dennoch eine möglichst einheitliche und verwaltungseffektive Durchführung zu erreichen, sind auf Seiten des Bundes die Kompetenzen für die Gesetzesdurchführung beim Bundesministerium der Finanzen konzentriert worden. Damit wurden die weiteren Abstimmungen mit den Ländern erheblich erleichtert. Dazu lud der Bund vor allem in der Anfangsphase zu mehreren Bund-Länder-Gesprächen auf Arbeitsebene ein. Hier wurden die technischen Verfahrensabläufe und Fragen von allgemeinem Interesse geklärt. Dazu gehörten zum Beispiel Fragen der Abgrenzung der Förderbereiche, zur Konkretisierung des Prüfverfahrens oder zu Details des Mittelabrufs.

DAS KOMMUNALE ZUKUNFTSINVESTITIONSPROGRAMM

Weitere Bund-Länder-Arbeitsgespräche beschäftigten sich ausschließlich mit der Erstellung und Einführung einer eigens entwickelten Software zur informationstechnischen Umsetzung des Zukunftsinvestitionsprogramms. Im Kern besteht die Anwendung aus einer Datenbank mit Zugriffsmöglichkeiten für den Bund und alle Länder. Auf der Grundlage von darin gespeicherten Daten wird auch die vorhabenbezogene Prüfung der zweckgerechten Verwendung der Fördermittel vorgenommen. Die IT-gestützte Erfassung, Bearbeitung und Prüfung der Vorhaben setzt ein hohes Maß an Standardisierungen voraus. Für die Beschreibung der Vorhaben wurden daher vom Bund im Rahmen der rechtlichen Vorgaben Leitlinien erstellt. Diese Leitlinien erleichterten den Prüfungsablauf und führten zu höherer Transparenz für Bund, Länder und Kommunen.

Hilfreich für das Zusammenwirken mit dem Bund war auch die Einrichtung einer klar koordinierenden Stelle im Land. Von hier aus konnten die Vorgaben des Bundes an alle durchführenden Stellen im Land weitergeleitet werden und die an den Bund zu liefernden Informationen zu den einzelnen Vorhaben anhand bestimmter Kriterien vorab einer Schlüssigkeitsprüfung unterzogen werden.

4 Umsetzung in den Ländern

Das Zukunftsinvestitionsgesetz legte die rechtlichen Bedingungen fest, unter denen ein Vorhaben vom Bund gefördert werden konnte. Die konkrete Umsetzung des Gesetzes oblag in erster Linie den Ländern.

4.1 Steuerung der Durchführung

Vor diesem Hintergrund konnte es in den Ländern keine einheitliche Vorgehensweise geben. Sowohl die gewählte Form der jeweiligen Regelung als auch die jeweilige Regelungsdichte variierten erheblich. Zur Steuerung der Umsetzung bedienten sich einige Länder besonderer

Richtlinien, spezieller Rundschreiben oder Verwaltungsvereinbarungen. Diese beschränkten sich zum Teil auf einzelne Förderbereiche, wie den Hochschul- oder Krankenhausbau, zum Teil wurden sie entsprechend dem allgemeinen Umsetzungsfortschritt weiterentwickelt. Andere Länder hatten sich aber auch für eigenständige gesetzliche Umsetzungsregelungen entschieden. Auf diese Weise konnten über die gesetzlich vorgegebenen Eigenbeiträge hinaus weitere eigene Mittel des Landes für das Zukunftsinvestitionsgesetz bereitgestellt oder ein landesinternes Förderprogramm mit dem Zukunftsinvestitionsgesetz verzahnt werden. In der Regel erfolgte aber auch hier eine Ergänzung durch Richtlinien oder Erlasse des Landes.

4.2 Auswahlverfahren

Ein wesentlicher Punkt in allen Umsetzungsregelungen der Länder war das Verfahren bei der Auswahl der zu fördernden kommunalen Vorhaben. Denn bei Finanzhilfen entscheiden ausschließlich die einzelnen Länder, welche Vorhaben dafür in Betracht kommen. Entsprechend unterschiedlich war das Verfahren für die Auswahl gestaltet. Einige Länder hatten sich dabei für ein durchgängiges Antragsverfahren entschieden, das bei den Mittelbehörden oder einem Fachressort angesiedelt war. Dieses Vorgehen gewährleistete die Einhaltung einheitlicher Standards und bot den Kommunen ein hohes Maß an Rechtssicherheit. Andere Länder wiesen ihren Kommunen einen nach einem bestimmten Schlüssel berechneten Anteil an den ihnen zustehenden Finanzhilfen als Bewilligungskontingent zu. Diese Kommunen konnten dann eigenständig im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes über die konkrete Verwendung der Mittel entscheiden. Die meisten Länder entschieden sich für eine Mischung dieser beiden Formen; sie wiesen zum Teil Mittel pauschal ihren Kommunen zu, zum Teil wurde auch eine projektbezogene Steuerung vorgenommen – eine Form, mit der vor allem Investitionen mit überregionaler

DAS KOMMUNALE ZUKUNFTSINVESTITIONSPROGRAMM

Bedeutung besonders berücksichtigt werden konnten.

Der Rückblick zeigt, dass eine allgemeingültige Aussage, welches Verfahren vorteilhaft war, nicht möglich ist. Anzulegende Beurteilungsmaßstäbe wie rasche Umsetzung, große Flexibilität, Einbettung in ein landesweites wachstumsorientiertes Konzept und hohe Rechtssicherheit wurden von den jeweils gewählten Auswahlverfahren unterschiedlich erfüllt. Eine Bewertung hängt daher stark von der jeweiligen (subjektiven) Gewichtung ab, die den einzelnen, teilweise widerstreitenden Zielsetzungen des Gesetzes zugemessen wird.

4.3 Teilhabe finanzschwacher Kommunen

Das Zukunftsinvestitionsgesetz sah vor, dass jeder Empfänger von Finanzhilfen einen Eigenbeitrag zu leisten hatte – eine Voraussetzung, die Kommunen in kritischer Finanzlage vor erhebliche Probleme stellen konnte. Aus diesem Grund enthielt das Gesetz zudem die Maßgabe für die Länder, dass durch geeignete Regelungen auch den finanzschwachen Kommunen die Teilnahme an dem Programm ermöglicht werden sollte.

Die Länder sind hier grundsätzlich zwei unterschiedliche Wege gegangen: Entweder wurden die finanzschwachen Kommunen bei der Auswahl der Vorhaben besonders bevorzugt oder es wurden Instrumente entwickelt, die sie bei der Aufbringung ihres Eigenanteils unterstützen sollten. So erfolgte in einigen Ländern die Verteilung der Mittel teilweise nach Finanzkraftkriterien, so dass finanzschwache Kommunen bevorzugt berücksichtigt wurden. Die Mehrheit der Länder konzentrierte sich jedoch auf eine besondere finanzielle Unterstützung der betroffenen Kommunen: So wurden finanzschwachen Kommunen Erleichterungen bei den Kofinanzierungsanteilen eingeräumt, indem ihr Eigenanteil teilweise vom Land, einem extra geschaffenen "Ausgleichsstock" oder einem Fonds übernommen wurde. Diese

Erleichterungen haben den finanzschwachen Kommunen häufig erst die Möglichkeit eröffnet, Investitionen in Einrichtungen der kommunalen Infrastruktur vorzunehmen.

5 Ergebnisse

5.1 Hohes Investitions volumen

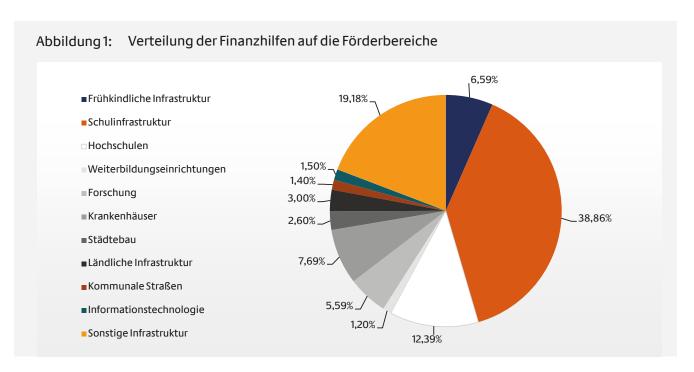
Einschließlich des Eigenbeitrags von Ländern und Kommunen sah das Zukunftsinvestitionsgesetz ein öffentlich finanziertes Investitionsvolumen von mindestens 13,3 Mrd. € vor. Tatsächlich bildete für einen Großteil der Länder das Gesetz einen Anlass, zusätzlich zu den vom Bund bereitgestellten Mitteln eigene Förderprogramme einzurichten oder den nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz festgelegten Eigenanteil durch weitere Landesmittel aufzustocken. Auch wurden in erheblichem Umfang Drittmittel zur Realisierung der Vorhaben aktiviert. Deshalb betrug das Investitions volumen letztendlich insgesamt über 15,6 Mrd. €. Die diesbezüglichen Erwartungen sind damit deutlich übertroffen worden.

5.2 Unterschiedliche Förderschwerpunkte

Das Zukunftsinvestitionsgesetz enthielt für die Länder nur die Festlegung, dass 65 % der Mittel in die Bildungsinfrastruktur, 35 % in die sonstige Infrastruktur zu investieren sind. Innerhalb der beiden Schwerpunkte waren die Länder frei, die Mittel auf die elf einzelnen Förderbereiche zu verteilen. Die länderdurchschnittliche Verteilung der Finanzhilfen auf die elf Förderbereiche ergibt sich aus folgender Graphik. Dabei wird ersichtlich, dass die Länder insgesamt ihren Förderschwerpunkt auf die Sanierung beziehungsweise den Neubau von Schulen und ergänzenden Einrichtungen der Schulinfrastruktur gelegt haben.

Betrachtet man die Verteilung der Finanzhilfen auf die Förderbereiche nach Ländern, zeigt sich, dass die Förderbereiche sehr unterschiedlich

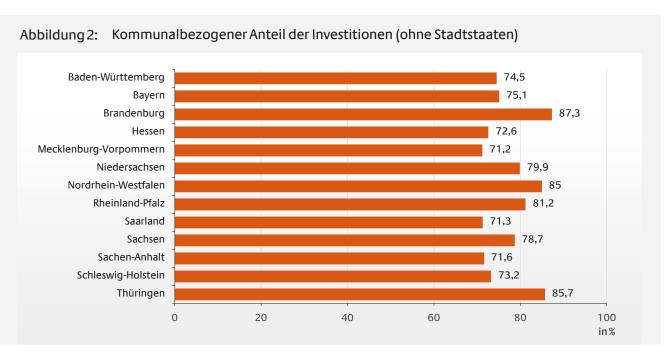
DAS KOMMUNALE ZUKUNFTSINVESTITIONSPROGRAMM



genutzt wurden. So liegt die Spanne der Anteile der eingesetzten Finanzhilfen für die Schulinfrastruktur – bei einem Durchschnittswert von 38,9% – zwischen 28,3% und 48,9%. In den übrigen Förderbereichen sind die Unterschiede nicht ganz so groß. Bei Bau- und Beschaffungsmaßnahmen im Bereich kommunaler Krankenhäuser reicht die Spanne beispielsweise von 0% bis 15,5%.

5.3 Deutlicher kommunaler Schwerpunkt

Nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz sollten mindestens 70 % der Bundesmittel für kommunalbezogene Investitionen eingesetzt werden, wobei die Stadtstaaten wegen ihrer Besonderheit hier außer Betracht zu lassen sind. Wie aus der nachfolgenden Graphik ersichtlich wird, erfüllen alle Flächenländer



DAS KOMMUNALE ZUKUNFTSINVESTITIONSPROGRAMM

diese Festlegung. Dabei setzten einige Länder einen relativ klaren kommunalbezogenen Schwerpunkt und gingen deutlich über die vorgegebene Grenze hinaus. Andere Länder entschieden sich, in größerem Umfang in Hochschul- und Forschungseinrichtungen und damit in Landesvorhaben zu investieren. Im Durchschnitt aller Flächenländer wurden 78,5 % der Mittel für kommunale Vorhaben verwendet.

5.4 Rückblick und Ausblick

Zum 31. Dezember 2011 mussten alle Vorhaben, die im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms gefördert werden sollten, abgeschlossen sein. Die Länder haben die ihnen eröffneten finanziellen Hilfen genutzt und die Mittel vollständig (bis auf einen Restbetrag von 2,9 Mio. €) in Anspruch genommen. Mit diesen Mitteln konnten voraussichtlich rund 43 000 Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von insgesamt über 15,6 Mrd. € realisiert werden. Die Vorhaben müssen bis spätestens fünf Monate nach ihrem Abschluss beim Bund zur Prüfung eingereicht werden. Bis jetzt hat der Bund bereits über die Förderfähigkeit von mehr als

36 000 Vorhaben entschieden. Es ist daher davon auszugehen, dass im Verlauf des Jahres 2012 die Prüfung sämtlicher Vorhaben abgeschlossen sein wird.

6 Fazit

Das Zukunftsinvestitionsprogramm ist jetzt abgeschlossen. Schon heute kann man sagen, dass es ein großer Erfolg war. Unter sehr schwierigen wirtschaftlichen Vorzeichen konnte mit den geförderten Investitionen ein rascher konjunktureller Impuls in Deutschland gesetzt und so zu einer gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung beigetragen werden. Vor allem kommunale Einrichtungen wurden vom Zukunftsinvestitionsprogramm begünstigt. Mit einer Anpassung an höhere energetische Standards wurde das Ziel nachhaltiger Investitionen erfolgreich umgesetzt. Einen besonderen Schwerpunkt bildeten Vorhaben in zukunftsorientierten Bereichen wie der Bildungsinfrastruktur. Insgesamt hat das Programm somit nicht nur zur erfolgreichen Krisenbewältigung beigetragen, sondern hat auch geholfen, dass Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgegangen ist.

GESETZENTWURF ZUM ABBAU DER KALTEN PROGRESSION

Gesetzentwurf zum Abbau der kalten Progression

1	Ausmaß der kalten Progression	82
2	Rechtsverschiebung des Tarifverlaufs	
3	Wirkung des Ausgleichs der kalten Progression anhand von Beispielen	
4	Entlastungswirkung im Einzelfall	
5	Verfassungsrechtlich gebotene Anhebung des Grundfreibetrags	85
6	Verteilung der Steuermindereinnahmen zwischen Bund und Ländern	

- Heimliche Steuererhöhungen aus der kalten Progression sollen regelmäßig geprüft und revidiert werden.
- Im Rahmen des Abbaus der kalten Progression mit Wirkung in den Jahren 2013 und 2014 erfolgt auch eine Anhebung des Grundfreibetrages, um der Entwicklung des steuerfrei zu stellenden Existenzminimums Rechnung zu tragen.
- Die Haushaltskonsolidierung hat weiterhin Priorität und wird durch den Verzicht auf heimliche Steuererhöhungen nicht gefährdet.

Seit vielen Jahren beanstanden Wissenschaftler, dass es durch das Zusammenspiel von Lohnerhöhungen, Inflation und progressivem Steuersystem zu automatischen Steuermehrbelastungen der Bürger kommt, die letztlich an der Absicht des Gesetzgebers vorbeigehen. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, diese Praxis zu beenden. Künftig soll alle zwei Jahre überprüft werden, wie die kalte Progression wirkt und in welcher Form sie abgebaut werden kann. Derartige "heimliche Steuererhöhungen" sollen in Zukunft zeitnah ausgeglichen werden. Damit zeigt die Bundesregierung auch, dass sie kein Interesse an hohen Inflationsraten hat, weil der Staat keineswegs zum Profiteur der Geldentwertung wird.

Der von der Bundesregierung in der Kabinettsitzung am 7. Dezember 2011 beschlossene Entwurf eines "Gesetzes zum Abbau der kalten Progression" sieht folgerichtig eine Änderung des Einkommensteuertarifs vor. Diese für die Jahre 2013 und 2014 vorgesehene Tarifkorrektur lässt die bestehende Struktur des progressiven Einkommensteuertarifs unverändert, sorgt aber dafür, dass es bei Einkommenserhöhungen im Ausmaß der Inflation zu keinem Anstieg der

durchschnittlichen Steuerbelastung kommt. Ziel ist keine Steuersenkung im traditionellen Sinn, sondern ein Ausgleich für die "heimlichen Steuererhöhungen" aus der kalten Progression.

Die Tarifformel für die Einkommensteuer hat die Funktion, einem höheren Einkommen eine prozentual höhere Steuerbelastung zuzuweisen. Im Ergebnis steigt also nicht nur der Steuerbetrag, sondern auch die Durchschnittsbelastung mit der Einkommenshöhe "progressiv" an. Das ist grundsätzlich richtig, denn starke Schultern können und sollen mehr tragen als schwache.

Dieser Mechanismus wirkt allerdings auch bei Lohnerhöhungen, die nur die Inflation ausgleichen. In einem solchen Fall wird zwar der Lohnbetrag erhöht, das reale, preisbereinigte Einkommen bleibt aber unverändert. Da der erhöhte Lohnbetrag in die progressive Tarifformel eingeht, steigt nicht nur der Steuerbetrag, sondern auch die durchschnittliche Steuerbelastung an. Folglich führt ein nominal höherer, real aber gleichbleibender Lohn zu einem höheren Durchschnittssteuersatz und einer geringeren Erhöhung des Nettoeinkommens. Dieser

GESETZENTWURF ZUM ABBAU DER KALTEN PROGRESSION

Effekt wird als "heimliche Steuererhöhung" beziehungsweise kalte Progression bezeichnet. Er kann nur durch Tarifkorrekturen ausgeglichen werden. Würde man diesem Effekt nicht entgegensteuern, würden alle Einkommen kontinuierlich in höhere Steuerbelastungen rutschen. Am Ende würde eine Krankenschwester wie ein leitender Angestellter besteuert, obwohl ihr Einkommen das nicht hergibt. Eine solche Ungerechtigkeit ist nicht Sinn und Zweck der progressiven Einkommensbesteuerung.

Mit dem Entwurf für ein Gesetz zum Abbau der kalten Progression werden die notwendigen Anpassungen des Einkommensteuertarifs konkretisiert. Die Tarifformel wird so verändert, dass ein real gleiches, nur nominal gestiegenes Einkommen mit dem gleichen Durchschnittssteuersatz wie zuvor belastet wird. Mathematisch ist hierfür eine Rechtsverschiebung aller Tarifabschnitte um einen einheitlichen Prozentsatz erforderlich.

In der Begründung zum Gesetzentwurf wird auch die Absicht der Bundesregierung bekräftigt, den Effekt der kalten Progression künftig stärker in das Blickfeld zu nehmen und seine Wirkungen regelmäßig zu überprüfen. Hierzu soll künftig alle zwei Jahre das Ausmaß der kalten Progression ermittelt und begutachtet werden, ob Anpassungen des Tarifverlaufs notwendig sind.

1 Ausmaß der kalten Progression

Um das Ausmaß der kalten Progression beziehungsweise der "heimlichen Steuererhöhungen" ermitteln zu können, benötigt man zunächst ein Basisjahr, in Vergleich zu dem der Anstieg der Durchschnittsbelastung errechnet werden kann. Aufgrund der zu Beginn der Legislaturperiode in Kraft getretenen steuerlichen Entlastungen insbesondere für Familien, die dazu beigetragen haben, "heimliche Steuererhöhungen" früherer Jahre im Ergebnis zu kompensieren, ist das Jahr 2010 ein geeignetes Referenzjahr. Auch

der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) betont in seinem Jahresgutachten 2011/2012, dass sich in der Vergangenheit – also bis einschließlich 2010 – keine Problematik aus der kalten Progression aufgestaut habe.

Seit der letzten Tarifsenkung im Jahr 2010 wirkt die kalte Progression jedoch wieder. Modellrechnungen des Bundesministeriums der Finanzen auf der Grundlage einer repräsentativen Stichprobe der Steuerpflichtigen haben ergeben, dass das Steueraufkommen des Jahres 2012 um rund 6 Mrd. € über dem Aufkommen liegt, das sich ohne den kalten Progressionseffekt ergäbe. Dieses Resultat deckt sich mit der Faustregel des Sachverständigenrates, der von "heimlichen Steuererhöhungen" in Höhe von jährlich 3 Mrd. € ausgeht (Jahresgutachten 2011/2012, Seite 211). Es deckt sich auch mit den Berechnungen der an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Wirtschaftsforschungsinstitute.

2 Rechtsverschiebung des Tarifverlaufs

Für den vorgesehenen Ausgleich der heimlichen Steuererhöhungen bei der Einkommensteuer ist daher ein Steueraufkommen von jährlich rund 6 Mrd. € zu veranschlagen. Die im Gesetzentwurf vorgesehene "Rechtsverschiebung" des Tarifverlaufs (einschließlich der Anhebung des Grundfreibetrags) um 4,4% deckt dieses Volumen ab.

Dabei bleiben die Ecksteuersätze unverändert; es werden lediglich die Tarifabschnitte nach rechts verschoben. Nur eine Rechtsverschiebung des Tarifverlaufs mit einem einheitlichen prozentualen Wert führt dazu, dass eine Einkommenssteigerung um 4,4% stets zu einem unveränderten Durchschnittssteuersatz führt.

Die Tarifanpassungen werden in zwei Schritten (2013 und 2014) vorgenommen. Konkret führt dies zu folgenden Verschiebungen:

GESETZENTWURF ZUM ABBAU DER KALTEN PROGRESSION

Tabelle 1: Erforderliche Tarifanpassungen zum Abbau der kalten Progression

	Tarif 2010 geltender Tarif	Tarif	2013	Tarif	2014
	Euro	Euro	Erhöhung in Prozent zum geltenden Tarif	Euro	Erhöhung in Prozent zum geltenden Tarif
Grundfreibetrag	8 004	8 130	1,6	8 3 5 4	4,4
Beginn der Progressionszone (Eingangssteuersatz 14 %)	8 005	8 131	1,6	8 355	4,4
Mittlerer Steuersatz ("Knickstelle" im Tarif)	13 470	13 686	1,6	14 063	4,4
Beginn der Proportionalzone (Höchststeuersatz 42 %)	52 882	53 728	1,6	55 209	4,4

3 Wirkung des Ausgleichs der kalten Progression anhand von Beispielen

Die Wirkungsweise des Ausgleichs der kalten Progression durch die vorgesehene Rechtsverschiebung des Tarifs kann anhand der folgenden Beispiele (siehe Tabelle) dargestellt werden:

Beispielsweise zahlt ein Steuerpflichtiger mit einem zu versteuernden Einkommen von 30 000 € nach dem heute geltenden Tarif 5 625 € Einkommensteuer, was einem Durchschnittsteuersatz von 18,8 % entspricht.

Tabelle 2: Einkommensteuerbelastung und Durchschnittssteuersatz beim Ausgleich der kalten Progression anhand von Beispielen

zu versteuerndes Einkommen	Einkommensteuerbelastung	Durchschnittssteuersatz
	Ausgangswert (geltender Tarif)	
10 000 €	315€	3,2%
	nach Inflationsausgleich +4,4 % (geltender Tarif)	
10 440 €	395€	3,8%
	nach Inflationsausgleich +4,4 % (neuer Tarif 2014)	
10 440 €	330€	3,2%
zu versteuerndes Einkommen	Einkommensteuerbelastung	Durchschnittssteuersatz
	Ausgangswert (geltender Tarif)	
30 000 €	5 625 €	18,8%
	nach Inflationsausgleich +4,4 % (geltender Tarif)	
31 320 €	6 045 €	19,3%
	nach Inflationsausgleich +4,4 % (neuer Tarif 2014)	
31 320 €	5 873 €	18,8%
zu versteuerndes Einkommen	Einkommensteuerbelastung	Durchschnittssteuersatz
	Ausgangswert (geltender Tarif)	
50 000 €	12 847 €	25,7%
	nach Inflationsausgleich +4,4 % (geltender Tarif)	
52 200 €	13 753 €	26,3%
	nach Inflationsausgleich +4,4 % (neuer Tarif 2014)	
52 200 €	13 412 €	25,7%

GESETZENTWURF ZUM ABBAU DER KALTEN PROGRESSION

Bei einer die Inflation ausgleichenden Einkommenserhöhung um 4,4 % stiege sein Einkommen auf 31 320 €, seine Steuerbelastung (nach aktuellem Tarif) auf 6 045 € und seine Durchschnittsbelastung auf 19,3 %.

Der Anstieg der Durchschnittsbelastung von 18,8 % auf 19,3 % ist auf die Progression im Einkommensteuertarif zurückzuführen. Jedoch liegt der Einkommenserhöhung gar kein realer Mehrverdienst, sondern nur ein Inflationsausgleich zugrunde, sodass auch keine steuerliche Mehrbelastung gerechtfertigt ist.

Um diesen Effekt auszugleichen, muss der Tarif in der beschriebenen Weise geändert werden. Der für 2014 vorgesehene Tarif führt dann im Beispielsfall zu einer Steuerbelastung von 5 873 €. Der Durchschnittsteuersatz beträgt somit wieder 18,8 %, das gleiche Niveau wie nach dem geltenden Tarif vor der inflationsausgleichenden Einkommenserhöhung.

Auch in den anderen Beispielfällen wird deutlich, dass die absolute Steuerbelastung wegen des höheren Einkommens zwar ansteigt (der Staat profitiert auch weiterhin von Lohnerhöhungen), jedoch werden die Durchschnittssteuersätze bei real unveränderten Einkommen wieder so gesenkt, dass die kalte Progression ausgeglichen wird.

4 Entlastungswirkung im Einzelfall

Der Effekt der kalten Progression ist untrennbar an die progressive Wirkung des Einkommensteuertarifs gekoppelt. Daher führt auch der Ausgleich der kalten Progression in Euro gerechnet zu progressionsbedingt steigenden Entlastungsbeträgen. Dies gilt jedoch nur für mittlere Einkommen bis zum Erreichen des Höchststeuersatzes von 42 %. Dann wird ein maximaler Entlastungsbetrag erreicht, der für alle Steuerpflichtigen mit Höchststeuersatz gleich ist. Bei einem zu versteuernden Einkommen von rund 55 000 € (beziehungsweise in der Splittingtabelle 110 000 €) kommt es zu einer maximalen tariflichen Entlastung von absolut rund 380 € (beziehungsweise 760 €) im Jahr, die für höhere Einkommen nicht mehr zunimmt.

Umgekehrt zu den steigenden Entlastungsbeträgen verhält es sich mit den relativen Entlastungen in Bezug zum zu zahlenden Steuerbetrag. In allen Fällen ist die relative Entlastung umso größer, je kleiner das Einkommen ist. So wird ein lediger Steuerpflichtiger mit einem Jahreseinkommen von 30 000 € durch die Tarifkorrektur im Jahr 2014 jährlich 174 € weniger Steuern zahlen müssen als nach geltendem Recht. Dies entspricht einer Entlastung von 2,9% seiner bisherigen Steuerzahllast von 5 934 € (Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag).

Ein Steuerpflichtiger mit einem doppelt so hohen Jahreseinkommen (60 000 €) wird 2014 hingegen nur 2,1% weniger Steuern zahlen müssen als nach geltendem Recht (bisherige Steuerbelastung 17 965 €).

Noch deutlicher wird dies, wenn verheiratete Steuerpflichtige betrachtet werden. Bei einem jährlichen gemeinsamen Einkommen von 30 000 € zahlen diese 2014 auf Grund der Tarifänderung 220 € weniger Steuern. Das entspricht einer Entlastung von 7,4% ihrer bisherigen Steuerbelastung.

Ein Ehepaar mit 60 000 € Jahreseinkommen erfährt 2014 hingegen nur eine Entlastung von 2,9 % seiner bisherigen Steuerzahllast, das sind 348 € weniger Steuern im Jahr.

GESETZENTWURF ZUM ABBAU DER KALTEN PROGRESSION

5 Verfassungsrechtlich gebotene Anhebung des Grundfreibetrags

Aufgrund verfassungsrechtlicher Vorgaben muss der steuerliche Grundfreibetrag mindestens das sächliche Existenzminimum von einer Steuerbelastung freistellen. Laut dem Bericht über die Höhe des steuerfrei zu stellenden Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2012 (Achter Existenzminimumbericht) deckt der Grundfreibetrag von gegenwärtig 8 004 € das steuerfrei zu stellende Existenzminimum bis zum Jahr 2012 noch ab.

Für die Folgejahre 2013 und 2014 hat das Bundesministerium der Finanzen die Berechnungsmethode der Existenzminimumberichte analog angewandt und eine Abschätzung vorgenommen. Demnach führt die voraussichtliche Entwicklung beim Existenzminimum dazu, dass der Grundfreibetrag angehoben werden muss. Die abgeleiteten Erhöhungsschritte um insgesamt 350 € (126 € für 2013, 224 € für 2014) sind nach jetziger Einschätzung ausreichend, um den verfassungsrechtlichen Vorgaben zur Freistellung des Existenzminimums Rechnung zu tragen.

Diese erforderliche Anhebung des Grundfreibetrags von gegenwärtig 8 004 € auf 8 354 € entspricht einer Steigerung um 4,4%. Hierzu korrespondierend werden die Einkommenswerte der übrigen Tarifabschnitte (Knickstelle und Beginn der Proportionalzone) wie dargelegt einheitlich um 4,4% erhöht.

6 Verteilung der Steuermindereinnahmen zwischen Bund und Ländern

Vom Aufkommen der Lohn- und Einkommensteuer erhalten der Bund 42,5 %, die Länder 42,5 % und die Gemeinden 15 %. Auch das aktuelle Aufkommen aufgrund der Mehrbelastungen der Steuerpflichtigen durch den kalten Progressionseffekt wird nach diesem Maßstab auf die staatlichen Ebenen verteilt. Somit wären auch die Steuermindereinnahmen, die durch den Ausgleich der kalten Progression entstehen, im gleichen Verhältnis aufzuteilen.

Der Bund ist jedoch bereit, einmalig die zusätzlichen Mindereinnahmen zu tragen, die sich daraus ergeben, dass eine prozentuale Verschiebung der Tarifabschnitte um 4,4% statt einer Verschiebung nur um 350 € vorgenommen wird. Denn nur durch eine prozentuale Verschiebung der Tarifabschnitte um 4,4% kann der Effekt der kalten Progression korrekt ausgeglichen werden.

Die Länder erhalten diese Kompensation über eine Änderung der Umsatzsteuerverteilung. Im Jahr 2013 bekommen sie 379 Mio. € und ab dem Jahr 2014 jährlich 1 200 Mio. €.

Alle staatlichen Ebenen sind in der Lage, den ab 2013/14 schrittweise auf 6 Mrd. € aufwachsenden Verzicht auf Mehreinnahmen aus der kalten Progression zu tragen, das hat die Steuerschätzung vom November 2011 noch einmal unterstrichen. Die Haushaltskonsolidierung hat weiterhin Priorität vor wünschenswerten Entlastungen der Bürger. Aber alle staatlichen Ebenen können und sollten die notwendige Haushaltskonsolidierung schaffen, ohne auf heimliche und ungerechte Steuererhöhungen zu setzen.

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	88
1	Kreditmarktmittel	88
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2010 bis 2015	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
_	2010 bis 2015	90
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen,	
	Regierungsentwurf 2012	
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012	
7	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011	
Über	sichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	114
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2011 im Vergleich zum Jahressoll 2011	
Abb.	1 Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2010/2011	
2	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder bis November 2011	117
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2011	
Kenn	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	123
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	123
2	Preisentwicklung	124
3	Außenwirtschaft	125
4	Einkommensverteilung	126
	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	127
5	Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten	127
6	Prouktionspotenzial und -lücken	129
7	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	130
8	Bruttoinlandsprodukt	131
9	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	132
10	Kapitalstock und Investitionen	134
11	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	
12	Preise und Löhne	
13	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	137
14	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	138

15	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	139
16	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	140
17	Übersicht Weltfinanzmärkte	141
	Entwicklung von DAX und Dow Jones	
18	Vorausschätzungen zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	143
19	Vorausschätzungen zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	147

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand: 30. November 2011	Zunahme	Abnahme	Stand: 31. Dezember 2011
	30. November 2011	in M	io.€	31. Dezember 2011
Inflations indexier te Bundeswert papiere	46 000	0	0	46 000
Anleihen ¹	650 736	0	0	650 736
Bundesobligationen	198 000	5 000	0	203 000
Bundesschatzbriefe ²	8 238	17	47	8 208
Bundesschatzanweisungen	149 000	5 000	18 000	136 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	63 770	3 000	8 940	57 830
Finanzierungsschätze ³	487	20	40	467
Tagesanleihe	2 125	87	58	2 154
Schuldscheindarlehen	12 068	23	30	12 061
Medium Term Notes Treuhand	0	0	0	0
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	603	890	379	1 115
Kreditmarktmittel insgesamt	1 131 028			1 117 570

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	30. November 2011			31. Dezember 2011
		in M	io.€	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	228 850			222 506
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	353 022			341 194
langfristig (mehr als 4 Jahre)	549 155			553 871
Kreditmarktmittel insgesamt	1 131 028			1 117 570

 $Abweichungen\ in\ den\ Summen\ ergeben\ sich\ durch\ Runden\ der\ Zahlen.$

¹10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

 $^{^2} Bundesschatzbriefe \, der \, Typen \, A \, und \, B.$

 $^{^3}$ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 31. Dezember 2011	Belegung am 31. Dezember 2010				
	in Mrd. €						
Ausfuhren	135,0	119,0	109,8				
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	50,0	39,1	34,9				
Bilaterale FZ-Vorhaben	5,72	3,2	2,3				
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	7,5				
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	185,0	109,0	106,0				
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	55,9	53,3				
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,18	1,0	1,0				
Zinsausgleichsgarantien	6,0	6,0	6,0				
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4				
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	211,0	20,5	-				

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2010 - 2015 Gesamtübersicht

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Soll		Finanzplanung	
			Mr	d.€		
1. Ausgaben	303,7	296,2	306,2	311,5	309,9	315,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	+3,9	-2,4	+3,4	+1,7	- 0,5	+1,6
2. Einnahmen ¹	259,3	278,5	279,7	286,3	290,9	300,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	+0,6	+7,4	+0,4	+2,3	+1,6	+3,1
darunter:						
Steuereinnahmen	226,2	248,1	249,2	256,4	265,8	275,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	-0,7	+9,7	+0,5	+2,9	+3,7	+3,7
3. Finanzierungssaldo	-44,4	-17,7	-26,5	-25,3	-19,1	-15,1
in % der Ausgaben	14,6	6,0	8,6	8,1	6,1	4,8
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme ² (-)	288,2	274,2	261,1	284,6	273,2	279,2
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	5,0	3,1	9,3	-0,0	-1,2	-1,2
6. Tilgungen (+)	239,2	260,0	244,2	259,7	255,7	265,6
7. Nettokreditaufnahme	-44,0	-17,3	-26,1	-24,9	-18,7	-14,7
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	26,1	25,4	26,9	29,7	29,5	29,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	-3,8	-2,7	+5,8	+10,4	-0,6	- 0,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	2,2	2,5	2,5	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Januar 2012.

 $^{^1\,\}mbox{Gem.\,BHO}\,\S\,13\,\mbox{Absatz}\,4.2$ ohne Münzeinnahmen.

 $^{^2\,} Nach\, Abzug\, der\, Finanzierung\, der\, Eigenbestandsveränderung.$

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015		
Ausgabeart	Ist	Ist	Soll		Finanzplanung			
			in Mic	o. €				
Ausgaben der laufenden Rechnung								
Personalausgaben	28 196	27 856	27 897	27 086	26 894	26 729		
Aktivitätsbezüge	21 117	20 702	20749	19 861	19614	19 387		
Ziviler Bereich	9 443	9 2 7 4	10868	10 339	10357	10 349		
Militärischer Bereich	11 674	11 428	9881	9 522	9 258	9 038		
Versorgung	7 079	7 154	7 147	7 2 2 6	7 280	7 342		
Ziviler Bereich	2 459	2 472	2 483	2 506	2 540	2 583		
Militärischer Bereich	4 620	4 682	4 6 6 5	4720	4740	4758		
Laufender Sachaufwand	21 494	21 946	23 825	23 506	23 424	23 030		
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 544	1 545	1 283	1 305	1 296	1 308		
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 442	10 137	10 673	10 574	10 435	10 085		
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	10 264	11 869	11 627	11 693	11 637		
Zinsausgaben	33 108	32 800	36 769	42 303	45 991	49 042		
an andere Bereiche	33 108	32 800	36 769	42 303	45 991	49 042		
Sonstige	33 108	32 800	36 769	42 303	45 991	49 042		
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42		
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	33 058	32 759	36 727	42 261	45 949	49 000		
an Ausland	8	0	0	0	0	C		
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	187 554	190 625	188 789	188 751	191 577		
an Verwaltungen	14114	15 930	17700	19 178	20 081	20 237		
Länder	8 579	10 642	11 956	13 342	14271	14 442		
Gemeinden	17	12	11	10	10	9		
Sondervermögen	5 5 1 8	5 2 7 6	5732	5 825	5 800	5 786		
Zweckverbände	1	1	1	1	1	C		
an andere Bereiche	180 263	171 624	172 926	169 611	168 670	171 340		
Unternehmen	24212	23 882	25 106	25 362	25 513	25 853		
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 665	26 718	27 161	25 271	23 748	23 569		
an Sozialversicherung	120 831	115 398	113 678	112 275	112 903	115 379		
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 336	1 665	1 673	1 656	1 664	1 663		
an Ausland	4216	3 958	5 3 0 5	5 045	4 840	4875		
an Sonstige	3	2	2	2	2	2		
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	277 175	270 156	279 116	281 684	285 060	290 377		

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgabeart	Ist	Ist	Soll		Finanzplanung	
			in Mi	o.€		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 660	7 175	7 997	7 280	7 208	7 154
Baumaßnahmen	6 242	5814	6519	5 704	5 621	5 683
Erwerb von beweglichen Sachen	916	869	899	943	900	873
Grunderwerb	503	492	578	634	687	598
Vermögensübertragungen	15 350	15 284	15 173	15 103	14 975	14 903
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14944	14589	14706	14 602	14 474	14 407
an Verwaltungen	5 209	5 243	5 006	4 8 6 5	4716	4 620
Länder	5 142	5 178	4930	4 772	4 624	4 541
Gemeinden und Gemeindeverbände	68	65	74	90	90	78
Sondervermögen	0	0	2	2	2	2
an andere Bereiche	9 735	9 3 4 6	9 700	9 738	9 757	9 787
Sonstige - Inland	6 599	6 060	6 3 4 0	6 3 6 9	6 460	6 557
Ausland	3 136	3 287	3 360	3 3 6 9	3 297	3 230
Sonstige Vermögensübertragungen	406	695	467	501	501	496
an andere Bereiche	406	695	467	501	501	496
Sonstige - Inland	137	260	145	144	141	136
Ausland	269	123	322	357	360	360
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 473	311	4 154	7 771	7 793	7 698
Darlehensgewährung	2 663	3 613	4153	3 426	3 449	3 353
an Verwaltungen	1	2 825	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 662	1	4 153	3 425	3 448	3 353
Sozialversicherung	0	2 8 2 5	0	0	0	C
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 075	1 115	2 271	2 081	1 960	1 744
Ausland	1 587	1710	1 881	1344	1 488	1 609
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	788	1	4345	4 3 4 5	4 3 4 5
Inland	13	0	1	1	1	1
Ausland	797	788	0	4344	4344	4 3 4 4
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 483	26 072	27 324	30 154	29 976	29 755
Darunter: Investive Ausgaben	26 077	25 378	26857	29 653	29 475	29 259
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	0	- 240	- 339	-5 136	-5 132
Ausgaben zusammen	303 658	296 228	306 200	311 500	309 900	315 000

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	55 217	49 101	23 258	19 096	-	6 747
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	5 798	5 585	3 450	1 363	-	772
2	Auswärtige Angelegenheiten	9 281	4773	508	175	-	4089
3	Verteidigung	31 734	31 461	14546	15 908	-	1 008
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 707	3 3 3 0	2 108	998	-	224
5	Rechtsschutz	371	356	248	92	-	16
6	Finanzverwaltung	4326	3 596	2398	560	-	638
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	17 966	14 714	479	892	-	13 343
13	Hochschulen	4 032	3 0 3 7	10	10	-	3 018
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 491	2 491	-	-	-	2 491
15	Sonstiges Bildungswesen	616	540	9	65	-	465
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 083	8 091	459	812	-	6 8 2 0
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	743	555	1	6	-	549
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	155 207	154 268	229	397	-	153 642
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	109 004	109 004	52	-	-	108 953
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	8 327	8 327	-	3	-	8 324
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 524	2 198	-	30	-	2 168
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	33 379	33 263	49	113	-	33 101
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	280	280	-	-	-	280
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 693	1 195	128	251	-	817
3	Gesundheit und Sport	1 548	918	277	312	-	329
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	455	372	147	177	-	48
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	455	372	147	177	-	48
32	Sport	131	115	-	4	-	111
33	Umwelt- und Naturschutz	440	254	80	72	-	102
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	521	176	50	59	-	68
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 066	818	-	19	-	799
41	Wohnungswesen	1 387	801	-	2	-	799
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	12	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	666	17	-	17	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	957	546	29	179	-	338
52	Verbesserung der Agrarstruktur	567	199	-	1	-	198
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	132	132	-	70	-	62
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	132	132	-	70	-	62
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	258	215	29	108	-	78

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
0	Allgemeine Dienste	901	2 681	2 533	6 115	6 083
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	211	2		212	212
2	Auswärtige Angelegenheiten	114	2512	1881	4507	4506
3		205	67	-	273	241
	Verteidigung		99			377
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	278	99	-	377	
5	Rechtsschutz	15	-	-	15	15
6	Finanzverwaltung	78	1	651	730	730
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	133	3 119	-	3 252	3 252
13	Hochschulen	1	993	-	995	995
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	77	-	77	77
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	131	1 861	-	1 992	1 992
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	188	-	188	188
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	9	930	1	940	505
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	324	1	326	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	4	113	-	116	4
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII		-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	494	-	498	498
3	Gesundheit und Sport	417	213	-	630	630
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	72	11	-	83	83
312	Krankenhäuser und Heilstätten		-	-	-	_
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	72	11	-	83	83
32	Sport		16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	180	-	186	186
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	339	6	-	345	345
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 244	4	1 248	1 248
41	Wohnungswesen		583	4	587	587
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen		-		-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste		12	_	12	12
43 44	Städtebauförderung		649	_	649	649
		2		1		
5 52	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2	409	1	411	411
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	367	1	368	368
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	2	42		44	44

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			i	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 715	2 309	62	473	-	1 773
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	720	557	-	353	-	204
621	Kernenergie	288	188	-	-	-	188
622	Erneuerbare Energieformen	51	20	-	4	-	16
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	381	349	-	349	-	-
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 443	1 425	-	0	-	1 425
64	Handel	63	63	-	9	-	54
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	635	9	-	8	-	1
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 855	254	62	103	-	89
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 384	4 173	1 050	1 982	-	1 141
72	Straßen	7 462	1 040	-	886	-	154
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 770	889	511	310	-	69
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	3	-	-	-	3
75	Luftfahrt	203	200	50	24	-	126
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 615	2 042	489	762	-	790
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 329	12 257	-	6	-	12 251
81	Wirtschaftsunternehmen	11 090	7018	-	6	-	7 012
832	Eisenbahnen	4016	76	-	5	-	71
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	7 074	6 942	-	2	-	6 940
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 239	5 239	-	-	-	5 239
873	Sondervermögen	5 239	5 239	-	-	-	5 239
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	39 811	40 012	2 513	469	36 769	262
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	300	261	-	-	-	261
92	Schulden	36 782	36 782	-	13	36 769	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	2 729	2 969	2 513	456	-	0
Summe a	ller Hauptfunktionen	306 200	279 116	27 897	23 825	36 769	190 625

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaben
Funktion	3 3 11			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	101	714	1 591	2 407	2 407
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	100	62	-	162	162
621	Kernenergie	100	-	-	100	100
622	Erneuerbare Energieformen	-	31	-	31	31
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	32	-	32	32
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	19	-	19	19
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	626	-	626	626
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	8	1 591	1 600	1 600
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 434	1 777	-	8 211	8 211
72	Straßen	4992	1 429	-	6 421	6 421
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	881	-	-	881	881
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	3	-	-	3	3
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	558	16	-	573	573
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	4 047	25	4 072	4 072
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4 0 4 7	25	4072	4 072
832	Eisenbahnen	-	3 9 1 5	25	3 940	3 940
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	132	-	132	132
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe a	iller Hauptfunktionen	7 997	15 173	4 154	27 324	26 857

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
				Ist-Erg	jebnisse			
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche								
Vergleichsdaten Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
5	wiid.e	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7
Veränderung gegenüber Vorjahr								
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. Personalausgaben des	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
öffentl. Gesamthaushalts ³ Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	wiid.e	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%							
Anteil a. d. investiven Ausgaben des	/0	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5
Steueraufkommen ³								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9
nachrichtlich: Schuldenstand ³								
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

•	•	•	•	_				•	
Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
degenstand der Nachweisung				Ist-Ergel	bnisse				Soll
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	306
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	0
Einnahmen	Mrd.€	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	279
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,8	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	7,4	8
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 26
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 26
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,2	- 0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	-0,3	- 0
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-		-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-		-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	27
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,4	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,2	C
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	g
Anteil a. d. Personalausgaben des									
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	15,3	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,4	13
Zinsausgaben	Mrd.€	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	36
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	-0,9	4
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	12
Anteil an den Zinsausgaben des	%	58,3	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	43,9	47
öffentl. Gesamthaushalts ³	NAI. C			26.2	242		26.1		
Investive Ausgaben	Mrd.€	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	26
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	6,2	-4,4	15,4	-7,2	11,5	-3,8	- 2,7	- 16
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	8
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,2	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	27,2	31
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	249
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,7	7,2	12,8	4,0	- 4,8	-0,7	9,7	8
Anteil an den Bundesausgaben	%	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	81
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	89
Anteil am gesamten									
Steueraufkommen ³	%	42,1	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	43,4	42
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 26
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	8
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	97
Anteil am Finanzierungssaldo des	%	59,5	68,8	Х	111,2	37,1	54,5	63,0	82
öffentl. Gesamthaushalts ³									
nachrichtlich: Schuldenstand ³	,	1 400 0	1545 :	1.552.4	1 577 6	1.004.1	20115	2025	22
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 489,9	1 545,4	1 552,4	1577,9	1 694,4	2011,5	2035	20
darunter: Bund	Mrd.€	903,3	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1303	13

¹Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

 $^{^2\,\}mathrm{Ab}\,1991\,\mathrm{Ge}$ samt deutschland.

³ Stand Finanzplanungsrat November 2011; 2011, 2012 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010			
				in Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹										
Ausgaben	614,5	626,7	638,0	649,2	679,2	729,0	736,1			
Einnahmen	549,0	574,2	597,6	648,5	668,9	634,7	652,9			
Finanzierungssaldo	-65,5	-52,5	-40,5	-0,6	-10,4	-92,0	-80,8			
darunter:										
Bund ²										
Ausgaben	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7			
Einnahmen	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3			
Finanzierungssaldo	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3			
Länder ³										
Ausgaben	257,1	260,0	260,0	265,5	277,2	286,1	286,7			
Einnahmen	233,5	237,2	250,1	273,1	276,2	258,9	265,9			
Finanzierungssaldo	-23,5	-22,7	-10,1	7,6	-1,1	-27,2	-20,8			
Gemeinden ⁴										
Ausgaben	150,1	153,2	157,4	161,5	168,0	178,3	182,2			
Einnahmen	146,2	150,9	160,1	169,7	176,4	170,8	174,5			
Finanzierungssaldo	-3,9	-2,2	2,8	8,2	8,4	-7,5	-7,7			
		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %								
Öffentlicher Gesamthaushalt										
Ausgaben	-0,8	+2,0	+1,8	+1,7	+4,6	+7,3	+1,0			
Einnahmen	-0,5	+4,6	+4,1	+8,5	+3,2	-5,1	+2,9			
darunter:										
Bund										
Ausgaben	-2,0	+3,3	+0,5	+3,6	+4,4	+3,5	+3,9			
Einnahmen	-2,6	+7,8	+1,9	+9,8	+5,8	-4,7	+0,6			
Länder										
Ausgaben	-1,0	+1,1	+0,0	+2,1	+4,4	+3,2	+0,2			
Einnahmen	+1,9	+1,6	+5,4	+9,2	+1,1	-6,2	+2,7			
Gemeinden										
Ausgaben	+0,1	+2,0	+2,8	+2,6	+4,0	+6,1	+2,2			
Einnahmen	+3,3	+3,3	+6,0	+6,0	+3,9	-3,2	+2,1			

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				Quoten in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-3,0	-2,4	-1,8	-0,0	-0,4	-3,9	-3,3
darunter:							
Bund	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,5	-1,8
Länder	-1,1	-1,0	-0,4	0,3	-0,0	-1,1	-0,8
Gemeinden	-0,2	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3	-0,3
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-10,7	-8,4	-6,4	-0,1	-1,5	-12,6	-11,0
darunter:							
Bund	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8	-14,6
Länder	-9,1	-8,7	-3,9	2,9	-0,4	-9,5	-7,2
Gemeinden	-2,6	-1,5	1,8	5,1	5,0	-4,2	-4,2
Ausgaben in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,0	28,2	27,6	26,7	27,5	30,7	29,7
darunter:							
Bund	11,5	11,7	11,3	11,1	11,4	12,3	12,3
Länder	11,7	11,7	11,2	10,9	11,2	12,0	11,6
Gemeinden	6,8	6,9	6,8	6,7	6,8	7,5	7,4

¹ Bund, Länder, Gemeinden und ihre jeweiligen Extrahaushalte. Der Öffentliche Gesamthaushalt ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: September 2011.

² Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

³ Kernhaushalte; bis 2008 Rechnungsergebnisse; 2009 bis 2010: Kassenergebnisse.

⁴ Kernhaushalte; bis 2009 Rechnungsergebnisse; 2010: Kassenergebnisse.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

			Steueraufkommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,7
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublik	Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,7
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
			da	von	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €	%		
		Bundesrepublil	Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011 ²	571,2	281,0	290,2	49,2	50,8
2012 ²	592,0	296,3	295,7	50,0	50,0
2013 ²	613,2	312,5	300,7	51,0	49,0
2014 ²	635,8	328,8	306,9	51,7	48,3
2015 ²	658,5	345,2	313,3	52,4	47,6
2016 ²	680,0	361,2	318,9	53,1	46,9

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: November 2011.

² Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2011.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk		Abgrenzung der F	inanzstatistik ³
	Gesamtrech	-		
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr		in Relation zur		
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	33,1
1970	23,0	34,8	21,8	32,6
1975	22,8	38,1	22,5	36,9
1980	23,8	39,6	23,7	38,6
1981	22,8	39,1	22,9	38,3
1982	22,5	39,1	22,5	38,1
1983	22,5	38,7	22,6	37,9
1984	22,6	38,9	22,5	37,8
1985	22,8	39,1	22,7	38,1
1986	22,3	38,6	22,3	37,7
1987	22,5	39,0	22,5	38,0
1988	22,2	38,6	22,2	37,6
1989	22,7	38,8	22,8	37,9
1990	21,6	37,3	22,2	37,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,3	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,1	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,7
1995	21,9	40,5	22,5	40,2
1996	21,8	41,0	21,8	40,0
1997	21,5	41,0	21,3	39,5
1998	22,1	41,3	21,7	39,6
1999	23,3	42,3	22,6	40,4
2000	23,5	42,1	22,8	40,3
2001	21,9	40,2	21,3	38,5
2002	21,5	39,9	20,7	38,0
2003	21,6	40,1	20,6	38,0
2004	21,1	39,2	20,2	37,2
2005	21,4	39,2	20,3	37,1
2006	22,2	39,5	21,1	38,1
2007	23,0	39,5	22,2	37,6
2008	23,1	39,7	22,7	38,1
2009	23,0	40,3	22,1	38,3
2010	22,2	39,1	21,4	37,3
2011	22,8	39,7	22	38

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

 $^{^2}$ Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet.

²⁰⁰⁷ bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011.

 $^{^{\}rm 3}$ Bis 2007 Rechnungsergebnisse. 2008 bis 2010: Kassenergebnisse. 2011: Schätzung.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

	Ausgaben des Staates						
	darunter						
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³				
		in Relation zum BIP in %					
1960	32,9	21,7	11,2				
1965	37,1	25,4	11,6				
1970	38,5	26,1	12,4				
1975	48,8	31,2	17,7				
1980	46,9	29,6	17,3				
1981	47,5	29,7	17,9				
1982	47,5	29,4	18,1				
1983	46,5	28,8	17,7				
1984	45,8	28,2	17,6				
1985	45,2	27,8	17,4				
1986	44,5	27,4	17,1				
1987	45,0	27,6	17,4				
1988	44,6	27,0	17,6				
1989	43,1	26,4	16,7				
1990	43,6	27,3	16,4				
1991	46,2	28,2	18,0				
1992	47,1	27,9	19,2				
1993	48,1	28,2	19,9				
1994	48,0	28,0	20,0				
1995	48,2	27,7	20,6				
1996	49,1	27,6	21,4				
1997	48,2	27,0	21,2				
1998	48,0	26,9	21,1				
1999	48,2	27,0	21,3				
2000	47,6	26,4	21,2				
2000 ⁴	45,1	23,9	21,2				
2001	47,6	26,3	21,4				
2002	47,9	26,2	21,7				
2003	48,5	26,4	22,0				
2004	47,1	25,8	21,3				
2005	46,9	26,0	20,9				
2006	45,3	25,4	19,9				
2007	43,5	24,5	19,0				
2008	44,0	25,0	19,1				
2009	48,1	27,0	21,1				
2010 ⁴	47,9	27,4	20,4				
2011	45,6	26,0	19,7				

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet. 2007 bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011. 2011: Erstes vorläufige Ergebnis; Stand: Januar 2012.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009		
	Schulden (Mio. €)								
Öffentlicher Gesamthaushalt ²	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 93		
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 81		
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919 304	940 187	959 918	991 28		
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73		
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	1754		
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53		
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15366	30 056	15 600	23 700	59 53		
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 99		
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 74		
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34		
Kreditmarktmittel iwS	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 00		
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 33		
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 39		
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1 124	1 3 2 5	20 82		
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57		
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 864	11381		
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 03		
Kreditmarktmittel iwS	84069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	7638		
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	3465		
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 77		
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 6 2 6	2 72		
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4		
nachrichtlich:									
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 55		
Maastricht-Schuldenstand	1 383 997	1 455 032	1 526 322	1 574 709	1 582 466	1 649 046	1 767 74		
nachrichtlich:									
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53		
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-				
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-			
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	-			
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	16478	16 983	17 631	18 49		
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 54		
Investitions- und Tilgungsfonds	-	_	-	_	-	_	7 49		
FMS Wertmanagement									

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009			
	Schulden (Mio. €)									
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	56			
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	5			
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	5			
Kassenkredite	-	-		-		-				
Extrahaushalte	-	-	-	-		-	;			
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-				
Kassenkredite	-	-	-	-		-				
		Anteil an den Schulden (in %)								
Bund	60,9	64,0	66,5	70,0	70,5	72,6	77			
Kernhaushalte	56,5	59,8	65,4	67,7	69,2	70,7	73			
Extrahaushalte	4,3	4,2	1,1	2,3	1,3	1,9	4			
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31			
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6			
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	(
nachrichtlich:										
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37			
	Anteil der Schulden am BIP (in %)									
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71			
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44			
Kernhaushalte	35,7	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44			
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2			
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22			
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4			
Gesetziche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	(
nachrichtlich:										
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27			
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,2	68,5	67,9	65,0	66,5	74			
	Schulden insgesamt (€)									
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	207			
nachrichtlich:										
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2313,9	2 428,5	2 473,8	2 374			
Einwohner 30.06.	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 8			

¹Vorläufiges Ergebnis.

 $\label{thm:Quelle:Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.}$

 $^{^{\}rm 2}\,\rm Kredit markt schulden$ im weiteren Sinne zzgl. Kassenkredite.

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2009	2010	2009	2010	
	in Mi	in Mio. €		in % der Schulden insgesamt		in % des BIP	
Öffentlicher Gesamthaushalt ²		2 011 537				81,2	
Bund							
Kern- und Extrahaushalte		1 287 460		64,0		52,0	
Wertpapierschulden und Kredite	1 032 599	1 271 204		63,2	43,5	51,3	
Kassenkredite		16 256		0,8		0,7	
Kernhaushalte		1 035 647		51,5		41,8	
Wertpapierschulden und Kredite	973 067	1 022 192		50,8	41,0	41,3	
Kassenkredite		13 454		0,7		0,5	
Extrahaushalte		251 813		12,5		10,2	
Wertpapierschulden und Kredite	59 533	249 011		12,4	2,6	10,1	
Kassenkredite		2 802		0,1		0,1	
im Einzelnen:							
Entschädigungsfonds	0	0		0,0	0,0	0,0	
SoFFin	36 540	28 552		1,4	1,5	1,2	
Investitions- und Tilgungsfonds	7493	13 991		0,7	0,3	0,6	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation		17302		0,9		0,7	
Wertpapierschulden und Kredite	15 500	14500		0,7	0,7	0,6	
Kassenkredite		2 802		0,1		0,1	
FMS Wertmanagement		191 968		9,5		7,8	
Länder							
Kern- und Extrahaushalte		599 970		29,8		24,2	
Wertpapierschulden und Kredite		595 039		29,6		24,0	
Kassenkredite		4930		0,2		0,2	
Kernhaushalte		524 182		26,1		21,2	
Wertpapierschulden und Kredite	498 655	519 347		25,8	21,0	21,0	
Kassenkredite		4 8 3 5		0,2		0,2	
Extrahaushalte		75 788		3,8		3,1	
Wertpapierschulden und Kredite	27 702	75 692		3,8	1,2	3,1	
Kassenkredite		95		0,0		0,0	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2009	2010	2009	2010
	in M	io.€	in % der S		in%d	les BIP
Gemeinden			insge	Samu		
Kernhaushalte, Zweckverbände und Extrahaushalte		123 569		6,1		5,0
Wertpapierschulden und Kredite		84 363		4,2		3,4
Kassenkredite		39 206		1,9		1,6
Kernhaushalte		115 253		5,7		4,7
Wertpapierschulden und Kredite	75 037	76 326		3,8	3,2	3,1
Kassenkredite		38 927		1,9		1,6
Zweckverbände ³		1602		0,1		0,1
Wertpapierschulden und Kredite	1 428	1 551		0,1	0,1	0,1
Kassenkredite		52		0,0		0,0
Sonstige Extrahaushalte der Gemeinden		6713		0,3		0,3
Wertpapierschulden und Kredite	6 322	6 486		0,3	0,3	0,3
Kassenkredite		227		0,0		0,0
Gesetzliche Sozialversicherung						
Kern- und Extrahaushalte		539		0,0		0,0
Wertpapierschulden und Kredite		539		0,0		0,0
Kassenkredite		0		0,0		0,0
Kernhaushalte		506		0,0		0,0
Wertpapierschulden und Kredite	531	506		0,0	0,0	0,0
Kassenkredite		0		0,0		0,0
Extrahaushalte ⁴		32		0,0		0,0
Wertpapierschulden und Kredite	36	32		0,0	0,0	0,0
Kassenkredite		0		0,0		0,0
chulden insgesamt (Euro)						
je Einwohner		24 606				
Maastricht-Schuldenstand	1 767 744	2 061 795			74,4	83,2
achrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. Euro)	2 375	2 477				
Einwohner 30.06.	81 861 862	81750716				

 $^{^{1}} Auf \, Grund \, method is cher \, \ddot{A}nderungen \, und \, Erweiterung \, des \, Berichtskreises \, nur \, eingeschränkt \, mit \, den \, Vorjahren \, vergleichbar.$

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

² Einschl. aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.

 $^{^3}$ Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

 $^{^4\,\}mathrm{Nur}\,\mathrm{Extra}\mathrm{haus}\mathrm{halte}\,\mathrm{der}\,\mathrm{gesetzlichen}\,\mathrm{Sozialversicherung}\,\mathrm{unter}\,\mathrm{Bundesaufsicht.}$

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzun	g der Volkswirtscha	ftlichen Gesamt	crechungen²		Abgrenzung de	r Finanzstatisti
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt ^a
		in Mrd. €		iı	n Relation zum BIP i	٦%	in Mrd. € -4,8 -4,1 -32,6 -24,6 -15,9 -20,3 -23,8 -29,2 -38,7 -35,8 -28,3 -21,6 -26,1 -26,5 -13,8 -48,3 -62,8 -59,2 -70,5 -59,5 -55,9 -62,3 -48,1 -28,8 -26,9 -34,0	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995	-55,8	-48,3	-7,5	-3,0	-2,6	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,8	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000	-27,5	-27,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0	-34,0	-1,7
2000 ⁴	23,3	23,4	-0,1	1,1	1,1	0,0		-
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,4	-8,6	7,2	-0,1	-0,3	0,3	-10,4	-0,4
2009	-76,1	-60,9	-15,2	-3,2	-2,6	-0,6	-92,0	-3,9
2010 ⁴	-106,0	-108,3	2,3	-4,3	-4,4	0,1	-80,5	-3,3
2011	-26,7	-42,8	16,2	-1,0	-1,7	0,6	-27 1/2	1

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet. 2007 bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011. 2011: erstes vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2012.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2008 Rechnungsergebniss, 2009 bis 2010 Kassenergebnisse. 2011: Schätzung.

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

						in % de	s BIP					
Land	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,0	-1,4	-3,3	-0,1	-3,2	-4,3	-1,3	-1,0	-0,7
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,7	-1,3	-5,8	-4,1	-3,6	-4,6	-4,5
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	-2,9	-2,0	0,2	0,8	-1,8	-0,8
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-9,8	-15,8	-10,6	-8,9	-7,0	-6,8
Spanien	-	-	-	-7,2	-1,0	1,3	-4,5	-11,2	-9,3	-6,6	-5,9	-5,3
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-3,3	-7,5	-7,1	-5,8	-5,3	-5,1
Irland	-	-10,7	-2,8	-2,1	4,7	1,7	-7,3	-14,2	-31,3	-10,3	-8,6	-7,8
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,5	-2,0	-4,4	-2,7	-5,4	-4,6	-4,0	-2,3	-1,2
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	0,9	-6,1	-5,3	-6,7	-4,9	-4,7
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	3,0	-0,9	-1,1	-0,6	-1,1	-0,9
Malta	-	-	-	-4,2	-5,8	-2,9	-4,6	-3,7	-3,6	-3,0	-3,5	-3,6
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,5	-5,6	-5,1	-4,3	-3,1	-2,7
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,7	-0,9	-4,1	-4,4	-3,4	-3,1	-2,9
Portugal	-6,9	-8,4	-6,1	-5,0	-3,2	-5,9	-3,6	-10,1	-9,8	-5,8	-4,5	-3,2
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-2,1	-8,0	-7,7	-5,8	-4,9	-5,0
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-1,9	-6,1	-5,8	-5,7	-5,3	-5,7
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,8	2,7	4,3	-2,5	-2,5	-1,0	-0,7	-0,7
Euroraum	-	-	-	-5,0	-1,2	-2,5	-2,1	-6,4	-6,2	-4,1	-3,4	-3,0
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	1,7	-4,3	-3,1	-2,5	-1,7	-1,3
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	3,2	-2,7	-2,6	-4,0	-4,5	-2,1
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-4,2	-9,7	-8,3	-4,2	-3,3	-3,2
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-3,3	-9,5	-7,0	-5,0	-3,0	-3,4
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-3,7	-7,3	-7,8	-5,6	-4,0	-3,1
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-5,7	-9,0	-6,9	-4,9	-3,7	-2,9
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	2,2	-0,7	0,2	0,9	0,7	0,9
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-2,2	-5,8	-4,8	-4,1	-3,8	-4,0
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-3,7	-4,6	-4,2	3,6	-2,8	-3,7
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-5,0	-11,5	-10,3	-9,4	-7,8	-5,8
EU	-	-	-	5,2	-0,6	-2,5	-2,4	-6,9	-6,6	-4,7	-3,9	-3,2
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-2,2	-8,7	-6,8	-7,2	-7,4	-7,2
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-6,4	-11,5	-10,6	-10,0	-8,5	-5,0

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

 $F\"{u}rdie\ Jahre\ 1980\ bis\ 2005: EU-Kommission, "Europ\"{a}ische\ Wirtschaft", Statistischer\ Anhang,\ November\ 2011.$

 $F\ddot{u}r~die~Jahre~ab~2008:~EU-Kommission,~Herbstprognose,~November~2011.$

² Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP												
Land	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	66,7	74,4	83,2	81,7	81,2	79,9	
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	89,3	95,9	96,2	97,2	99,2	100,3	
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	4,5	7,2	6,7	5,8	6,0	6,1	
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	113,0	129,3	144,9	162,8	198,3	198,5	
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,3	43,0	40,1	53,8	61,0	69,6	73,8	78,0	
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	68,2	79,0	82,3	85,4	89,2	91,7	
Irland	69,0	100,6	93,1	82,1	37,5	27,2	44,3	65,2	94,9	108,1	117,5	121,1	
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	108,5	105,4	105,8	115,5	118,4	120,5	120,5	118,7	
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	48,9	58,5	61,5	64,9	68,4	70,9	
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	13,7	14,8	19,1	19,5	20,2	20,3	
Malta	-	-	-	35,3	55,0	69,7	62,2	67,8	69,0	69,6	70,8	71,5	
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	58,5	60,8	62,9	64,2	64,9	66,0	
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,2	66,2	64,2	63,8	69,5	71,8	72,2	73,3	73,7	
Portugal	29,6	56,5	53,3	59,2	48,5	62,8	71,6	83,0	93,3	101,6	111,0	112,1	
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	27,8	35,5	41,0	44,5	47,5	51,1	
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	21,9	35,3	38,8	45,5	50,1	54,6	
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	33,9	43,3	48,3	49,1	51,8	53,5	
Euroraum	33,4	50,3	56,5	72,1	69,2	70,2	70,1	79,8	85,6	88,0	90,4	90,9	
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	13,7	14,6	16,3	17,5	18,3	18,5	
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	34,5	41,8	43,7	44,1	44,6	44,8	
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	19,8	36,7	44,7	44,8	45,1	47,1	
Litauen	-	-	-	11,4	23,6	18,3	15,5	29,4	38,0	37,7	38,5	39,4	
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	47,1	50,9	54,9	56,7	57,1	57,5	
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	13,4	23,6	31,0	34,0	35,8	35,9	
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	38,8	42,7	39,7	36,3	34,6	32,4	
Tschechien	-	-	-	14,0	17,9	28,4	28,7	34,4	37,6	39,9	41,9	44,0	
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	72,9	79,7	81,3	75,9	76,5	76,7	
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	51,2	41,0	42,5	54,8	69,6	79,9	84,0	88,8	85,9	
EU	-	-	-	69,7	61,9	62,8	62,5	74,7	80,3	82,5	84,9	84,9	
Japan	48,4	69,4	63,9	86,2	135,4	175,3	174,1	194,1	197,6	206,2	210,0	215,7	
USA	42,2	55,9	63,6	71,2	54,8	61,8	71,8	85,8	95,2	101,0	105,6	107,1	

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005 - EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Nov. 2011; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2007 - EU-Kommission, Herbstprognose, Nov. 2011.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

land					Steu	ıern in % des I	BIP				
Land	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,8	21,0	22,8	23,1	22,9	22,1
Belgien	21,3	27,6	30,3	28,0	29,2	30,9	30,9	30,1	30,2	28,7	29,6
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	49,7	47,9	47,1	47,1	47,2
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,9	31,1	30,9	29,9	29,6
Frankreich	22,5	21,1	24,3	23,5	24,4	28,4	27,8	27,5	27,3	25,7	26,3
Griechenland	12,2	13,7	16,4	18,3	19,5	23,6	20,6	20,9	20,5	19,8	20,2
Irland	23,3	24,8	29,5	28,2	27,8	27,0	25,7	26,2	23,9	22,2	22,3
Italien	16,8	13,7	22,0	25,4	27,5	30,2	28,3	30,4	29,8	29,7	29,4
Japan	14,1	14,7	18,9	21,3	17,8	17,5	17,3	18,0	17,4	15,9	-
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,4	28,2	27,5	27,0	26,2
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	26,0	27,3	29,1	27,1	25,8	25,5	26,3	25,8
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,4	25,3	24,7	24,4	-
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,6	34,5	33,9	32,8	33,0
Österreich	25,4	26,5	27,8	26,6	26,5	28,4	27,7	27,7	28,5	27,8	27,5
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	20,7	22,8	22,9	20,4	-
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,6	22,9	22,7	24,0	23,8	21,6	22,3
Schweden	29,2	33,2	35,6	38,0	34,4	37,9	35,8	35,0	34,9	35,3	34,4
Schweiz	14,9	19,0	19,9	19,7	20,2	22,7	22,2	22,1	22,4	22,6	22,9
Slowakei	-	-	-	-	25,3	19,9	18,8	17,7	17,4	16,3	16,1
Slowenien	-	-	-	-	22,3	23,1	24,4	24,0	23,0	22,4	22,5
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,3	23,7	25,2	21,2	18,6	19,7
Tschechien	-	-	-	-	22,0	19,6	21,5	21,1	20,0	19,4	19,3
Ungarn	-	-	-	-	26,7	27,8	25,7	27,2	27,1	27,4	26,1
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,0	29,4	28,9	27,6	28,3
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	20,5	21,4	19,8	17,6	18,3

¹Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2011.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik, \, werden \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, Deutschen \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, Oder \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Deutschen$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Lond			Ste	uern und Soziala	bgaben in % des	BIP		
Land	1970	1980	1990	2000	2005	2008	2009	2010
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,5	35,0	36,4	37,3	36,3
Belgien	33,9	41,3	42,0	44,7	44,6	44,1	43,2	43,8
Dänemark	38,4	43,0	46,5	49,4	50,8	48,1	48,1	48,2
Finnland	31,6	35,8	43,7	47,2	43,9	42,9	42,6	42,1
Frankreich	34,2	40,2	42,0	44,4	44,1	43,5	42,4	42,9
Griechenland	20,0	21,6	26,2	34,0	31,9	31,5	30,0	30,9
Irland	28,4	31,0	33,1	31,2	30,3	29,1	27,8	28,0
Italien	25,7	29,7	37,8	42,2	40,8	43,3	43,4	43,0
Japan	19,5	25,1	29,0	27,0	27,4	28,3	26,9	-
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	33,4	32,2	32,0	31,0
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	39,1	37,6	35,5	37,6	36,7
Niederlande	35,6	42,9	42,9	39,6	38,4	39,1	38,2	-
Norwegen	34,5	42,4	41,0	42,6	43,5	42,9	42,9	42,8
Österreich	33,8	38,9	39,7	43,0	42,1	42,8	42,7	42,0
Polen	-	-	-	32,8	33,0	34,2	31,8	-
Portugal	17,8	22,2	26,9	30,9	31,2	32,5	30,6	31,3
Schweden	37,8	46,4	52,3	51,4	48,9	46,4	46,7	45,8
Schweiz	19,7	25,2	25,8	30,0	29,2	29,1	29,7	29,8
Slowakei	-	-	-	34,1	31,5	29,4	29,0	28,4
Slowenien	-	-	-	37,3	38,6	37,0	37,4	37,7
Spanien	15,9	22,6	32,5	34,2	35,7	33,3	30,6	31,7
Tschechien	-	-	-	35,2	37,5	36,0	34,7	34,9
Ungarn	-	-	-	39,3	37,3	40,1	39,9	37,6
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	36,3	35,7	35,7	34,3	35,0
USA	27,0	26,4	27,4	29,5	27,1	26,3	24,1	24,8

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2011.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					Gesamtau	sgaben des	Staates in S	% des BIP				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland ¹	45,2	43,6	48,4	45,1	46,9	43,5	44,0	48,1	47,9	45,7	45,5	45,0
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,9	48,3	49,9	53,7	52,8	52,3	53,1	53,0
Estland	-		41,3	36,1	33,6	34,0	39,5	45,2	40,6	38,4	40,4	38,9
Finnland	46,5	48,1	61,4	48,3	49,9	47,1	48,9	55,2	54,9	54,3	54,4	54,7
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	52,6	53,3	56,7	56,6	56,6	57,1	56,9
Griechenland	-	45,2	46,2	47,1	44,4	47,3	50,5	53,8	50,1	50,3	49,5	49,4
Irland	53,2	42,8	41,4	31,2	33,8	36,6	42,8	48,9	66,8	45,7	43,9	42,9
Italien	49,8	52,9	52,5	45,8	47,9	47,7	48,6	51,7	50,4	49,7	49,2	48,6
Luxemburg	-	37,7	39,7	37,6	41,5	36,3	37,1	43,0	42,5	43,2	44,6	44,9
Malta	-	-	39,7	40,3	44,6	42,7	44,0	43,3	42,9	42,4	42,7	42,4
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,2	46,2	51,6	51,3	50,3	49,9	50,0
Österreich	53,5	51,5	56,2	51,8	49,9	48,5	49,3	52,9	52,5	51,5	51,4	51,0
Portugal	37,5	38,5	41,5	41,1	45,8	44,3	44,7	49,9	51,3	49,1	47,2	45,4
Slowenien	-	-	52,3	46,5	45,3	42,5	44,2	49,3	50,1	51,0	50,5	50,9
Spanien	-	-	44,5	39,2	38,4	39,2	41,5	46,3	45,6	43,0	42,3	41,9
Zypern	-	-	33,4	37,1	43,1	41,3	42,1	46,2	46,4	46,8	45,1	44,8
Euroraum	-	-	50,6	46,1	47,3	46,0	47,1	51,2	50,9	49,4	49,2	48,8
Bulgarien	-	-	45,4	41,3	37,3	39,8	38,3	40,7	38,1	37,0	36,1	35,4
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	50,8	51,9	58,3	58,3	58,0	58,5	56,7
Lettland	-	31,6	38,6	37,6	35,8	35,9	39,1	44,2	44,4	41,4	40,4	38,5
Litauen	-	-	34,2	38,9	33,2	34,6	37,2	43,8	40,9	38,2	37,1	37,3
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	42,2	43,2	44,5	45,4	45,2	44,8	44,0
Rumänien	-	-	34,1	38,6	33,6	38,2	39,3	41,1	40,9	38,8	38,4	37,9
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	50,9	51,7	54,8	52,6	51,2	51,4	51,1
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	34,2	34,9	41,5	40,0	38,9	38,5	37,7
Tschechien	-	-	53,0	41,6	43,0	41,0	41,2	44,9	44,2	43,6	43,7	43,7
Ungarn	-	-	55,8	47,7	50,1	50,7	49,2	51,5	49,4	48,5	48,8	48,6
Vereinigtes Königreich	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	43,9	47,9	51,5	50,6	49,8	48,6	47,2
EU-27	-	-	50,2	44,7	46,8	45,6	47,1	51,0	50,6	49,3	49,0	48,4
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	36,8	39,1	42,7	42,5	42,1	41,2	39,3
Japan	32,7	31,6	36,0	39,0	38,4	35,9	37,2	42,0	41,1	42,8	43,4	44,2

¹1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: November 2011.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

		Eu-Haush	nalt 2011 ¹			EU-Haus	shalt 2012 ²	
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	igen	Verpflicht	tungen	Zahlu	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	64 504,4	45,4	53 629,0	42,3	68 155,6	46,1	55 336,7	42,9
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	47,6	-	500,0	0,3	50,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	58 659,2	41,3	55 983,9	44,2	59 975,8	40,6	57 034,2	44,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 059,9	1,4	1 700,1	1,3	2 065,2	1,4	1 484,3	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	8 759,3	6,2	7 242,5	5,7	9 405,9	6,4	6 955,1	5,4
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	253,9	0,2	100,0	0,1	258,9	0,2	110,0	0,1
5. Verwaltung	8 172,8	5,7	8 171,5	6,4	8 279,6	5,6	8 277,7	6,4
Gesamtbetrag	142 155,7	100,0	126 727,1	100,0	147 882,2	100,0	129 088,0	100,0

¹ EU-Haushalt 2011 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-6/2011).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

	Differe	nz in %	Differenz in Mio. €				
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4			
Rubrik	10	11	12	13			
1. Nachhaltiges Wachstum	5,7	3,2	3 651,2	1 707,7			
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	50,0			
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	2,2	1,9	1 316,5	1 050,3			
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	0,3	- 12,7	5,4	- 215,8			
4. Die EU als globaler Akteur	7,4	-4,0	646,6	-287,4			
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	10,0	5,0	10,0			
5. Verwaltung	1,3	1,3	106,8	106,2			
Gesamtbetrag	4,0	1,9	5 726,5	2.360,9			

² EU-Haushalt 2012 (endgültig festgestellter Haushalt vom 1. Dezember 2011 einschl. Entwurf Berichtigungshaushaltsplan Nr. 1/2012).

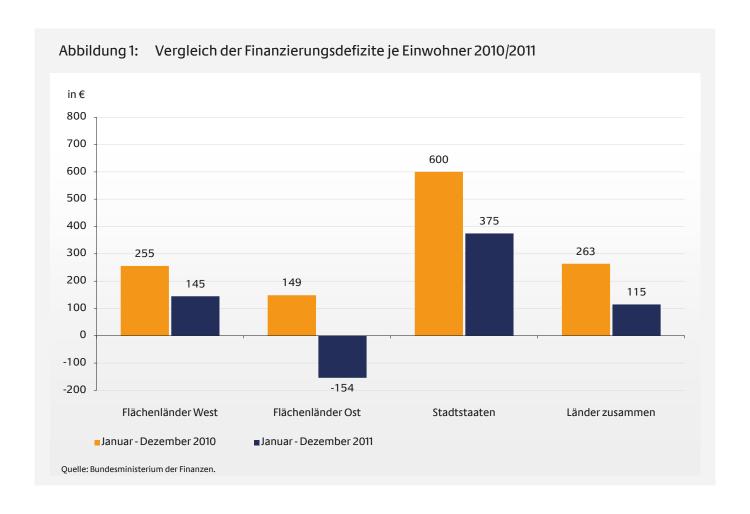
ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2011 im Vergleich zum Jahressoll 2011

	Flächenländ	der (West)	Flächenläi	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zus	ammen			
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist			
		in Mio. €									
Bereinigte Einnahmen	188 911	201 008	49 619	54 039	31 812	35 794	264 562	285 08			
darunter:											
Steuereinnahmen	144 925	152 537	25 619	27 987	19557	21 807	190 101	202 33			
Übrige Einnahmen	43 987	48 471	24 000	26 052	12 255	13 987	74 461	82 74			
Bereinigte Ausgaben	205 184	210 130	51 641	52 060	37 218	38 015	288 262	294 44			
darunter:											
Personalausgaben	81 570	80 621	12 385	12 304	10726	11 546	104681	104 47			
Lfd. Sachaufwand	13 503	13 653	3 771	3 715	7833	8 718	25 106	26 08			
Zinsausgaben	13 506	12 918	3 134	2 717	4069	3 655	20 709	19 29			
Sachinvestitionen	4078	4 477	1 708	1 886	820	901	6 606	7 26			
Zahlungen an Verwaltungen	55 205	59 797	15 717	19 171	917	1 391	66 059	74 59			
Übrige Ausgaben	37 322	38 664	14926	12 267	12854	11 804	65 101	62 73			
Finanzierungssaldo	-16 273	-9 122	-2 021	1 979	-5 396	-2 222	-23 690	-9 36			

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2011

						in Mio. €				
		D	ezember 201	0	No	vember 2011		D	ezember 201	1
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	259 293	265 060	507 646	233 578	249 421	465 671	278 520	285 080	544 239
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	253 716	249 670	503 386	228 857	234 467	463 324	272 135	267 049	539 184
111	Steuereinnahmen	226 189	188 434	414623	211 069	177 732	388 801	248 066	202 331	450 39
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	7 924	49 196	57 120	2 715	45 039	47 754	7 482	51 090	58 572
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	2 536	2 536	-	2 084	2 084	-	2 536	2 53
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	5 577	15 390	20 967	4721	14954	19 674	6385	18 031	2441
121	Veräußerungserlöse	3 200	409	3 609	1 766	448	2 2 1 4	3 307	558	3 86
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	2 277	73	2 350	1 450	98	1 548	2 579	107	2 68
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	430	11 402	11 831	719	10 667	11 386	719	12 659	13 37
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	303 658	286 595	573 546	273 451	265 245	521 369	296 228	294 445	571 31
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	277 175	251 026	528 201	252 425	237 763	490 188	270 156	258 436	528 59
211	Personalausgaben	28 196	101 946	130 141	26 393	98 503	124896	27 856	104 470	132 32
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	7 692	28 760	36 452	7 394	28 145	35 539	7 745	29 724	37 469
212	Laufender Sachaufwand	20 162	25 514	45 676	17 148	22 976	40 124	20 671	26 086	46 75
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	9 232	16977	26 209	8 614	14993	23 607	9 9 7 6	17212	27 18
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	33 108	19 605	52 713	32 339	18 304	50 643	32 800	19 291	52 09
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	14113	57 144	71 257	14519	53 215	67 734	15 929	60 667	76 59
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-321	- 321	-	900	900	-	540	54
2142	Zuweisungen an Gemeinden	17	52 355	52 372	11	48 608	48 619	12	55 220	55 23
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	26 483	35 569	62 052	21 026	27 483	48 508	26 072	36 008	62 08
221	Sachinvestitionen	7 660	7326	14986	5 644	5 491	11 135	7 175	7 264	14 44
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	5 210	13 630	18 839	4286	10 793	15 080	5 243	13 932	1917
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	26 077	35 088	61 165	20 602	26 763	47 365	25 378	35 253	60 63

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2011

						in Mio. €				
		De	ezember 2010	0	No	vember 2011		D	ezember 201	1
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-44 323 ²	-21 536	-65 858	-39 818 ²	-15 825	-55 642	-17 667 ²	-9 365	-27 03
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	284 033	90 165	374 198	269 617	75 144	344 761	277 327	85 913	363 240
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	240 022	76 786	316808	235 337	79 840	315 178	259 983	83 219	343 20
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	44 011	13 379	57 390	34280	-4697	29 583	17 343	2 694	20 03
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-14 633	6 701	-7 932	-11 379	3324,9	-8054,1	-10 473	4 141	-6 33
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	13 344	13 344	-	14875	14875	-	14888	1488
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	14 634	-4 058	10 576	11 382	-763,6	10618,1	10 473	- 885	9 58

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $^{^2\,}Einschließlich\,haus haltstechnische\,Verrechnungen.$

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2011

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹									
1	für das laufende Haushaltsjahr Einnahmen der laufenden	37 419	43 839 a	10 123	20 344	7 259	23 629	52 835	11 993	3 264
11	Rechung	35 784	41 642	9 208	19312	6303	22 572	49 808	11 435	3 191
111	Steuereinnahmen Einnahmen von	27 294	33 619	5 5 1 2	16018	3 508	17 115	41 071	8 861	2 292
112	Verwaltungen (laufende Rechnung)	6 192	4094	3 099	2 140	2 460	2 906	5 784	1 858	780
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	185	-	166	52	6	109	55
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	413	-	390	210	262	205	107
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 635	2 198 ª	915	1 032	957	1 057	3 026	558	73
121	Veräußerungserlöse	75	3	29	21	6	82	12	1	8
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	1	0	0	-	79	-	-	3
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 160	1 717	445	949	446	866	2319	407	53
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	37 736	42 889 ^b	9 978	21 555	7 013	26 086	55 774	14 042	3 667
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	33 612	37 411 b	8 413	19 091	5 726	23 564	49 415	12 281	3 307
211	Personalausgaben	14 545	17 442	2 190	7 852	1 697	9 666 2)	21 118 ²⁾	5 3 0 7	1 352
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	4 638	5012	165	2 543	105	3 039	7 099	1 625	518
212	Laufender Sachaufwand	2 024	3 170 $^{\circ}$	623	1 700	426	1 759	3 306	996	195
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 706	2 529	514	1 312	378	1 483	2 482	825	173
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 829	1 068	606	1 343	367	1 927	4334	1 010	467
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	9 997	11 274	3 191	5 068	2 152	6375	12 061	3 052	524
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	1 804	3 680	-	1 691	-	-	-	-	-
2142	Zuweisungen an Gemeinden	8 132	7 495	2 688	3 340	1 773	6374	11 594	2 793	438
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	4 125	5 478	1 565	2 464	1 287	2 521	6358	1 761	360
221	Sachinvestitionen	928	1 720	136	713	369	287	474	129	22
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 838	2 024	628	1 105	483	614	3 150	772	118
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	4 0 4 3	5 380	1 565	2 420	1 287	2 521	6174	1 727	347

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2011

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 318	950 ^e	145	-1 211	246	-2 457	-2 939	-2 049	- 403
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	7 135	2 744 ^f	3 137	5 778	987	6 903	21 871	9 460	598
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	7 137	2 926 ^f	3 876	4741	1 028	5 984	21 665	7 442	873
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 2	-182 4	- 740	1 037	- 41	919	206	2018	-276
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	-	-	-	1 900	577	494
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	941	2 562	549	1 008	875	2 033	1216	1	531
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	15	-	171	834	218	737	-1 655	- 577	- 145

 $^{^1}$ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

²Ohne Januar-Bezüge.

³BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 24,3 Mio. €, b 342,3 Mio. €, c 0,1 Mio. €, d 342,2 Mio. €, e -318,0 Mio. €, f 100,0 Mio. €.

⁴BY - zu Nr. 43: Der angegebene Kapitalmarktsaldo (NKA) von -182,3 Mio. € ist der valutarische Wert. Beim Jahresabschluss kann eine haushaltsmäßige Schuldentilgung von insgesamt 250 Mio. € dargestellt werden.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2011

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
ı	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	17 798	9 833	8 561	9 026	20 794	3 940	11 032	285 080
11	Einnahmen der laufenden Rechung	14803	9 050	8 087	8 231	19 786	3 826	10 619	267 049
111	Steuereinnahmen	8 963	5 170	6 2 6 8	4834	10 833	2 285	8 689	202 331
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 131	3 360	1 265	2 950	6976	1 175	919	51 090
1121	darunter: Allgemeine BEZ	371	216	29	209	972	168	-	2 5 3 6
1122	Länderfinanzausgleich ¹	817	502	91	486	2 616	508	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	2 995	782	474	795	1 008	115	413	18 031
121	Veräußerungserlöse	2	4	5	17	170	2	122	558
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1	3	0	4	15	1	0	107
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	2 200	456	356	421	529	84	251	12 659
_	Bereinigte Ausgaben ¹	45	2.222	0.256	0.000	24.040	4 == 4	44.504	204.445
2	für das laufende Haushaltsjahr	15 771	9 998	9 256	9 300	21 910	4 554	11 524	294 445
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	12 768	8 577	8 285	7 907	20 302	4033	10 351	258 436
211	Personalausgaben	3 649	2 424	3 3 3 9	2 344	6 607	1 397	3 542	104470
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	187	168	1 153	144	1 656	456	1 218	29 724
212	Laufender Sachaufwand	1 004	922	503	740	5 141	714	2 863	26 086
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	696	381	425	413	2 470	332	1 096	17 212
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	332	776	942	636	2 220	603	832	19 291
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende	5 131	2 720	2 238	2 766	307	141	278	60 667
2141	Rechnung) darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	- 28	540
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 835	2 226	2 150	2 356	7	6	12	55 220
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	3 003	1 420	971	1 392	1 608	521	1 173	36 008
221	Sachinvestitionen	839	234	205	309	383	81	437	7 2 6 4
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 051	590	461	460	144	196	299	13 932
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	3 003	1 420	969	1 389	1 534	519	953	35 253

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2011

					in M	lio.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	2 027	- 165	- 696	- 274	-1 115	- 614	- 493	-9 365
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	- 201	3 950	3 179	2 215	9 251	10 133	-1 226	85 913
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	1 202	3 645	3 041	1 978	8 025	9 657	-	83 219
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo	-1 403	305	138	237	1 227	476	-1 226	2 694
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	486	-	98	11	404	170	4 141
	Geldbestände der								
52	Rücklagen und Sondervermögen	2 154	70	-	-	321	450	2 178	14 888
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	- 521	-416	288	-4	- 564	734	- 885

 $^{^1} In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

²Ohne Januar-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 24,3 Mio. €, b 342,3 Mio. €, c 0,1 Mio. €, d 342,2 Mio. €, e -318,0 Mio. €, f 100,0 Mio. €.

⁴ BY - zu Nr. 43: Der angegebene Kapitalmarktsaldo (NKA) von -182,3 Mio. € ist der valutarische Wert. Beim Jahresabschluss kann eine haushaltsmäßige Schuldentilgung von insgesamt 250 Mio. € dargestellt werden.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	In
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,7		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	1,9	3,3	2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	0,3	1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	2,5	2,5	2,7	22,5
1995	37,8	0,4	50,2	3,2	7,9	1,7	1,3	2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	0,8	0,9	2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	1,7	1,9	2,3	21,0
1998	38,1	1,1	50,9	3,7	8,9	1,9	0,7	1,1	21,1
1999	38,7	1,5	51,2	3,4	8,1	1,9	0,4	0,9	21,3
2000	39,4	1,7	51,6	3,1	7,4	3,1	1,3	2,7	21,5
2001	39,5	0,3	51,7	3,2	7,5	1,5	1,2	2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	0,0	0,6	1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	0,5	0,9	17,8
2004	39,0	0,3	52,2	4,2	9,7	1,2	0,9	0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	0,7	0,8	1,2	17,3
2006	39,2	0,6	52,6	4,2	9,8	3,7	3,1	3,6	18,1
2007	39,9	1,7	52,7	3,6	8,3	3,3	1,5	1,7	18,4
2008	40,3	1,2	52,9	3,1	7,2	1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	0,0	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	0,5	53,1	2,9	6,8	3,7	3,2	1,4	17,5
2011	41,1	1,3	53,2	2,5	5,7	3,0	1,6	1,2	18,2
2006/01	39,1	-0,1	52,1	3,9	9,2	1,0	1,2	1,6	18,2
2011/06	40,2	1,0	53,0	3,3	7,5	1,1	0,2	0,3	18,0

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

 $^{^3}$ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)1	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p.a			
1991							
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,4	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,7	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,7	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+1,9	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+0,9	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,5	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+1,9	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,0	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,7	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,6	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,7	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+3,8	-0,1	+0,1	+0,4	+6,0
2010	+4,3	+0,6	-2,0	+1,4	+1,9	+1,1	-1,5
2011	+3,8	+0,8	-2,4	+1,8	+2,1	+2,3	+1,4
2006/01	+1,9	+0,9	+0,0	+1,0	+1,3	+1,4	-0,5
2011/06	+2,1	+1,0	-0,4	+1,2	+1,5	+1,7	+1,4

 $^{^{1}} Einschl.\ private\ Organisationen\ ohne\ Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mı	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	0,4	0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	9,1	8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	7,8	6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	6,0	4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	12,7	11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	6,9	6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	16,2	18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	7,0	1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	0,9	2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	10,3	7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	8,6	9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	14,6	14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	8,8	5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	3,8	6,1	154,2	153,3	48,1	41,8	6,2	6,2
2009	-16,2	-15,2	118,5	136,7	41,9	37,0	5,0	5,8
2010	16,5	16,7	135,5	143,2	46,8	41,4	5,5	5,8
2011	11,1	12,8	133,5	138,0	50,1	44,9	5,2	5,4
2006/01	7,6	6,0	96,4	73,9	38,6	34,2	4,4	3,3
2011/06	4,1	4,6	140,3	150,7	46,6	40,9	5,8	6,2

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)		quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
Jahr	V	eränderung in % p.a	a.	ir	1 % 	Veränderu	ng in % p.a.
1991		•	•	70,8	70,8	•	
1992	6,7	2,6	8,4	71,9	72,1	10,2	4,0
1993	1,4	-0,8	2,3	72,5	72,9	4,3	0,9
1994	4,1	8,2	2,5	71,4	72,0	1,9	-2,3
1995	3,9	4,9	3,5	71,1	71,8	2,9	-0,9
1996	1,5	3,1	0,8	70,7	71,5	1,2	0,4
1997	1,5	4,2	0,3	69,9	70,8	0,0	-2,5
1998	1,8	1,3	2,0	70,0	71,0	0,8	0,4
1999	1,0	-2,4	2,5	71,1	72,0	1,3	1,3
2000	2,2	-1,5	3,7	72,1	72,9	1,3	1,7
2001	2,3	3,6	1,9	71,8	72,6	2,0	1,3
2002	0,9	1,7	0,6	71,6	72,5	1,4	0,1
2003	1,1	3,2	0,2	71,0	72,1	1,1	-1,3
2004	4,9	16,0	0,3	67,9	69,2	0,5	0,9
2005	1,6	6,4	-0,7	66,4	68,0	0,3	-1,4
2006	5,5	13,3	1,6	63,9	65,5	0,8	-1,2
2007	3,8	5,8	2,7	63,2	64,7	1,5	-0,4
2008	0,9	-3,7	3,6	64,9	66,3	2,2	-0,4
2009	-4,6	-13,5	0,1	68,2	69,6	-0,3	-0,5
2010	5,1	10,5	2,5	66,5	68,0	2,2	1,6
2011	3,5	1,5	4,5	67,2	68,6	3,4	0,1
2006/01	2,8	8,0	0,4	68,8	70,0	0,8	-0,6
2011/06	1,7	-0,3	2,7	65,7	67,1	1,8	0,1

 $^{^1}$ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Jahresprojektion der Bundesregierung vom 18. Januar 2012

Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 12

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren der Europäischen Union verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der EU für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite http://circa.europa.eu/Public/irc/ecfin/outgaps/library.

Die Berechnungen zu den verwendeten Budgetsensitivitäten werden in der folgenden Veröffentlichung beschrieben: Girouard und André (2005), Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries, OECD Economics Department Working Papers 434.

2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigen und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem HP-Filter Rechnung zu tragen.

- 3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- 4. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Jahresprojektion 2012 der Bundesregierung.
- Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch,

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mit Hilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige

Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsensitivität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden (http://www.bundesfinanzministerium. de/nn_17844/DE/BMF__Startseite/Publikationen/Monatsbericht__des__BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/node. html?__nnn=true).

Tabelle 5: Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsensitivität ¹	Konjunkturkomponente ²
		in Mrd. € (nominal)			in Mrd. € (nominal)
2010	2 519,9	2 476,8	-43,1	0,248	-10,7
2011	2 576,1	2 570,0	-6,1	0,160	-1,0
2012	2 652,9	2 626,5	-26,4	0,160	-4,2
2013	2 728,6	2 704,7	-23,9	0,160	-3,8
2014	2 802,4	2 785,0	-17,3	0,160	-2,8
2015	2 876,6	2 867,8	-8,8	0,160	-1,4
2016	2 952,9	2 952,9	0,0	0,160	0,0

¹ Die Budgetsensitivität des Bundes war im Jahr 2010 höher als sie in den Folgejahren ist, da der Bund im Jahr 2010 einmalig einen Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit zahlte und damit die konjunkturellen Effekte hinsichtlich der Einnahmen und der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung zu tragen hatte.

² Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrundeliegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Für die Jahre 2010 bis 2012 entsprechen die hier angegebenen Werte nicht den gemäß der Schuldenregel relevantenen Werten für die Haushaltsaufstellung. Die hierfür maßgeblichen Werte sind dem Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014 bzw. den Haushaltsgesetzen des Bundes ab 2011 zu entnehmen.

Tabelle 6: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial		Produktionslücken				
	preisb	ereinigt	nom	ninal	preisber	einigt	nom	inal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP	
1982	1 444,4	+2,2	950,0	+6,9	-26,8	-1,9	-17,6	-1,9	
1983	1 475,4	+2,1	997,7	+5,0	-35,5	-2,4	-24,0	-2,4	
1984	1 506,7	+2,1	1 039,1	+4,2	-26,2	-1,7	-18,1	-1,7	
1985	1 536,1	+1,9	1 081,8	+4,1	-21,1	-1,4	-14,8	-1,4	
1986	1 567,9	+2,1	1 137,4	+5,1	-18,2	-1,2	-13,2	-1,2	
1987	1 601,3	+2,1	1 176,5	+3,4	-29,9	-1,9	-22,0	-1,9	
1988	1 640,6	+2,5	1 225,7	+4,2	-10,9	-0,7	-8,2	-0,7	
1989	1 686,6	+2,8	1 296,4	+5,8	6,5	0,4	5,0	0,4	
1990	1 745,2	+3,5	1 387,0	+7,0	36,9	2,1	29,3	2,1	
1991	1 799,5	+3,1	1 474,2	+6,3	73,7	4,1	60,4	4,1	
1992	1 849,2	+2,8	1 596,8	+8,3	59,8	3,2	51,6	3,2	
1993	1 893,4	+2,4	1 700,0	+6,5	-3,5	-0,2	-3,1	-0,2	
1994	1 930,4	+2,0	1 776,6	+4,5	6,1	0,3	5,6	0,3	
1995	1 965,7	+1,8	1 845,3	+3,9	3,4	0,2	3,2	0,2	
1996	1 999,5	+1,7	1 889,1	+2,4	-14,9	-0,7	-14,1	-0,7	
1997	2 031,8	+1,6	1 924,6	+1,9	-12,7	-0,6	-12,0	-0,6	
1998	2 063,7	+1,6	1 966,4	+2,2	-7,0	-0,3	-6,7	-0,3	
1999	2 096,2	+1,6	2 001,2	+1,8	-1,0	0,0	-1,0	0,0	
2000	2 128,7	+1,6	2 018,6	+0,9	30,5	1,4	28,9	1,4	
2001	2 161,2	+1,5	2 072,4	+2,7	30,7	1,4	29,5	1,4	
2002	2 192,3	+1,4	2 132,4	+2,9	-0,2	0,0	-0,2	0,0	
2003	2 221,0	+1,3	2 184,0	+2,4	-37,1	-1,7	-36,5	-1,7	
2004	2 248,3	+1,2	2 234,5	+2,3	-39,0	-1,7	-38,8	-1,7	
2005	2 273,8	+1,1	2 273,8	+1,8	-49,4	-2,2	-49,4	-2,2	
2006	2 301,0	+1,2	2 308,2	+1,5	5,7	0,2	5,7	0,2	
2007	2 330,2	+1,3	2 375,6	+2,9	51,9	2,2	52,9	2,2	
2008	2 358,8	+1,2	2 423,3	+2,0	49,2	2,1	50,5	2,1	
2009	2 381,1	+0,9	2 475,0	+2,1	-96,6	-4,1	-100,5	-4,1	
2010	2 410,0	+1,2	2 5 1 9, 9	+1,8	-41,3	-1,7	-43,1	-1,7	
2011	2 444,8	+1,4	2 576,1	+2,2	-5,8	-0,2	-6,1	-0,2	
2012	2 480,3	+1,5	2 652,9	+3,0	-24,7	-1,0	-26,4	-1,0	
2013	2 517,9	+1,5	2 728,6	+2,9	-22,0	-0,9	-23,9	-0,9	
2014	2 551,8	+1,3	2 802,4	+2,7	-15,8	-0,6	-17,3	-0,6	
2015	2 584,8	+1,3	2 876,6	+2,6	-7,9	-0,3	-8,8	-0,3	
2016	2 618,3	+1,3	2 952,9	+2,7	0,0	0,0	0,0	0,0	

Tabelle 7: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1982	+2,2	1,1	0,2	1,0
1983	+2,1	1,2	0,1	0,9
1984	+2,1	1,3	0,0	0,9
1985	+1,9	1,3	-0,2	0,8
1986	+2,1	1,4	-0,2	0,8
1987	+2,1	1,5	-0,2	0,8
1988	+2,5	1,6	0,0	0,8
1989	+2,8	1,7	0,2	0,9
1990	+3,5	1,8	0,8	0,9
1991	+3,1	1,7	0,3	1,0
1992	+2,8	1,6	0,0	1,1
1993	+2,4	1,4	-0,1	1,1
1994	+2,0	1,3	-0,3	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,7	1,0	-0,2	0,9
1997	+1,6	1,0	-0,2	0,9
1998	+1,6	0,9	-0,2	0,9
1999	+1,6	0,9	-0,2	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,9
2001	+1,5	1,0	-0,3	0,8
2002	+1,4	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,2	0,8	-0,1	0,5
2005	+1,1	0,7	-0,1	0,5
2006	+1,2	0,7	0,0	0,5
2007	+1,3	0,6	0,1	0,5
2008	+1,2	0,6	0,1	0,5
2009	+0,9	0,4	0,1	0,4
2010	+1,2	0,5	0,3	0,4
2011	+1,4	0,5	0,6	0,4
2012	+1,5	0,6	0,5	0,4
2013	+1,5	0,7	0,4	0,4
2014	+1,3	0,7	0,1	0,5
2015	+1,3	0,8	0,0	0,5
2016	+1,3	0,8	0,0	0,5

 $^{^{1}} Abweichungen \, des \, ausgewiesen en \, Potenzial wachstums \, von \, der \, Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungs bedingt.$

Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt ¹	nomin	al
	in Mrd . €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,2
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,5
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,4
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,7
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,5
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,8
1991	1 873,2	+5,1	1 534,6	+8,4
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,4
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,9
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	+5,0
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,7
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,4
1997	2019,1	+1,7	1 912,6	+2,0
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,5
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,1
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3
2006	2 306,7	+3,7	2 3 1 3,9	+4,0
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9
2009	2 284,5	-5,1	2 374,5	-4,0
2010	2 3 6 8 , 8	+3,7	2 476,8	+4,3
2011	2 439,1	+3,0	2 570,0	+3,8
2012	2 455,7	+0,7	2 626,5	+2,2
2013	2 495,8	+1,6	2 704,7	+3,0
2014	2 536,0	+1,6	2 785,0	+3,0
2015	2 576,9	+1,6	2 867,8	+3,0
2016	2 618,3	+1,6	2 952,9	+3,0

¹Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2005=100).

Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	ätige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahı
982	52 069	+1,3	69,2	69,1	33 734	-0,8
983	52 586	+1,0	69,7	69,6	33 427	-0,9
984	52 916	+0,6	70,2	69,9	33 715	+0,9
985	53 020	+0,2	70,8	70,8	34 188	+1,4
986	53 093	+0,1	71,5	71,4	34 845	+1,9
987	53 124	+0,1	72,1	72,2	35 331	+1,
988	53 294	+0,3	72,6	72,9	35 834	+1,
989	53 664	+0,7	73,1	73,1	36 507	+1,
990	54 518	+1,6	73,4	73,5	37 657	+3,
991	55 023	+0,9	73,6	74,3	38 712	+2,
992	55 349	+0,6	73,6	73,6	38 183	-1,
993	55 613	+0,5	73,6	73,3	37 695	-1,:
994	55 686	+0,1	73,7	73,6	37 667	-0,
995	55 775	+0,2	73,8	73,6	37 802	+0,4
996	55 907	+0,2	74,0	73,8	37 772	-0,
997	55 980	+0,1	74,4	74,2	37716	-0,
998	55 991	+0,0	74,8	74,8	38 148	+1,
999	55 952	-0,1	75,3	75,3	38 721	+1,
000	55 852	-0,2	75,8	76,1	39 382	+1,
001	55 772	-0,1	76,4	76,5	39 485	+0,
002	55 719	-0,1	76,9	76,8	39 257	-0,
003	55 596	-0,2	77,5	77,0	38 918	-0,9
004	55 359	-0,4	78,1	78,0	39 034	+0,:
005	55 063	-0,5	78,7	79,1	38 976	-0,
006	54746	-0,6	79,2	79,3	39 192	+0,
007	54 496	-0,5	79,7	79,7	39 857	+1,
008	54 276	-0,4	80,1	80,1	40 345	+1,
009	54 006	-0,5	80,5	80,7	40 362	+0,0
010	53 861	-0,3	80,8	80,8	40 553	+0,
011	53 832	-0,1	81,0	81,0	41 094	+1,
012	53 750	-0,2	81,3	81,2	41 314	+0,
013	53 603	-0,3	81,5	81,5	41 394	+0,,
014	53 391	-0,4	81,8	81,7	41 394	+0,0
015	53 128	-0,5	82,1	82,0	41 394	+0,
016	52 838	-0,5	82,5	82,4	41 394	+0,1
017	52 521	-0,6	82,9	82,9		
018	52 185	-0,6	83,3	83,3		
019	51 834	-0,7	83,7	83,8		

 $^{^112.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	szeit je Erwerbs	tätigen, Arbeitsst	unden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslos	e, Inländer
Jahr	Tre	nd	Tatsächlich bzw	. prognostiziert			in % der Erwerbs-	NAIRU ³
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in%ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen ²	
1982	1712	-0,9	1 711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,5
1983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,2
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,6
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	7,0
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,2
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,3
1988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,3
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,3
1990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,2
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,1
1992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34 567	-1,7	6,2	7,1
1993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34 020	-1,6	7,5	7,2
1994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,3
1995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,4
1996	1 516	-0,7	1 511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,6
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,8
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34 189	+1,1	8,9	8,0
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34735	+1,6	8,1	8,2
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,3
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,5
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6
2003	1 440	-0,6	1 436	-0,4	34800	-1,1	9,1	8,7
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34777	-0,1	9,6	8,7
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34559	-0,6	10,5	8,6
2006	1 422	-0,4	1 424	-0,5	34736	+0,5	9,8	8,4
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,1
2008	1 412	-0,3	1 422	-0,0	35 866	+1,4	7,2	7,7
2009	1 408	-0,3	1 383	-2,8	35 894	+0,1	7,4	7,3
2010	1 407	-0,1	1 408	+1,8	36 065	+0,5	6,8	6,8
2011	1 407	-0,0	1 414	+0,4	36 549	+1,3	5,7	6,3
2012	1 407	+0,0	1 409	-0,3	36 709	+0,4	5,4	5,8
2013	1 408	+0,0	1 409	-0,0	36 749	+0,1	5,2	5,2
2014	1 408	+0,0	1 408	-0,0	36 749	+0,0	5,1	5,0
2015	1 408	-0,0	1 408	-0,0	36 749	+0,0	5,0	4,8
2016	1 407	-0,0	1 408	-0,0	36 749	+0,0	4,9	4,8
2017	1 407	-0,0	1 407	-0,1				
2018	1 406	-0,0	1 406	-0,0				
2019	1 406	-0,0	1 406	-0,0				

 $^{^112.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1.$

 $^{{}^2\,} Erwerbs lose nquote \, nach \, Definition \, der \, International \, Labour \, Organization \, (ILO).$

³ NAIRU - Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment.

Tabelle 10: Kapital stock und Investitionen

	Bruttoanlag	jevermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	ereinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6 823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7
1987	7 3 1 5 , 5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 3 7 8 , 1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
1996	9384,7	+2,7	378,6	-0,6	1,5
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7
2000	10361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7
2003	10984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	443,0	+1,7	2,2
2009	11 982,8	+1,3	392,5	-11,4	2,0
2010	12 111,4	+1,1	414,1	+5,5	2,4
2011	12 241,2	+1,1	441,1	+6,5	2,6
2012	12 381,6	+1,1	447,7	+1,5	2,5
2013	12 539,4	+1,3	463,8	+3,6	2,5
2014	12 705,0	+1,3	477,5	+3,0	2,5
2015	12 881,6	+1,4	491,6	+3,0	2,5
2016	13 068,0	+1,4	506,1	+3,0	2,5

Tabelle 11: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1982	-7,4314	-7,4187
1983	-7,4141	-7,4070
1984	-7,3961	-7,3945
1985	-7,3814	-7,3812
1986	-7,3718	-7,3672
1987	-7,3662	-7,3523
1988	-7,3450	-7,3362
1989	-7,3180	-7,3191
1990	-7,2866	-7,3016
1991	-7,2573	-7,2844
1992	-7,2459	-7,2684
1993	-7,2510	-7,2542
1994	-7,2351	-7,2415
1995	-7,2238	-7,2302
1996	-7,2171	-7,2200
1997	-7,2052	-7,2104
1998	-7,2001	-7,2011
1999	-7,1966	-7,1917
2000	-7,1770	-7,1819
2001	-7,1639	-7,1722
2002	-7,1615	-7,1632
2003	-7,1628	-7,1550
2004	-7,1585	-7,1473
2005	-7,1532	-7,1401
2006	-7,1223	-7,1328
2007	-7,1056	-7,1264
2008	-7,1082	-7,1209
2009	-7,1474	-7,1166
2010	-7,1296	-7,1117
2011	-7,1154	-7,1066
2012	-7,1139	-7,1009
2013	-7,1033	-7,0943
2014	-7,0917	-7,0870
2015	-7,0804	-7,0791
2016	-7,0693	-7,0708

Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0
1999	95,5	+0,2	92,1	+0,4	1 073,7	+2,5
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,7	1 229,4	+3,6
2009	103,9	+1,2	104,2	+0,1	1 230,6	+0,1
2010	104,6	+0,6	106,3	+1,9	1 261,4	+2,5
2011	105,4	+0,8	108,5	+2,1	1 318,4	+4,5
2012	107,0	+1,5	110,4	+1,7	1 349,5	+2,4
2013	108,4	+1,3	112,2	+1,6	1 379,5	+2,2
2014	109,8	+1,3	114,0	+1,6	1 413,0	+2,4
2015	111,3	+1,3	115,9	+1,6	1 448,6	+2,5
2016	112,8	+1,3	117,8	+1,6	1 485,1	+2,5

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

land					jährliche\	Veränderun	gen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,7	+3,1	+0,7	+1,1	-5,1	+3,7	+2,9	+0,8	+1,5
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,7	+1,0	-2,8	+2,3	+2,2	+0,9	+1,5
Estland	-	-	+4,5	+10,0	+8,9	-3,7	-14,3	+2,3	+8,0	+3,2	+4,0
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-0,2	-3,2	-3,5	-5,5	-2,8	+0,7
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	+0,9	-3,7	-0,1	+0,7	+0,7	+1,4
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	-0,1	-2,7	+1,5	+1,6	+0,6	+1,4
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+9,3	+5,3	-3,0	-7,0	-0,4	+1,1	+1,1	+2,3
Italien	+2,8	+2,1	+2,8	+3,7	+0,9	-1,2	-5,1	+1,5	+0,5	+0,1	+0,7
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+3,6	-1,9	+1,1	+0,3	+0,0	+1,8
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,4	+0,8	-5,3	+2,7	+1,6	+1,0	+2,3
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,7	+4,4	-2,7	+2,7	+2,1	+1,3	+2,0
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+1,8	-3,5	+1,7	+1,8	+0,5	+1,3
Österreich	+2,5	+4,2	+2,8	+3,7	+2,4	+1,4	-3,8	+2,3	+2,9	+0,9	+1,9
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+0,0	-2,5	+1,4	-1,9	-3,0	+1,1
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+5,9	-4,9	+4,2	+2,9	+1,1	+2,9
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	+3,6	-8,0	+1,4	+1,1	+1,0	+1,5
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+1,0	-8,2	+3,6	+3,1	+1,4	+1,7
Euroraum	+2,2	+3,5	+2,3	+3,8	+1,7	+0,4	-4,2	+1,9	+1,5	+0,5	+1,3
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+6,2	-5,5	+0,2	+2,2	+2,3	+3,0
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	-1,1	-5,2	+1,7	+1,2	+1,4	+1,7
Lettland	-	-	-0,9	+6,1	+10,1	-3,3	-17,7	-0,3	+4,5	+2,5	+4,0
Litauen	-	-	+3,3	+3,3	+7,8	+2,9	-14,8	+1,4	+6,1	+3,4	+3,8
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+5,1	+1,6	+3,9	+4,0	+2,5	+2,8
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	+7,3	-6,6	-1,9	+1,7	+2,1	+3,4
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	-0,6	-5,2	+5,6	+4,0	+1,4	+2,1
Tschechien	-	-	+5,9	+4,2	+6,8	+3,1	-4,7	+2,7	+1,8	+0,7	+1,7
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	+0,9	-6,8	+1,3	+1,4	+0,5	+1,4
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,5	+2,1	-1,1	-4,4	+1,8	+0,7	+0,6	+1,5
EU	+2,5	+3,0	+2,6	+3,9	+2,0	+0,3	-4,2	+2,0	+1,6	+0,6	+1,5
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,9	+1,9	-1,2	-6,3	+4,0	-0,4	+1,8	+1,0
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	-0,4	-3,5	+3,0	+1,6	+1,5	+1,3

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2011. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

l a a d			jährlich	ne Veränderunger	nin%		
Land	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	+2,3	+2,8	+0,2	+1,2	+2,4	+1,7	+1,8
Belgien	+1,8	+4,5	+0,0	+2,3	+3,5	+2,0	+1,9
Estland	+6,7	+10,6	+0,2	+2,7	+5,2	+3,3	+2,8
Griechenland	+3,0	+4,2	+1,3	+4,7	+3,0	+0,8	+0,8
Spanien	+2,8	+4,1	-0,2	+2,0	+3,0	+1,1	+1,3
Frankreich	+1,6	+3,2	+0,1	+1,7	+2,2	+1,5	+1,4
Irland	+2,9	+3,1	-1,7	-1,6	+1,1	+0,7	+1,2
Italien	+2,0	+3,5	+0,8	+1,6	+2,7	+2,0	+1,9
Zypern	+2,2	+4,4	+0,2	+2,6	+3,4	+2,8	+2,3
Luxemburg	+2,7	+4,1	+0,0	+2,8	+3,6	+2,1	+2,5
Malta	+0,7	+4,7	+1,8	+2,0	+2,6	+2,2	+2,3
Niederlande	+1,6	+2,2	+1,0	+0,9	+2,5	+1,9	+1,3
Österreich	+2,2	+3,2	+0,4	+1,7	+3,4	+2,2	+2,1
Portugal	+2,4	+2,7	-0,9	+1,4	+3,5	+3,0	+1,5
Slowakei	+1,9	+3,9	+0,9	+0,7	+4,0	+1,7	+2,1
Slowenien	+3,8	+5,5	+0,9	+2,1	+1,9	+1,3	+1,2
Finnland	+1,6	+3,9	+1,6	+1,7	+3,2	+2,6	+1,8
Euroraum	+2,1	+3,3	+0,3	+1,6	+2,6	+1,7	+1,6
Bulgarien	+7,6	+12,0	+2,5	+3,0	+3,6	+3,1	+3,0
Dänemark	+1,7	+3,6	+1,1	+2,2	+2,6	+1,7	+1,8
Lettland	+10,1	+15,3	+3,3	-1,2	+4,2	+2,4	+2,0
Litauen	+5,8	+11,1	+4,2	+1,2	+4,0	+2,7	+2,8
Polen	+2,6	+4,2	+4,0	+2,7	+3,7	+2,7	+2,9
Rumänien	+4,9	+7,9	+5,6	+6,1	+5,9	+3,4	+3,4
Schweden	+1,7	+3,3	+1,9	+1,9	+1,5	+1,3	+1,6
Tschechien	+3,0	+6,3	+0,6	+1,2	+1,8	+2,7	+1,6
Ungarn	+7,9	+6,0	+4,0	+4,7	+4,0	+4,5	+4,1
Vereinigtes Königreich	+2,3	+3,6	+2,2	+3,3	+4,3	+2,9	+2,0
EU	+2,4	+3,7	+1,0	+2,1	+3,0	+2,0	+1,8
Japan	+0,0	+1,4	-1,4	-0,7	-0,2	-0,1	+0,8
USA	+2,8	+3,8	-0,4	+1,6	+3,2	+1,9	+2,2

Quelle:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				ir	n % der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	11,2	7,5	7,8	7,1	6,1	5,9	5,8
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,0	7,9	8,3	7,6	7,7	7,9
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	5,5	13,8	16,9	12,5	11,2	10,1
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	7,7	9,5	12,6	16,6	18,4	18,4
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	11,3	18,0	20,1	20,9	20,9	20,3
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	7,8	9,5	9,8	9,8	10,0	10,1
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	6,3	11,9	13,7	14,4	14,3	13,6
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,7	7,8	8,4	8,1	8,2	8,2
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,3	3,7	5,3	6,2	7,2	7,5	7,1
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,9	5,1	4,6	4,5	4,8	4,7
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,3	6,0	6,9	6,9	6,7	6,8	6,6
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,1	3,7	4,5	4,5	4,7	4,8
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	3,8	4,8	4,4	4,2	4,5	4,2
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	8,5	10,6	12,0	12,6	13,6	13,7
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	9,5	12,0	14,4	13,2	13,2	12,3
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	4,4	5,9	7,3	8,2	8,4	8,2
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	6,4	8,2	8,4	7,8	7,7	7,4
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,5	9,2	7,6	9,6	10,1	10,0	10,1	10,0
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	5,6	6,8	10,2	12,2	12,1	11,3
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,3	6,0	7,4	7,4	7,3	7,1
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	7,5	17,1	18,7	16,1	15,0	13,5
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	5,8	13,7	17,8	15,1	13,3	11,6
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	7,1	8,2	9,6	9,3	9,2	8,6
Rumänien	-	-	6,0	6,8	7,2	5,8	6,9	7,3	8,2	7,8	7,4
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	6,2	8,3	8,4	7,4	7,4	7,3
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	4,4	6,7	7,3	6,8	7,0	6,7
Ungarn	-	-	9,9	6,4	7,2	7,8	10,0	11,2	11,2	11,0	11,3
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,6	7,6	7,8	7,9	8,6	8,5
EU	9,4	7,2	10,3	8,7	9,0	7,1	9,0	9,7	9,7	9,8	9,6
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	4,0	5,1	5,1	4,9	4,8	4,7
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	5,8	9,3	9,6	9,0	9,0	8,8

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2011. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoii	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	ısbilanz	
			Verände	rung gege	enüber Vorjahr in %				in % des nominalen Bruttoinlandprodukts			
	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹	2009	2010	2011 1	2012 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	-6,4	+4,6	+4,6	+4,4	+11,2	+7,2	+10,3	+8,7	2,5	3,8	4,6	2,9
darunter												
Russische Föderation	-7,8	+4,0	+4,3	+4,1	+11,7	+6,9	+8,9	+7,3	4,1	4,8	5,5	3,
Ukraine	-14,5	+4,2	+4,7	+4,8	+15,9	+9,4	+9,3	+9,1	-1,5	-2,1	-3,9	-5,
Asien	+7,2	+9,5	+8,2	+8,0	+3,1	+5,7	+7,0	+5,1	3,7	3,3	3,3	3,
darunter												
China	+9,2	+10,3	+9,5	+9,0	-0,7	+3,3	+5,5	+3,3	5,2	5,2	5,2	5,
Indien	+6,8	+10,1	+7,8	+7,5	+10,9	+12,0	+10,6	+8,6	-2,8	-2,6	-2,2	-2,
Indonesien	+4,6	+6,1	+6,4	+6,3	+4,8	+5,1	+5,7	+6,5	2,5	0,8	0,2	-0,
Korea	+0,3	+6,2	+3,9	+4,4	+2,8	+3,0	+4,5	+3,5	3,9	2,8	1,5	1,
Thailand	-2,4	+7,8	+3,5	+4,8	-0,8	+3,3	+4,0	+4,1	8,3	4,6	4,8	2,
Lateinamerika	-1,7	+6,1	+4,5	+4,0	+6,0	+6,0	+6,7	+6,0	-0,6	-1,2	-1,4	-1,
darunter												
Argentinien	+0,8	+9,2	+8,0	+4,6	+6,3	+10,5	+11,5	+11,8	2,1	0,8	-0,3	-0,
Brasilien	-0,6	+7,5	+3,8	+3,6	+4,9	+5,0	+6,6	+5,2	-1,5	-2,3	-2,3	-2,
Chile	-1,7	+5,2	+6,5	+4,7	+1,7	+1,5	+3,1	+3,1	1,6	1,9	0,1	-1,
Mexiko	-6,2	+5,4	+3,8	+3,6	+5,3	+4,2	+3,4	+3,1	-0,7	-0,5	-1,0	-0,
Sonstige												
Türkei	-4,8	+8,9	+6,6	+2,2	+6,3	+8,6	+6,0	+6,9	-2,3	-6,6	-10,3	-7,
Südafrika	-1,7	+2,8	+3,4	+3,6	+7,1	+4,3	+5,9	+5,0	-4,1	-2,8	-2,8	-3,

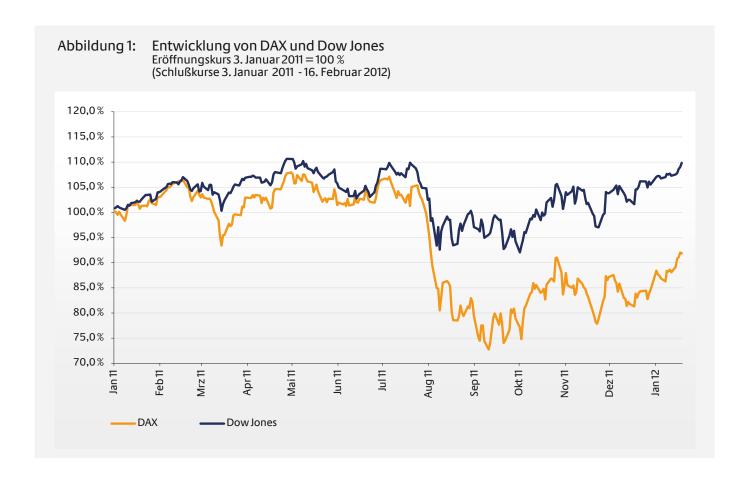
¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook September 2011.

 $Kennzahlen\ zur\ gesamtwirtschaftlichen\ Entwicklung$

	••	
T 47		
	I IDARSICHT WAITTINGNO	marvta
Tabelle II.	Übersicht Weltfinanz	lliainte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	16.02.2012	2011	zu Ende 2011	2011/2012	2011/2012
Dow Jones	12 904	12 218	+5,6	10 655	12 904
Eurostoxx 50	2 489	2317	+7,5	1 995	3 068
Dax	6752	5 898	+14,5	5 072	7 528
CAC 40	3 393	3 160	+7,4	2 782	4 157
Nikkei	9 238	8 455	+9,3	8 160	10 858
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	16.02.2012	2011	US-Bond	2011/2012	2011/2012
USA	1,99	1,89	-	1,73	3,78
Deutschland	1,83	1,83	-0,2	1,68	3,49
Japan	0,95	0,99	-1,0	0,95	1,36
Vereinigtes Königreich	2,09	1,95	+0,1	1,95	3,90
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	16.02.2012	2011	zu Ende 2011	2011/2012	2011/2012
Dollar/Euro	1,30	1,29	+0,3	1,27	1,49
Yen/Dollar	78,89	76,86	+2,6	75,79	85,39
Yen/Euro	102,31	100,20	+2,1	97,25	122,80
Pfund/Euro	0,83	0,84	-0,8	0,82	0,91



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Deutschland												
EU-KOM	+3,7	+2,9	+0,8	+1,5	+1,2	+2,4	+1,7	+1,8	7,1	6,1	5,9	5,8
OECD	+3,6	+3,0	+0,6	+1,9	+1,2	+2,4	+1,6	+1,5	6,8	5,9	5,7	5,5
IWF	+3,6	+2,7	+1,3	-	+1,2	+2,2	+1,3	-	7,1	6,0	6,2	-
USA												
EU-KOM	+3,0	+1,6	+1,5	+1,3	+1,6	+3,2	+1,9	+2,2	9,6	9,0	9,0	8,8
OECD	+3,0	+1,7	+2,0	+2,5	+1,6	+3,2	+2,4	+1,4	9,6	9,0	8,9	8,6
IWF	+3,0	+1,5	+1,8	-	+1,6	+3,0	+1,2	-	9,6	9,1	9,0	-
Japan												
EU-KOM	+4,0	-0,4	+1,8	+1,0	-0,7	-0,2	-0,1	+0,8	5,1	4,9	4,8	4,7
OECD	+4,1	-0,3	+2,0	+1,6	-0,7	-0,3	-0,6	-0,3	5,1	4,6	4,5	4,4
IWF	+4,0	-0,5	+2,3	-	-0,7	-0,4	-0,5	-	5,1	4,9	4,8	-
Frankreich												
EU-KOM	+1,5	+1,6	+0,6	+1,4	+1,7	+2,2	+1,5	+1,4	9,8	9,8	10,0	10,1
OECD	+1,4	+1,6	+0,3	+1,4	+1,7	+2,1	+1,4	+1,1	9,4	9,2	9,7	9,8
IWF	+1,4	+1,7	+1,4	-	+1,7	+2,1	+1,4	-	9,8	9,5	9,2	-
Italien												
EU-KOM	+1,5	+0,5	+0,1	+0,7	+1,6	+2,7	+2,0	+1,9	8,4	8,1	8,2	8,2
OECD	+1,5	+0,7	-0,5	+0,5	+1,6	+2,7	+1,7	+1,1	8,4	8,1	8,3	8,6
IWF	+1,3	+0,6	+0,3	-	+1,6	+2,6	+1,6	-	8,4	8,2	8,5	-
Vereinigtes												
Königreich EU-KOM	110	10.7	10.6	115	122	142	120	12.0	7.0	7,9	9.6	0 =
	+1,8	+0,7	+0,6	+1,5	+3,3	+4,3	+2,9	+2,0	7,8		8,6	8,5
OECD	+1,8	+0,9	+0,5	+1,8	+3,3	+4,5	+2,7	+1,3	7,9	8,1	8,8	9,1
IWF	+1,4	+1,1	+1,6	-	+3,3	+4,5	+2,4	-	7,9	7,8	7,8	-
Kanada EU-KOM	_	_		_	-	_	_	_		_	_	_
					+1,8				- 8 O	7,4	7,3	
OECD IWF	+3,2 +3,2	+2,2 +2,1	+1,9 +1,9	+2,5	+1,8	+2,8 +2,9	+1,6 +2,1	+1,4	8,0 8,0	7,4 7,6	7,3 7,7	7,2
Euroraum	⊤3,2	TZ,1	+1,5	-	т1,0	72,3	₹2,1	-	6,0	7,0	7,7	
EU-KOM	+1,9	+1,5	+0,5	+1,3	+1,6	+2,6	+1,7	+1,6	10,1	10,0	10,1	10,0
OECD	+1,8	+1,6	+0,2	+1,4	+1,6	+2,6	+1,6	+1,2	9,9	9,9	10,1	10,0
IWF	+1,8	+1,6	+1,1	T1,4 -	+1,6	+2,5	+1,5	- 1,2	10,1	9,9	9,9	10,3
EZB	+1,8	+1,6	+0,3	+1,3	+1,6	+2,7	+2,0	+1,5	-	9,9	9,9	
EU-27	1.1.0	11,0	10,3	11,3	1 1,0	12,1	12,0	11,5	-	-	-	-
EU-Z7	+2,0	⊥ 1 6	±0.6	+1,5	+2,1	T3 0	±2 ∩	+1,8	9,7	9,7	9,8	9,6
		+1,6	+0,6	⊤1,5		+3,0	+2,0	⊤1,8			9,8	9,6
IWF	+1,8	+1,7	+1,4		+2,0	+3,0	+1,8		-	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2011.

IWF: Weltwirts chafts ausblick (WEO), September 2011 & Regionaler Wirtschafts ausblick Europa, Oktober 2011.

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; Dezember 2011 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise	Arbeitslosenquote				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Belgien												
EU-KOM	+2,3	+2,2	+0,9	+1,5	+2,3	+3,5	+2,0	+1,9	8,3	7,6	7,7	7,9
OECD	+2,3	+2,0	+0,5	+1,6	+2,3	+3,4	+2,3	+1,7	8,3	7,0	7,3	7,6
IWF	+2,1	+2,4	+1,5	-	+2,3	+3,2	+2,0	-	8,4	7,9	8,1	-
Estland												
EU-KOM	+2,3	+8,0	+3,2	+4,0	+2,7	+5,2	+3,3	+2,8	16,9	12,5	11,2	10,1
OECD	+2,3	+8,0	+3,2	+4,4	+2,7	+5,1	+3,2	+3,2	16,8	12,3	10,8	10,0
IWF	+3,1	+6,5	+4,0	-	+2,9	+5,1	+3,5	-	16,9	13,5	11,5	-
Finnland												
EU-KOM	+3,6	+3,1	+1,4	+1,7	+1,7	+3,2	+2,6	+1,8	8,4	7,8	7,7	7,4
OECD	+3,6	+3,0	+1,4	+2,0	+1,7	+3,2	+2,6	+1,8	8,4	7,9	8,0	7,7
IWF	+3,6	+3,5	+2,2	-	+1,7	+3,1	+2,0	-	8,4	7,8	7,6	-
Griechenland												
EU-KOM	-3,5	-5,5	-2,8	+0,7	+4,7	+3,0	+0,8	+0,8	12,6	16,6	18,4	18,4
OECD	-3,5	-6,1	-3,0	+0,5	+4,7	+3,0	+1,1	+0,2	12,5	16,6	18,5	18,7
IWF	-4,4	-5,0	-2,0	-	+4,7	+2,9	+1,0	-	12,5	16,5	18,5	-
Irland												
EU-KOM	-0,4	+1,1	+1,1	+2,3	-1,6	+1,1	+0,7	+1,2	13,7	14,4	14,3	13,6
OECD	-0,4	+1,2	+1,0	+2,4	-1,6	+1,1	+0,8	+0,9	13,5	14,1	14,1	13,7
IWF	-0,4	+0,4	+1,5	-	-1,6	+1,1	+0,6	-	13,6	14,3	13,9	-
Luxemburg												
EU-KOM	+2,7	+1,6	+1,0	+2,3	+2,8	+3,6	+2,1	+2,5	4,6	4,5	4,8	4,7
OECD	+2,7	+2,0	+0,4	+2,2	+2,8	+3,5	+1,6	+2,3	6,0	6,0	6,3	6,0
IWF	+3,5	+3,6	+2,7	-	+2,3	+3,6	+1,4	-	6,2	5,8	6,0	-
Malta												
EU-KOM	+2,7	+2,1	+1,3	+2,0	+2,0	+2,6	+2,2	+2,3	6,9	6,7	6,8	6,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,1	+2,4	+2,2	-	+2,0	+2,6	+2,3	-	6,9	6,3	6,2	-
Niederlande												
EU-KOM	+1,7	+1,8	+0,5	+1,3	+0,9	+2,5	+1,9	+1,3	4,5	4,5	4,7	4,8
OECD	+1,6	+1,4	+0,3	+1,5	+0,9	+2,5	+2,2	+1,8	4,4	4,3	4,5	4,2
IWF	+1,6	+1,6	+1,3	-	+0,9	+2,5	+2,0	-	4,5	4,2	4,2	-
Österreich												
EU-KOM	+2,3	+2,9	+0,9	+1,9	+1,7	+3,4	+2,2	+2,1	4,4	4,2	4,5	4,2
OECD	+2,4	+3,2	+0,6	+1,8	+1,7	+3,5	+1,9	+1,7	4,4	4,2	4,4	4,4
IWF	+2,1	+3,3	+1,6	-	+1,7	+3,2	+2,2	-	4,4	4,1	4,1	-

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Portugal													
EU-KOM	+1,4	-1,9	-3,0	+1,1	+1,4	+3,5	+3,0	+1,5	12,0	12,6	13,6	13,7	
OECD	+1,4	-1,6	-3,2	+0,5	+1,4	+3,5	+2,6	+1,1	10,8	12,5	13,8	14,2	
IWF	+1,3	-2,2	-1,8	-	+1,4	+3,4	+2,1	-	12,0	12,2	13,4	-	
Slowakei													
EU-KOM	+4,2	+2,9	+1,1	+2,9	+0,7	+4,0	+1,7	+2,1	14,4	13,2	13,2	12,3	
OECD	+4,2	+3,0	+1,8	+3,6	+0,7	+4,1	+2,9	+2,8	14,4	13,4	13,2	12,3	
IWF	+4,0	+3,3	+3,3	-	+0,7	+3,6	+1,8	-	14,4	13,4	12,3	-	
Slowenien													
EU-KOM	+1,4	+1,1	+1,0	+1,5	+2,1	+1,9	+1,3	+1,2	7,3	8,2	8,4	8,2	
OECD	+1,4	+1,0	+0,3	+1,8	+2,1	+1,8	+1,3	+1,7	-	-	-	-	
IWF	+1,2	+1,9	+2,0	-	+1,8	+1,8	+2,1	-	7,3	8,2	8,0	-	
Spanien													
EU-KOM	-0,1	+0,7	+0,7	+1,4	+2,0	+3,0	+1,1	+1,3	20,1	20,9	20,9	20,3	
OECD	-0,1	+0,7	+0,3	+1,3	+2,0	+3,0	+1,4	+0,9	20,1	21,5	22,9	22,7	
IWF	-0,1	+0,8	+1,1	-	+2,0	+2,9	+1,5	-	20,1	20,7	19,7	-	
Zypern													
EU-KOM	+1,1	+0,3	+0,0	+1,8	+2,6	+3,4	+2,8	+2,3	6,2	7,2	7,5	7,1	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+1,0	+0,0	+1,0	_	+2,6	+4,0	+2,4	-	6,4	7,4	7,2	-	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2011.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), September 2011 \& Regionaler Wirtschafts ausblick Europa, Oktober 2011.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Bulgarien													
EU-KOM	+0,2	+2,2	+2,3	+3,0	+3,0	+3,6	+3,1	+3,0	10,2	12,2	12,1	11,3	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+0,2	+2,5	+3,0	-	+3,0	+3,8	+2,9	-	10,3	10,2	9,5	-	
Dänemark													
EU-KOM	+1,7	+1,2	+1,4	+1,7	+2,2	+2,6	+1,7	+1,8	7,4	7,4	7,3	7,1	
OECD	+1,7	+1,1	+0,7	+1,4	+2,3	+2,7	+1,8	+1,8	7,2	7,2	7,2	7,0	
IWF	+1,7	+1,5	+1,5	-	+2,3	+3,2	+2,4	-	4,2	4,5	4,4	-	
Lettland													
EU-KOM	-0,3	+4,5	+2,5	+4,0	-1,2	+4,2	+2,4	+2,0	18,7	16,1	15,0	13,5	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-0,3	+4,0	+3,0	-	-1,2	+4,2	+2,3	-	19,0	16,1	14,5	-	
Litauen													
EU-KOM	+1,4	+6,1	+3,4	+3,8	+1,2	+4,0	+2,7	+2,8	17,8	15,1	13,3	11,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+1,3	+6,0	+3,4	-	+1,2	+4,2	+2,6	-	17,8	15,5	14,0	-	
Polen													
EU-KOM	+3,9	+4,0	+2,5	+2,8	+2,7	+3,7	+2,7	+2,9	9,6	9,3	9,2	8,6	
OECD	+3,8	+4,2	+2,5	+2,5	+2,6	+4,0	+2,5	+2,5	9,6	9,6	9,9	10,2	
IWF	+3,8	+3,8	+3,0	-	+2,6	+4,0	+2,8	-	9,6	9,4	9,2	-	
Rumänien													
EU-KOM	-1,9	+1,7	+2,1	+3,4	+6,1	+5,9	+3,4	+3,4	7,3	8,2	7,8	7,4	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-1,3	+1,5	+3,5	-	+6,1	+6,4	+4,3	-	7,6	5,0	4,8	-	
Schweden													
EU-KOM	+5,6	+4,0	+1,4	+2,1	+1,9	+1,5	+1,3	+1,4	8,4	7,4	7,4	7,3	
OECD	+5,4	+4,1	+1,3	+2,3	+1,2	+2,9	+1,1	+1,4	8,4	7,5	7,5	7,0	
IWF	+5,7	+4,4	+3,8		+1,9	+3,0	+2,5		8,4	7,4	6,6		
Tschechien													
EU-KOM	+2,7	+1,8	+0,7	+1,7	+1,2	+1,8	+2,7	+1,6	7,3	6,8	7,0	6,7	
OECD	+2,7	+2,1	+1,6	+3,0	+1,5	+1,7	+3,1	+2,0	7,3	6,9	6,7	6,4	
IWF	+2,3	+2,0	+1,8	-	+1,5	+1,8	+2,0	-	7,3	6,7	6,6	-	
Ungarn													
EU-KOM	+1,3	+1,4	+0,5	+1,4	+4,7	+4,0	+4,5	+4,1	11,2	11,2	11,0	11,3	
OECD	+1,3	+1,5	-0,6	+1,1	+4,9	+3,9	+4,9	+2,9	11,2	11,0	11,9	11,8	
IWF	+1,2	+1,8	+1,7	-	+4,9	+3,7	+3,0	-	11,2	11,3	11,0	-	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2011.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), September 2011 \& Regionaler Wirtschafts ausblick \ Europa, Oktober 2011.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Deutschland													
EU-KOM	-4,3	-1,3	-1,0	-0,7	83,2	81,7	81,2	79,9	5,8	5,1	4,4	4,2	
OECD	-4,3	-1,2	-1,1	-0,6	83,4	83,2	83,7	82,8	5,6	4,9	4,9	5,3	
IWF	-3,3	-1,7	-1,1	-	84,0	82,6	81,9	-	5,7	5,0	4,9	-	
USA													
EU-KOM	-10,6	-10,0	-8,5	-5,0	95,2	101,0	105,6	107,1	-3,3	-3,3	-3,1	-3,5	
OECD	-10,7	-10,0	-9,3	-8,3	94,2	97,6	103,6	108,5	-3,2	-3,0	-2,9	-3,2	
IWF	-10,3	-9,6	-7,9	-	94,4	100,0	105,0	-	-3,2	-3,1	-2,1	-	
Japan													
EU-KOM	-6,8	-7,2	-7,4	-7,2	197,6	206,2	210,0	215,7	3,5	2,9	2,9	2,8	
OECD	-7,8	-8,9	-8,9	-9,5	200,0	211,7	219,1	226,8	3,6	2,2	2,2	2,4	
IWF	-9,2	-10,3	-9,1	-	220,0	233,1	238,4	-	3,6	2,5	2,8	-	
Frankreich													
EU-KOM	-7,1	-5,8	-5,3	-5,1	82,3	85,4	89,2	91,7	-2,2	-3,2	-3,3	-3,0	
OECD	-7,1	-5,7	-4,5	-3,0	82,4	85,8	89,6	91,3	-1,8	-2,3	-2,2	-2,2	
IWF	-7,1	-5,9	-4,6	-	82,3	86,8	89,4	-	-1,7	-2,7	-2,5	-	
Italien													
EU-KOM	-4,6	-4,0	-2,3	-1,2	118,4	120,5	120,5	118,7	-3,5	-3,6	-3,0	-2,3	
OECD	-4,5	-3,6	-1,6	-0,1	118,4	120,0	120,4	118,9	-3,5	-3,6	-2,6	-1,8	
IWF	-4,5	-4,0	-2,4	-	119,0	121,1	121,4	-	-3,3	-3,5	-3,0	-	
Vereinigtes Königreich													
EU-KOM	-10,3	-9,4	-7,8	-5,8	79,9	84,0	88,8	85,9	-2,5	-2,5	-0,9	-0,2	
OECD	-10,4	-9,4	-8,7	-7,3	79,9	87,6	94,9	100,0	-2,5	-0,6	0,1	0,3	
IWF	-10,2	-8,5	-7,0	-	75,5	80,8	84,8	-	-3,2	-2,7	-2,3	-	
Kanada													
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	-5,6	-5,0	-4,1	-3,0	85,1	87,8	92,8	96,6	-3,1	-2,8	-2,9	-2,9	
IWF	-5,6	-4,3	-3,2	-	84,0	84,1	84,2	-	-3,1	-3,3	-3,8	-	
Euroraum													
EU-KOM	-6,2	-4,1	-3,4	-3,0	85,6	88,0	90,4	90,9	0,1	-0,1	0,0	0,2	
OECD	-6,3	-4,0	-2,9	-1,9	85,7	88,3	90,6	91,0	0,2	0,1	0,6	1,0	
IWF	-6,0	-4,1	-3,1	-	85,8	88,6	90,0	-	-0,4	0,1	0,4	-	
EU-27													
EU-KOM	-6,6	-4,7	-3,9	-3,2	80,3	82,5	84,9	84,9	-0,2	0,1	0,6	1,0	
IWF	-6,5	-4,6	-3,6	-	79,8	82,3	83,7	-	-0,1	-0,2	0,0	-	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, November 2011 & Statistischer Anhang, Nevember 2011 (nur zu Staatsschulden für USA u. Japan).

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2011 (Staatsschuldenquoten nur für EU-Mitgliedstaaten nach Maastricht-Kriterien, nur im Länderteil).

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), September 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Oktober 2011.

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	ushaltssald	do		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Belgien													
EU-KOM	-4,1	-3,6	-4,6	-4,5	96,2	97,2	99,2	100,3	3,2	2,4	2,1	2,4	
OECD	-4,2	-3,5	-3,2	-2,2	96,2	96,3	97,4	97,0	1,5	-0,5	-0,3	-0,2	
IWF	-4,1	-3,5	-3,4	-	-	-	-	-	1,0	0,6	0,9	-	
Estland													
EU-KOM	0,2	0,8	-1,8	-0,8	6,7	5,8	6,0	6,1	3,8	3,1	1,5	0,7	
OECD	0,3	0,1	-1,9	0,0	6,7	6,5	7,3	7,2	3,6	3,5	2,6	1,5	
IWF	0,2	-0,1	-2,3	-	6,6	6,0	5,6	-	3,6	2,4	2,3	-	
Finnland													
EU-KOM	-2,5	-1,0	-0,7	-1,0	48,3	49,1	51,8	53,5	2,8	-0,1	0,0	0,1	
OECD	-2,8	-2,0	-1,4	-1,1	48,3	51,9	56,2	59,2	1,8	0,4	1,2	1,7	
IWF	-2,8	-1,0	0,3	-	-	-	-	-	3,1	2,5	2,5	-	
Griechenland													
EU-KOM	-10,6	-8,9	-7,0	-6,8	144,9	162,8	198,3	198,5	-12,3	-9,9	-7,9	-6,9	
OECD	-10,8	-9,0	-7,0	-5,3	144,9	160,9	177,1	179,7	-10,1	-8,6	-6,3	-5,4	
IWF	-10,4	-8,0	-6,9	-	-	-	-	-	-10,5	-8,4	-6,7	-	
Irland													
EU-KOM	-31,2	-10,3	-8,6	-7,8	94,9	108,1	117,5	121,1	0,5	0,7	1,5	1,8	
OECD	-31,3	-10,3	-8,7	-7,6	92,6	106,7	112,9	116,5	0,5	0,5	1,7	2,2	
IWF	-32,0	-10,3	-8,6	-	-	-	-	-	0,5	1,8	1,9	-	
Luxemburg													
EU-KOM	-1,1	-0,6	-1,1	-0,9	19,1	19,5	20,2	20,3	8,1	5,3	3,4	2,9	
OECD	-1,1	-1,2	-2,0	-1,8	19,1	22,8	25,4	29,2	7,7	6,5	6,3	5,1	
IWF	-1,7	-0,7	-1,2	-	-	-	-	-	7,8	9,8	10,3	-	
Malta													
EU-KOM	-3,6	-3,0	-3,5	-3,6	69,0	69,6	70,8	71,5	-4,0	-3,1	-2,9	-2,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,8	-2,9	-2,9	-	-	-	-	-	-4,8	-3,8	-4,8	-	
Niederlande													
EU-KOM	-5,1	-4,3	-3,1	-2,7	62,9	64,2	64,9	66,0	5,1	5,5	7,0	6,9	
OECD	-5,0	-4,2	-3,2	-2,8	62,9	64,8	67,6	69,2	6,7	7,8	7,6	7,9	
IWF	-5,3	-3,8	-2,8	-		-		-	7,1	7,5	7,7	-	
Österreich													
EU-KOM	-4,4	-3,4	-3,1	-2,9	71,8	72,2	73,3	73,7	3,2	2,7	2,8	2,9	
OECD	-4,4	-3,4	-3,2	-3,1	71,9	73,6	75,6	76,9	3,0	3,0	3,4	3,8	
IWF	-4,6	-3,5	-3,2	-	_	_	_	-	2,7	2,8	2,7		

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	ushaltssal	do		Staatsscl	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Portugal													
EU-KOM	-9,8	-5,8	-4,5	-3,2	93,3	101,6	111,0	112,1	-9,7	-7,6	-5,0	-3,8	
OECD	-9,8	-5,9	-4,5	-3,0	93,3	101,7	111,7	113,4	-9,9	-8,0	-3,8	-1,7	
IWF	-9,1	-5,9	-4,5		-	-	-	-	-9,9	-8,6	-6,4	-	
Slowakei													
EU-KOM	-7,7	-5,8	-4,9	-5,0	41,0	44,5	47,5	51,1	-3,6	-0,7	-1,2	-1,9	
OECD	-7,7	-5,9	-4,6	-3,5	41,0	46,1	49,6	51,5	-3,5	-1,6	-1,5	-0,5	
IWF	-7,9	-4,9	-3,8	-	41,8	44,9	46,9	-	-3,5	-1,3	-1,1	-	
Slowenien													
EU-KOM	-5,8	-5,7	-5,3	-5,7	38,8	45,5	50,1	54,6	-0,8	0,1	0,3	0,5	
OECD	-5,8	-5,3	-4,5	-3,3	38,8	44,0	48,5	51,4	-	-	-	-	
IWF	-5,3	-6,2	-4,7	-	37,3	43,6	47,2	-	-0,8	-1,7	-2,1	-	
Spanien													
EU-KOM	-9,3	-6,6	-5,9	-5,3	61,0	69,6	73,8	78,0	-4,5	-3,4	-3,0	-3,0	
OECD	-9,3	-6,2	-4,4	-3,0	61,0	68,1	71,2	73,0	-4,6	-4,0	-2,3	-2,0	
IWF	-9,2	-6,1	-5,2	-	-	-	-	-	-4,6	-3,8	-3,1	-	
Zypern													
EU-KOM	-5,3	-6,7	-4,9	-4,7	61,5	64,9	68,4	70,9	-9,0	-7,3	-6,7	-6,1	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-5,3	-6,6	-4,5	-	-	-		-	-7,7	-7,2	-7,6	-	

Ouellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2011 (Staatsschuldenquoten für EU-Mitgliedstaaten nach Maastricht-Kriterien; nur im Länderteil).

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), September 2011. Regionaler Wirtschafts ausblick \ Europa, Oktober 2011.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	е	Leistungsbilanzsaldo				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Bulgarien													
EU-KOM	-3,1	-2,5	-1,7	-1,3	16,3	17,5	18,3	18,5	-1,0	1,6	1,4	0,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,9	-2,5	-2,2	-	17,4	17,8	20,5	-	-1,0	1,6	0,6	-	
Dänemark													
EU-KOM	-2,6	-4,0	-4,5	-2,1	43,7	44,1	44,6	44,8	5,2	6,3	5,8	5,4	
OECD	-2,8	-3,7	-5,1	-3,0	43,7	44,2	46,1	46,3	5,3	5,5	4,8	4,7	
IWF	-2,9	-3,0	-3,0	-	-	-	-	-	5,1	6,4	6,4		
Lettland													
EU-KOM	-8,3	-4,2	-3,3	-3,2	44,7	44,8	45,1	47,1	3,0	-0,4	-1,1	-2,0	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-7,8	-4,5	-2,3	-	39,9	39,6	40,5	-	3,6	1,0	-0,5		
Litauen													
EU-KOM	-7,0	-5,0	-3,0	-3,4	38,0	37,7	38,5	39,4	1,1	-1,7	-1,9	-2,3	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-7,1	-5,3	-4,5	-	38,7	42,8	44,6	-	1,8	-1,9	-2,7		
Polen													
EU-KOM	-7,8	-5,6	-4,0	-3,1	54,9	56,7	57,1	57,5	-4,6	-5,0	-4,3	-4,8	
OECD	-7,9	-5,4	-2,9	-2,0	55,0	56,8	57,1	56,3	-4,5	-4,4	-4,4	-4,0	
IWF	-7,9	-5,5	-3,8	-	55,0	56,0	56,4	-	-4,5	-4,8	-5,1		
Rumänien													
EU-KOM	-6,9	-4,9	-3,7	-2,9	31,0	34,0	35,8	35,9	-4,2	-4,1	-5,0	-5,3	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-6,5	-4,4	-2,8	-	31,7	34,4	34,4	-	-4,3	-4,5	-4,6		
Schweden													
EU-KOM	0,2	0,9	0,7	0,9	39,7	36,3	34,6	32,4	6,3	6,4	6,3	6,4	
OECD	-0,1	0,1	0,0	0,7	39,7	36,8	35,9	33,7	6,7	6,7	6,9	6,7	
IWF	-0,3	0,8	1,3	-	-	-	-	-	6,3	5,8	5,3		
Tschechien													
EU-KOM	-4,8	-4,1	-3,8	-4,0	37,6	39,9	41,9	44,0	-4,4	-3,6	-3,2	-3,5	
OECD	-4,8	-3,7	-3,4	-3,4	37,6	40,2	41,7	42,8	-3,1	-3,3	-2,7	-4,2	
IWF	-4,7	-3,8	-3,7	-	38,5	41,1	43,2	-	-3,7	-3,3	-3,4		
Ungarn													
EU-KOM	-4,2	3,6	-2,8	-3,7	81,3	75,9	76,5	76,7	1,0	1,7	3,2	3,8	
OECD	-4,3	4,0	-3,4	-3,3	81,3	84,2	85,1	85,9	1,1	1,9	1,4	1,2	
IWF	-4,3	2,0	-3,6	-	80,2	76,1	75,5	-	2,1	2,0	1,5		

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2011 (Staatsschuldenquoten für EU-Mitgliedstaaten nach Maastricht-Kriterien; nur im Länderteil). IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), September 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Oktober 2011.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Februar 2012

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X